Protokoll der Sitzung des Gemeinderates

am Dienstag, den 09.12.2025 um 18:34 Uhr im Bräuhaus/Lenausaal

Anwesend:

Bgm. Mag. (FH) Andrea Völkl	ÖVP
1. Vizebgm. Mag. Martin Falb	ÖVP
StR Gerhard Dummer	ÖVP
StR Ing. Mag. Herwig Hödl	ÖVP
StR Mag. Felix Koll	ÖVP
StR Petra Lehner, MSc	ÖVP
StR Markus Rosenberger	SPÖ
StR Martin Brosch	FPÖ
StR Jaroslav Chaloupka	FPÖ
StR DI Dietmar Pfeiler	GRÜNE
GR Martin Franta, BEd	ÖVP
GR David Fröschl	ÖVP
GR Monika Handschuh	ÖVP
GR Gregor Hetzendorfer	ÖVP
GR Setki Ibraimi	ÖVP
GR Peter Samer	ÖVP
GR Margit Weiss	ÖVP
GR Matthias Zagler	ÖVP
GR Iris Ludl	ÖVP
GR Daniel Pollak	SPÖ
GR Michael Polly	SPÖ
GR Mag. Alexandra Rester	SPÖ
GR Karin Richter	SPÖ
GR Martina Skof	SPÖ
GR Alen Ćorković	FPÖ
GR Bruno Grabler-Fritz	FPÖ
GR Marijan Kilic	FPÖ
GR Roman Kratschmer	FPÖ
GR Thomas Grim-Schlink	GRÜNE
GR Mag. Matthias Kubat	GRÜNE
GR Marc Pfeiler	GRÜNE
GR Gabriele Steuer	UBS
GR Dr. Martin Fischer	NEOS

Entschuldigt:

2. Vizebgm. Heinz Scheele	SPÖ
GR Admir Osmanovic	SPÖ
GR DI Thomas Muth	GRÜNE
GR Mag. Regina Fless-Klinger	GRÜNE

Vorsitzende: Bgm. Mag. (FH) Andrea Völkl

Schriftführer: StADir. Mag. Christina Pinggera

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel

Tagesordnung

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
Genehmigung des Protokolls vom 05.08.2025
Genehmigung des Protokolls vom 05.10.2025
1. Bericht des Prüfungsausschusses vom 28.11.2025
2. Initiativantrag nach § 16 NÖ 1973 – Miteinander für Stockerau
Ref. 03 – Anträge Stadtrat Finanzen
3. Voranschlag 2026 mit MFP 2026-2030
4. Haushaltskonsolidierungskonzept
5. Haftungsübernahme KIG Sanierung Roter Hof 3
6. Änderung Kurzparkzonenabgabeordnung
7. Anpassung Parktarif Parkdeck
8. Kostenersatz Entwicklung Betriebsgebiet Ost
Ref. 01 – Anträge Stadtrat Bauwesen und Stadtentwicklung
9. Rechtsberatung in Baurechtsangelegenheiten
10. Beauftragung Gestaltungsbeirat 2026
11. Beauftragung Wartungsarbeiten Volksschulen
12. Beauftragung Wartungsvertrag HT Hallenbad
13. Beauftragung Mehr- und Minderkosten HT Sanierung Hallenbad
14. Beauftragung Sanierung Filterbehälter Freibad
15. Beauftragung Restaurierung Hl. Leopold Statue
16. Neufestsetzung Stellplatz-Ausgleichsabgabe für Kraftfahrzeuge und Fahrräder
17. Neufestsetzung des Einheitssatzes für die Berechnung der Aufschließungsabgabe
18. Neufestsetzung des Einheitssatzes für die Spielplatz-Ausgleichsabgabe
19. Neufestsetzung Tarif für privatrechtliche Verträge zur Kostenbeteiligung zur Errichtung von öffentlichen Spielplätzen
Ref. 02 – Anträge Stadtrat Beteiligungen und Liegenschaften
20. Entlassung und Aufnahme Öffentliches Gut
21. Kaufverträge Schneps
22. Nutzungsvereinbarung Skaterverein
23. Erhöhung Parkplatzmiete
Ref. 04 – Städtischer Grünraum und Friedhof
24. Änderung der Friedhofsgebührenordnung
Ref. 06 – Anträge Stadtrat Sport und Kultur
25. Anpassung des Kilometergeldes für die Benützung der Sportbusse
26. Anpassung Richtlinie für Tarifanpassung Belvedereschlössl und Lenausaal
Ref. 07 – Anträge Stadtrat Umwelt, Klima, Au und Katastrophenschutz
27. Beauftragung Wartungsangebot Gasfackel Deponie
28. Anpassung – Übernahmepreise Sammelplätze
29. EWP Recycling Pfand GmbH Abgeltungsvereinbarung
30. Anpassung – Leistungsentgelte für kommunale Leistungen Glas
Ref. 08 – Anträge Stadtrat Verkehr, Infrastruktur und Straßen
31. Beratungsleistungen Kanal
32. Beauftragung Dienstleistungen Kanal Badeseen Zögernseen
33. Zusatzleistung Rahmenauftrag
34. Schulbus Zögernsee
35. Beauftragung div. ZT – Leistungen Wasser

36. Verlängerung Regionales Anrufsammeltaxi (Regions-AST) Bezirk Korneuburg Mobil
Ref. 09 –Anträge Stadtrat Verwaltung, Digitalisierung und Bildung
37. Abänderung Spiel- und Förderbeiträge für die Kindergartenferienbetreuung 2026
38. Dienstpostenplan 2026
39. Verordnung über die Zuordnung der Funktionsdienstposten zu den Funktionsgruppen
40. Erbringung besonderer Arbeitsleistung – Anhebung der Nettoentgelte ab 01.01.2026

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Völkl: Guten Abend zur Gemeinderatssitzung, heute am 9.12., der letzte Gemeinderat in diesem Jahr. Ich darf die Sitzung eröffnen und auch die Beschlussfähigkeit feststellen. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen. Die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen. Entschuldigt zu dieser Sitzung sind Vizebürgermeister Heinz Scheele, Gemeinderat Admir Osmanovic, Gemeinderat Thomas Muth, Gemeinderätin Regina Fless-Klinger. Berichten darf ich noch zur Kindererholungsaktion 2025. Die wurde in der Höhe von € 1850,- ausbezahlt. Die Fraktion der ÖVP spendet € 750,- ASO Stockerau, SPÖ € 400.-, 50% Verein „Punkt um“ und 50% „Soma Markt", FPÖ € 300,- Verein Lernen unter Sternen, die Grünen € 300,- Verein „Punkt um“, UBS € 50,-, Regionalverein Volkshilfe Stockerau, NEOS € 50,-, Verein „Punkt um“. Ich darf Ihnen folgende Änderung zur Tagesordnung bekannt geben. Tagesordnungspunkt 27 Beauftragung Wartungsangebot Gasfackeldeponie wird abgesetzt, Punkt 44 Anpassung Mietvertrag Marionnaud wird abgesetzt. Das Protokoll vom 05.10.2025 wird korrigiert auf Genehmigung des Protokolls vom 05.11.2025.

Genehmigung des Protokolls vom 05.08.2025

Völkl: Wir sind nun bei der Genehmigung des Protokolls vom 05.08.2025.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 05.08.2025 unverlesen zu genehmigen. Das Protokoll wurde korrigiert. Die Endzeit des Protokolls war nicht korrekt. Die Wortmeldungen waren eindeutig nach Schluss der Sitzung, wie es letztes Mal diskutiert wurde. Ich bitte um Zustimmung, Genehmigung, Protokoll. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der FPÖ, der ÖVP, der SPÖ, Fraktion der Grünen, UBS. Enthaltung, Herr Gemeinderat Fischer.

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	0	NEOS	0	NEOS	1

Genehmigung des Protokolls vom 05.11.2025

Völkl: Genehmigung des Protokolls vom 05.11.2025.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 05.11.2025 unverlesen zu genehmigen. Die Anmerkungen von Gemeinderat Daniel Pollack, Gemeinderat Dr. Martin Fischer und Gemeinderat Marc Pfeiler wurden durchgeführt. Ich bitte um Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön. Ich darf nun um den Bericht des Prüfungsausschusses bitten.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

1. Bericht des Prüfungsausschusses vom 28.11.2025

Kubat: Einen wunderschönen guten Abend von meiner Seite. Ich darf Ihnen den Bericht des Prüfungsausschusses vom 28. November zur Kenntnis bringen. Erstens Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit. Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder des Prüfungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zweitens Belvederschlössl. A Allgemeines. Das Belvederschlössl der Stadtgemeinde Stockerau ist ein historisches Gebäude der Stadtgemeinde Stockerau, das im 17. Jahrhundert errichtet wurde und dessen Grundmauern auf das Spätmittelalter zurückgehen. In den Jahren 1980 bis 1984 wurde das Belvederschlössl großflächig generalsaniert und am 31. August 1984 eröffnet. Das Belvederschlössl weist eine Nutzfläche von ca. 1346,43 m² aus und untergliedert sich ins Bezirksmuseum mit 670,29 m², Stadtbibliothek mit 178 m² und einem Festsaal samt einer Galerie im Obergeschoss mit 364 m². Aufgrund dieser Gliederung ist das Belvederschlössl in mehreren Ansätzen in der Buchhaltung der Stadtgemeinde Stockerau aufgeschlüsselt. B Volksbücherei, Ansatz 273000, gemäß Rechnungsabschluss 2025, Stichtag vom 15. November 2025. Die Stadtbibliothek hat in der Woche 24 Stunden geöffnet und montags und mittwochs am Vormittag, Montag bis Donnerstag am Nachmittag. Insgesamt umfasst die Bibliothek 15.578 Medien. Belletristik sind es 5.325, Kinderbücher 6.984, Sachbuch Erwachsene 1.531, Spiele 768, DVD und CD 970 Stück. Die Einnahmen belaufen sich laut Ergebnishaushalt auf insgesamt € 11.591,26. Davon entfallen € 10.005,91 auf Leistungserlöse durch das Verleihen verschiedener Medien, € 1.500,- auf eine Förderung des Landes Niederösterreich für den Ankauf neuer Medien und € 85,35 auf sonstige Einnahmen. Frau Roll strebt für das Jahr 2026 wieder eine Impulsförderung des Bundes in der Höhe von € 5.000,- an, die an einigen Kriterien geknüpft ist, z.B. wie hoch die Entlehnungszahlen sind. Die größten Kosten belaufen sich beim Personal in der Höhe auf € 36.170,49, veranschlagt waren € 45.800,-. Wobei 5% des Gehaltes des Bereichsleiters für Marketing, Sport und Kultur Mag. Ihm und 100% des Gehaltes der Bibliotheksleiterin Marion Roll beinhaltet. Frau Roll ist mit 30 Stunden die Woche angestellt, deren Arbeitszeit setzt sich wie folgt zusammen. 24 Stunden für die Öffnung der Bibliothek und 6 Stunden für administrative Tätigkeiten. Ihr zur Seite stehen neun ehrenamtliche MitarbeiterInnen, die sie beim Wegräumen der Bücher, Leseanfragen, Neuaufnahmen der Bücher, Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen usw. unterstützen. Insgesamt besitzen 216 LeserInnen eine Jahreskarte. Erfreulich ist, dass bei einer Auswertung für die Jahre 2023 bis 2025 die aktiven Kunden, das bedeutet Personen, die sich einmal im Jahr ein Medium aus der Stadtbibliothek leihen von 276 auf vorläufig 400 erhöht haben. Damit verbunden ist auch die Anzahl der Ausleihen von 20.575 auf bislang 25.573 und der Einnahme von € 9.390,- auf bislang € 10.005,91. Laut Voranschlag 2025 im Ergebnishaushalt sollte das Bezirksmuseum ein Nettoergebnis nach Zuweisungen/Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus 89.400 € ausweisen. C Bezirksmuseum, Ansatz 360000 gemäß Rechnungsabschluss 2025, Stichtag 15.

November 2025. Das Bezirksmuseum ist seit 115 Jahren ein lokalhistorisches Museum der Stadtgemeinde Stockerau mit dem Auftrag, die Geschichte der Stadt und seiner Region zu dokumentieren sowie diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Bezirksmuseum unterteilt sich auf drei Ebenen, wo durch 670 m² an öffentlicher Ausstellungsfläche zur Verfügung steht. In der oberen Ebene wird die Geschichte der Stadt Stockerau behandelt, in der mittleren Ebene werden Sonderausstellungen, zuletzt Nikolaus Lenau ausgestellt und in der unteren Ebene wird die Archäologie vermittelt. Das Bezirksmuseum ist Träger des österreichischen Museumsgütesiegels, welches österreichweit nur an 312 Museen verliehen worden ist. Aufgrund dessen ist das Bezirksmuseum verpflichtet, gewisse Öffnungszeiten zu halten, Forschung zu ermöglichen, Zusammenarbeit mit anderen Museen zu fördern und dies einer Öffentlichkeit vorzustellen. Bislang sind für das Jahr 2025, 2021 Besucher und Besucherinnen gezählt worden, davon entfallen 393 auf Schüler, 157 auf Kinder und 1471 auf Erwachsene und 94 Führungen sind gebucht worden. Im Jahr 2025 hatte das Bezirksmuseum insgesamt 84 reguläre Öffnungstage und 54 außerordentliche Öffnungen außerhalb der Öffnungszeiten, also davon sind 20 an Schulen gegangen, 8 an Gruppen, 16 waren Termine für Spendenführungen und 13 Veranstaltungen am Wochenende geöffnet. Die Leiterin Frau Redl kombiniert Veranstaltungen im oder rund um das Belvederschlössl mit Öffnungstagen des Bezirksmuseums, um die Frequenz und dessen Bekanntheit zu steigern. Insbesondere Ausstellungen mit persönlichem Bezug für die Stockerauer und Stockerauerinnen locken viele Menschen an, so zum Beispiel die Ausstellung im Jahr 2016 zu 50 Jahre Freibad mit insgesamt 5.642 Besucher und Besucherinnen. Im kommenden Jahr 2026 stehen weitere runde Jubiläen mit persönlichem Bezug zu den Stockerauern und Stockerauerinnen an und damit verbunden sind weitere Ausstellungen möglich. Entweder 100 Jahre Auflassung des alten Friedhofes im Stadtpark, sozialer Wohnbau Lenau Hof, 100 Jahre Krankenhauszubau, 35 Jahre Krankenhausneubau, 150 Jahre Dienstbotenkrankenkasse, 185 Jahre Bürgerspital mit Schwerpunkt auf Kranken- und Armenpflege. Die Einnahmen des Bezirksmuseums setzen sich hauptsächlich aus freien Spenden zusammen. Diese belaufen sich momentan auf € 288,20 gemäß Ergebnishaushalt. Der größte Kostenfaktor sind die Personalkosten, die mit € 41.200,- veranschlagt sind. Die Personalkosten ergeben sich aus 5% des Gehalts des Bereichsleiters für Marketing, Sport und Kultur Mag. Ihm und aus 33% des Gehalts von Frau Redl. Weitere Kosten sind das Entgelt für sonstige Leistungen für Gewerbebetriebe und Firmen, für den Kooperationsbeitrag, Topothek, diverse Mitgliedsbeiträge zum Beispiel Museumsbund, Verein für Landeskunde und so weiter. Dafür sind € 7.000,- im Ergebnishaushalt veranschlagt, wovon € 2.433,52 bislang abgerufen worden sind. Frau Redl bemüht sich um Förderung seitens des Landes und des Bundes, deren Stichtage belaufen sich einmal im Jahr, und zwar im Frühling und im Herbst, also zweimal im Jahr, wo ein Projekt gefördert werden kann. In diesem Zuge wird die Neuverglasung der Vitrinen in Höhe von € 900,- seitens des Landes Niederösterreichs gefördert. Laut Voranschlag 2025 im Ergebnishaushalt sollte das Bezirksmuseum ein Nettoergebnis nach Zuweisung bzw. Entnahme von Haushaltsrückgang in Höhe von minus € 57.100,- ausweisen. D Kulturzentrum. Ansatz 362100 gemäß Rechnungsabschluss 2025, Stichtag 15. November 2025. Das Belvederschlössl im Festsaal, Galerie, Außenbereich, Parkanlage findet sich im Ansatz unter Kulturzentrum. Die Erträge gemäß Rechnungsabschluss 2025 im Ergebnishaushalt belaufen sich auf € 8.355,50, die sich zur Gänze aus der Vermietung der Räumlichkeiten zusammensetzen. Im laufenden Jahr 2025 sind 95 Tage in der Galerie und 89 Tage im Festsaal für Veranstaltungen, Events belegt worden. Dabei muss hervorgestrichen werden, dass bei Vermietungen für Veranstaltungen der Stadtgemeinde Stockerau, wie beispielsweise ein Konzert der Musikschule, keine interne Verrechnung vorliegt und somit die Auslastung des Kulturzentrums nicht mit den Leistungserlösen eins zu eins widergespiegelt werden können. So hat die Musikschule im Laufe des Jahres 2025 22 Tage im Belvederschlössl gebucht. Ein Rückgang der Hochzeiten von 20 im Jahr 2024 auf 9 im Jahr 2025 ist auf das wirtschaftliche Umfeld zurückzuführen. Die Tarife für die Anmietung von Räumlichkeiten im Jahr 2025 sind in diesem Wirtschaftsjahr angepasst worden und belaufen sich wie folgt inklusive der Umsatzsteuer. Festsaal sind € 300,-, Galerie sind € 234,-, Extras wie Gläser, Reinigung, Stehtische und Klavierstimmen können zusätzlich angemietet werden. Für eine Trauung maximal mit 80 Personen drei Stunden inklusive Gläser, Teller und Tonanlage € 500,-, Trauung im Park inklusive Vertrauenssessel für den Außenbereich € 180,-, Trauung im Park inklusive Trausessel und Traubogen für den Außenbereich € 180,- und Extras wie Gläser, Gläserreinigung, Stehtische und

Klavierstimmen können zusätzlich angemietet werden. Die größten Kostenpositionen sind die Personalkosten in der Höhe von € 71.030,44 gemäß Rechnungsabschluss 2025 im Ergebnishaushalt. € 70.000,- sind veranschlagt, 10% des Gehaltes von Herrn Rauch, Geschäftsführer des Veranstaltungszentrums Z2000 werden in dieser Kostenstelle verrechnet, da er die Verträge für das Belvederschlössl abschließt. 34% des Gehaltes von Frau Redl werden einberechnet und 50% des Gehaltes einer Reinigungskraft sowie bei allfälligen Arbeiten und Gebäude, zum Beispiel die Kosten für den Elektriker der Stadtgemeinde Stockerau. Eine weitere hohe Kostenposition ist die Miete inklusive Betriebskosten an die KIG. Anmerkung, die KIG ist ja eine Tochtergesellschaft der Stadtgemeinde Stockerau und steht im hundertprozentigen Eigentum. Die Mietkosten der KIG betragen € 40.823,90, die Instandhaltungskosten sind wie folgt zwischen Stadtgemeinde Stockerau und KIG aufgeteilt. Alles, was die Hülle des Gebäudes betrifft, zahlt der Vermieter, zum Beispiel Leistungen etc., für die der Vermieter also die Stadtgemeinde Stockerau verpflichtet. Weitere Kosten sind Strom und Wärme in der Höhe von € 10.216,87 und € 19.182,51. Die Kosten für die Miete, Strom und Wärme werden aber am Ende des Jahres auf die anderen buchhalterischen Ansätze des Belvederschlössl anteilig verrechnet. Des Weiteren belaufen sich die Kosten für Entgelte, für sonstige Leistungen von Gewerbebetrieben und Firmen in der Höhe von € 6.442,55. Diese Kosten betreffen neben einer Feuerwehrgebühr, etwaige Anschlussgebühren, Hygieneboxen, Plakate, CWS-Mietmatten usw. Das Nettoergebnis nach Zuwendungen/Entnahme von Haushaltsrücklagen soll gemäß Voranschlag 2025 im Ergebnishaushalt minus € 133.600,- betragen. Drittens, Forderungen und Aufstellung der Verbindlichkeiten und Forderungen der Stadtgemeinde Stockerau. Der Prüfungsausschluss überprüft in regelmäßigen Abständen die Entwicklung der Forderungen und Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Stockerau. Eine genaue Aufstellung ab einer Höhe von € 5.000,- und eine Überfälligkeit von einem Monat zu den einzelnen Schuldnern und Gläubigern wird jedes Mal von der Buchhaltungsabteilung den Mitgliedern des Prüfungsausschusses vorgelegt. Die Ausstände der Forderungen belaufen sich per Stichtag 31. Oktober 2025 auf € 1.128.441,78 und ist damit zur letzten Überprüfung im Mai 2025 um € 272.617,76 gesunken. Dann kommen noch einige Punkte für die nicht öffentliche Sitzung. Die Summe der überfälligen Verbindlichkeiten belaufen sich per Stichtag mit 31. Oktober 2025 auf € 11.109,33. Viertens Allfälliges, der Prüfungsausschuss wird voraussichtlich Ende Jänner wieder zusammenkommen und dann gab es die Gebarungsprüfung, da erspare ich Ihnen aber das Zahlenwerk und komme zur Conclusio. Zum Zeitpunkt der Prüfung haben sich € 3.151,31 in der Handkasse der Buchhaltung befunden. Der Betrag tät sich mit dem ausgewiesenen Kassastand der Buchhaltung. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses danken Herrn Binder, Frau Redl, Frau Roll sowie der gesamten Stadtverwaltung für ihre Mühen und für die Aufarbeitung aller Zahlen, Daten und Fakten. Und ich möchte mich im Anschluss auch bedanken bei meinen Kollegen und Kolleginnen des Prüfungsausschusses. Einem im Jahr darf man das. Es ist wirklich eine Freude, eine Ehre und ein Genuss mit euch zu werken. Dankeschön.

Völkl: Ich bitte um ein Zeichen der Kenntnisnahme. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zu Kenntnis genommen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

2. Initiativantrag nach § 16 NÖ 1973 – Miteinander für Stockerau

Völkl: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt und er betrifft einen eingelangten Initiativantrag nach § 16 NÖ Gemeindeordnung 1973 Miteinander für Stockerau. Ich darf Ihnen den Amtsbericht vortragen. Am 18.11.2025 übergab Susanne Nebes an Frau Bürgermeisterin Andrea Völkl den Initiativantrag gemäß § 16 NÖ-Gemeindeordnung mit dem Thema Miteinander für Stockerau. Fällt ein Initiativantrag in den Wirkungsbereich des Gemeinderates gerichtet an den Gemeinderat, dann hat die Bürgermeisterin dafür zu sorgen, dass die Behandlung unter Einhaltung der Geschäftsordnungsbestimmungen in die Tagesordnung der nächstmöglichen Sitzung des zuständigen Organs aufgenommen wird. Der Initiativantrag entspricht den gesetzlichen Bestimmungen und ist daher im Gemeinderat am 09.12.2025 zu behandeln. Von insgesamt 315 Unterschriften sind 297 gültig. Die Wahlzahl ist 198,7. Die Zustellungsbevollmächtigte Susanne Nebes und Vertreter der Zustellungsbevollmächtigten ist Christian Jonak-Möchl. Die Zustellungsbevollmächtigte wurde vom Ergebnis der Behandlung des Initiativantrags durch die Stadtamtsdirektorin verständigt. Zeitgleich mit dem Initiativantrag Miteinander für Stockerau wurde ein weiterer Initiativantrag mit dem Thema Verkehrskonzept 2022 eingebracht. Es wurde ein Konvolut übergeben und nach Prüfung hat sich herausgestellt, dass die Texte der Anträge verschieden sind, also wurden die auseinandergeteilt und ein Antrag hat die nötigen Stimmen geschafft. Verkehrskonzept 2022 kam nur auf 169 gültige Stimmen und erreichte somit nicht die nötige Anzahl von Stimmen, um im Gemeinderat behandelt zu werden. Ich darf Ihnen den Initiativantrag, den Text vortragen. Der Gemeinderat wolle beschließen, die Bürgermeisterin wird beauftragt, Gespräche mit der Landesregierung zu führen und eine kurz- bis mittelfristige bzw. langfristige Entlastung des Verkehrsknotens Stockerau auszuarbeiten und damit eine Grundlage für eine positive Entwicklung der Stadt zu schaffen. Erstens kurz- mittelfristig, Entlastung des Zentrums durch die im Verkehrskonzept 2022 vorgeschlagenen Maßnahmen zwischen dem Kreisverkehr Grafendorferhof und dem Kreisverkehr Philotimo, und zwar durch eine Verkehrsbeschränkung auf 30 km h oder eine Einbahnführung der B3 ohne zusätzliche Verkehrsbelastung im Wohngebiet oder mögliche Alternativen. Punkt 2, kurz- mittelfristig Errichtung von Begegnungszonen im Bereich Sparkassaplatz und Rathausplatz. Drittens mittel- langfristig nachhaltige Verkehrsentlastung der Stadt durch Untersuchung von Umfahrungsvarianten inklusive Bewertung deren Wirkung auf Verkehr, Städtebau, Umwelt. Bitte um Wortmeldungen. Herr Stadtrat Pfeller bitte.

D. Pfeiler: Schönen guten Abend Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und zu Hause vor dem Livestream. Es ist ja eigentlich eine sehr spannende Sache, denn Bürgerinnen und Bürger bringen einen Initiativantrag ein, in dem sie, in dem Fall dich liebe Andrea, beziehungsweise uns als Gemeinderat auffordern, endlich jene Konzepte umzusetzen, die die Stadt selber beauftragt und selber erarbeitet hat. Jene Konzepte umzusetzen, die mehrere Parteien bei der letzten Wahlwerbung für diesen Gemeinderat auch plakatiert haben und versprochen haben. Und ja, eine entsprechende Verkehrsberuhigung war ja auch schon im Arbeitsübereinkommen 2019 bis 2025 zwischen den damaligen Partnern vereinbart worden. Ja, also es wurde schon sehr viel vereinbart, versprochen, ausgearbeitet und Bürgerinnen und Bürger fordern uns jetzt auf, das endlich einmal umzusetzen. Dahinter, glaube ich, gibt es aber auch noch ein tiefer gehendes Bedürfnis nach einer lebendigen Innenstadt, nach weniger Lärm, nach mehr Leben in unserer Stadt. Und ich glaube, dass wir dieses tiefer gehende Bedürfnis sehr ernst nehmen sollten, und die entsprechenden Prozesse sollten wir rasch einleiten, denn diese Umsetzungen sind nicht in einem halben Jahr oder in einem Jahr erledigt. Diese Umsetzungen sind mehrjährige Prozesse, wo man viel diskutieren muss, sicher noch viel an Feinschliff notwendig ist an den vorhandenen Konzepten, aber deren Umsetzung dann in Stufen eben mehrere Jahre in Anspruch nimmt. Also man braucht hier sicher auch einen langen Atem. Insofern möchte ich hier einen Appell aussprechen, nämlich, dass wir uns selber ernst

nehmen und die Konzepte, die wir ausarbeiten lassen und wo wir alle gesagt haben, ja, das passt so, das sollten wir so machen, auch umzusetzen. Und dementsprechend möchte ich jetzt auch appellieren an uns alle, diesen Initiativantrag zu unterstützen. Dankeschön.

Völkl: Herr Gemeinderat Fischer, bitte.

Fischer: Ganz kurz zum Hintergrund dieses Initiativantrags, und zwar der Anlass war eigentlich die allgemeine Enttäuschung über das örtliche Entwicklungskonzept. Das im Entwurf gezeigte ÖEK hat das Potenzial, die Umfahrungsmöglichkeiten, die wir haben und die wir für die Innenstadtentlastung brauchen, also die Nordostspange, Nordwestspange und oder die Südumfahrung, so zu verunmöglichen, dass eine Planung mit diesen Umfahrungsvarianten nicht mehr möglich ist. Aus diesem Grund haben sich Bürger zusammengetan, um hier und jetzt ein Umdenken einzuleiten, bevor das ÖEK finalisiert wird. Wie der Kollege Stadtrat Pfeiler schon gesagt hat, wir kennen das Thema Innenstadtberuhigung, also ich kenne es seit über zehn Jahren, das Thema ist glaube ich noch älter, Begegnungszonen, Verkehrsberuhigung zwischen den beiden Begegnungszonen steht alles vor zehn oder elf Jahren im Verkehrskonzept drin. Und seitdem, ich weiß nicht in welcher Schublade, aber die muss ziemlich groß sein.

Völkl: Herr Stadtrat Rosenberger.

Rosenberger: Vielen Dank, einen schönen guten Abend an unsere Zuhörer, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Frau Bürgermeisterin. Ja, das ist ein Thema, das beschäftigt uns intensiv und ich stelle den Antrag, dass wir das Thema, nachdem es hauptsächlich Verkehrsthemen sind, dem entsprechenden Ausschuss, also dem Ausschuss für Verkehr auch zuweisen. Dankeschön.

Völkl: Herr Vizebürgermeister, bitte.

Falb: Ja, danke. Ja, das Thema beschäftigt intensiv und der Kollege Pfeiler hat richtigerweise gesagt, seit vielen Jahren, also um nicht zu sagen Jahrzehnten, Verkehr ist in Stockerau immer ein Thema. Warum ist es ein Thema? Weil es ein Verkehrsknotenpunkt ist. Stockerau gibt es nicht ohne Verkehr, ist undenkbar. Wir sind also kein an einem Talschluss gelegenes Bergdorf, sondern wir sind ein Verkehrsknotenpunkt, einer der wichtigsten in Ostösterreich. Also Konzepte gibt es, wie ich wirklich meine, seit Jahrzehnten. Im Übrigen auch waren die Grünen unter anderem in Stadtregierungen, die sich damit beschäftigt haben oder beschäftigen hätten können oder intensiver beschäftigen hätten können. Ich mag aber die Vergangenheit da ruhen lassen. Es ist auch nicht so, dass nichts geschehen ist seit 2019. Ich möchte schon darauf hinweisen, dass zum Beispiel eine lange Forderung nach einer Reduzierung der Fahrgeschwindigkeiten in der Heidstraße erfüllt wurde. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir zum Beispiel mit den, nicht bei allen Bürgerinnen und Bürgern beliebten, Radarboxen doch auch eine verkehrspolitische Maßnahme gesetzt haben, die, wie gesagt, nicht ganz unbestritten, aber am Ende des Tages doch, glaube ich, sehr viel Anklang findet oder zumindest Akzeptanz findet, außer bei jenen, die da vielleicht regelmäßig r einfahren. Also es ist nicht so, dass in dieser Stadt keine Verkehrspolitik betrieben würde. Das nächste Thema und das große Thema, und da bitte ich wirklich um Verständnis, weil richtigerweise gibt es den Handlungsbedarf tatsächlich, also dem schließe ich mich ja an. Wir alle warten auf das erste Halbjahr 2026, indem wir darauf hoffen, dass eine Standortentscheidung hinsichtlich des neu zu errichtenden Weinviertel-Klinikums fällt. Sollte die Wahl, wo, glaube ich, wir alle auch eine gewisse Hoffnung haben, aber kein Wissen, kein gesichertes Wissen, sollte die Wahl tatsächlich auf Stockerau fallen, und wie gesagt, wir sollten das im ersten Halbjahr 2026 wissen, dann stellen sich alle Verkehrsfragen in Stockerau völlig neu, weil der Standort des Krankenhauses dann indizieren wird, ganz einfach Verkehr in verschiedenen Teilen der Stadt. Deswegen ist heute zwar die Diskussion meiner Meinung nach nicht nur zulässig, sondern auch erwünscht, aber es wird alles abhängen am Ende des Tages von dieser Standortentscheidung. Wie schwierig die Verkehrsorganisation in unserer Stadt sein wird, ist ja schon erkennbar aus den ersten beiden Wortmeldungen vom Kollegen Stadtrat Pfeiler und vom Kollegen Fischer. Der eine hat gesprochen

von seinem Wunsch nach einer lebendigen Innenstadt, der andere von seinem Wunsch nach Innenstadtberuhigung. Das sind schon einmal zwei einander diametral gegenüberstehende Begrifflichkeiten, und Belebung ohne Verkehr ist nicht denkbar, und das können wir uns so sehr wünschen, wie wir wollen. Ich glaube, dass aufgrund der Struktur unserer Stadt, aufgrund der Struktur der Menschen, die nach Stockerau kommen, um etwas zu erledigen, um etwas zu kaufen auch, wird der Wunsch eine zum Beispiel ausschließlich von Radfahrern hier und Fußgängern benützten Stadt, Innenstadt würde ich mir genauso wünschen, wird also ein großer Wunsch bleiben. Es wird oft verwiesen, auch auf das Beispiel Tulln mit der Garage im Stadtzentrum. Den Tullnern ist da wirklich etwas gelungen, das muss man zugeben. Ich wünsche mir die Diskussion um die Errichtung einer innerstädtischen Tiefgarage für Stockerau ehrlicherweise nicht. Ich bin mir nicht sicher, ob wir das alle für unsere Stadt, für unser Stockerau dann auch so haben wollen und gut finden. Was ich aber sehr, sehr gut finde, ist, dass man es weiter bespricht. Das erste Halbjahr 26, wie gesagt, wird, glaube ich, sehr viel an Entscheidungsgrundlagen für uns bringen. Eine einerseits belebte, lebendige Innenstadt wünschen wir uns, glaube ich, auch alle. Ich glaube, auch eine, die zu ganz bestimmten Zeiten beruhigt ist im Sinne von Autoverkehr, glaube ich, oder gar Schwerverkehr wünschen wir uns auch. Es gibt kein Konzept im Übrigen, von dem ich glaube, dass es nicht auf Widerstand stoßen wird. Ich erinnere mich sehr gut, weil unsere Fraktion ja in der Vergangenheit dieses Projekt einer Einbahnführung in der Innenstadt sehr betrieben hat. Ich erinnere mich nur auch sehr gut, dass in bestimmten Bereichen der Stadt, ich kann mich gut erinnern an den Neubau, massive Bürgerbeschwerden dagegen begonnen haben. Also Verkehrskonzepte haben immer das Problem, dass sie nicht nur Befürworter finden, sondern auch Gegner oder sogar massive Gegner. Deswegen, ich darf den Herrn Kollegen Rosenberger in seinem Antrag unterstützen, was die Zuweisung des Initiativantrages an den Verkehrsausschuss anbelangt. Danke.

Völkl: Dankeschön. Herr Gemeinderat Corkovic, bitte.

Corkovic: Guten Abend auch meinerseits. Dem Initiativantrag, dem werden wir zustimmen. Jedoch diese drei Punkte, die hier angeführt sind, sind bitte alle nochmal zu überdenken. Und Herr Rosenberger, wenn wir dem Antrag zustimmen, dass wir das im Verkehr bitte weiter behandeln sollen. Danke.

Völkl: Dankeschön. Dann stimmen wir über die Zuweisung im Ausschuss ab. Oh, Entschuldigung, eine Wortmeldung noch von Herrn Stadtrat Pfeiler.

D. Pfeiler: Ja, ich muss da ein bisschen eine Gegenrede zum Herrn Vizebürgermeister noch halten. Also es ist ein bisschen Schwarz-Weiß-Denken von dir Martin, dass du sagst, die genannten Anforderungen sind diametral sich widersprechend. Ich glaube, da hast du ein bisschen die verkehrsplanerische, verkehrspolitische Diskussion im Zusammenhang mit Innenstädten in den letzten 20 Jahren versäumt. Es gibt einfach mittlerweile viele Möglichkeiten, die Dinge zusammenzubringen. Auf der einen Seite die Erreichbarkeit der Innenstädte mit Autoverkehr und mit allen anderen Verkehrsmitteln aufrecht zu erhalten. Und gleichzeitig auch ein entsprechendes Ambiente zu schaffen, bei dem man sich wohl fühlt. Also so diametral, wie du es hier dargestellt hast, ist das überhaupt nicht. Die Dinge lassen sich schon zusammenbringen, wenn man sich beschäftigt mit welchen Ansätzen, mit welchen Lösungsmöglichkeiten man hier arbeiten kann. Das ist das eine. Das zweite, ja ganz wenig überrascht bin ich, dass man das natürlich dem Verkehrsausschuss hinüberschiebt. Das hängen wir jetzt dem Pfeiler um und der soll sich damit herumplagen und herumquälen. Es kommt leider ein bisschen zu spät, weil in meiner ersten Sitzung des Verkehrsausschusses habe ich was auf die Agenda gesetzt? Verkehrskonzept 2022, wie geht es weiter? Was ist passiert? Jetzt nicht, das müssen wir vertagen, jetzt kommen wir da nicht und da warten wir mal ab, und so weiter. Martin, ich glaube du warst nicht dabei, darum kannst du es nicht wissen. Aber jedenfalls, ich habe es aktiv auf die Agenda gesetzt. Ergebnis war sehr überschaubar, ja da müssen wir abwarten und schauen und so weiter. Man kann das gerne wieder spielen, natürlich könnt ihr jetzt beschließen, ja, geben wir es wieder in den Verkehrsausschuss. Ja, es heißt halt, Verweisung in den Ausschuss ist gleich Begräbnis erster Klasse. Danke.

Falb: Ja, dann noch ganz kurz sei mir auch noch eine zweite Wortmeldung gestattet. Ich habe gar nichts versäumt, du hast vielleicht den Schlussteil meiner Wortmeldung versäumt, wo ich genau diesen Widerspruch zwischen dir und dem Kollegen Fischer aufgelöst habe. Ja, Begräbnis erster Klasse, also ich bin mir jetzt ziemlich sicher, dass du deinen Ausschuss nicht als Bestattungsunternehmen führst und ich glaube alle hier im Kreis trauen dem Verkehrsausschuss eine sinnstiftende Diskussion zu diesem Thema zu. Danke

Völkl: Herr Gemeinderat Kubat.

Kubat: Da möchte ich dann den Satz vom Herrn Vizebürgermeister Falk so hingehend beenden. Es geht ja nicht nur um eine sinnstiftende Diskussion, sondern auch dann, dass man auch was tut. Und dafür braucht man dann eine Mehrheit im Gemeinderat und dieses Wollen.

Völkl: Noch eine Wortmeldung, bitte schön.

D. Pfeiler: Man kann es natürlich gerne in den Verkehrsausschuss verweisen, natürlich, da sind wir schon dabei. Dann würde ich bitte den Antrag insofern ergänzen, dass in der darauffolgenden Sitzung des Gemeinderates über das Ergebnis der Beratungen von der Frau Bürgermeisterin informiert wird. Danke.

Völkl: Wir stimmen jetzt über die Zuweisung in den Ausschuss ab mit dem Zusatz, das berichtet wird im nächsten Gemeinderat. Bitte um Abstimmung. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der FPÖ, ÖVP, SPÖ, Herr Gemeinderat Fischer, Frau Gemeinderätin Steuer, Enthaltung der Fraktion der Grünen. Dankeschön. Wir kommen nun zu den Anträgen des Herrn Stadtrates für Finanzen. Bitteschön

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig in den Ausschuss verwiesen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	0	GRÜNE	4
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

3. Voranschlag 2026 mit MFP 2026-2030

Dummer: Einen schönen guten Abend. Es wird Weihnachten, das heißt, das Budget 2026 steht auf der Tagesordnung. Mein erster Tagesordnungspunkt im Advent. Wir haben ja schon den zweiten Adventssonntag hinter uns gebracht. Es ist aber kein Wunschzettel ans Christkind, sondern eine solide Planung für das Jahr 2026, für die ich mich sehr herzlich beim Herrn Direktor Binder und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanke. Der Voranschlag 2026 der Stadtgemeinde Stockerau wurde auf Basis der gesetzlichen Grundlagen erstellt, eben der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015, der NÖ Gemeindehaushaltsverordnung und der NÖ Gemeindeordnung. Wir haben den im Finanzausschuss behandelt, den Voranschlag ausführlich. Da sind auch viele Fragen dazu gekommen, die im Finanzausschuss und auch schriftlich beantwortet wurden. Und der Voranschlag ist vom 18.11. bis zum 2.12.2025 zur öffentlichen Aufsicht aufgelegt gewesen, so wie es sich gehört. Ein paar Zahlen, ohne die kommen wir nicht aus. Ich versuche es so kompakt wie möglich zu halten. Wir erwarten für 2026 rund € 63.800.000,- Einnahmen und Ausgaben von rund € 62.600.000,-. Wir erwarten im Ergebnishaushalt einen Überschuss von €1.186.500,-. Von den Rücklagen würden wir nur wenige nehmen, € 20.000,-.

Wenn man das dazurechnet, bleiben € 1.206.500,- übrig. Im Finanzierungshaushalt ist es so, dass wir im laufenden Geschäft, also im operativen Teil € 59. 800.000,- Einnahmen verbuchen werden wollen und Ausgaben von € 55.400.000,-. Da bleiben einmal im laufenden Haushalt € 4.400.000,- übrig. Dann hätten wir vorgesehen, dass wir € 3.000.000,- investieren. Also das ist der Geldfluss aus den Investitionen, Plus und Minus. Aufgerechnet sind € € 3.000.000,- Minus. Aus der Finanzierung hätten wir € 2.000.000,- Minus. Wenn wir € 2.000.000,- mehr zurückzahlen, als wir neu aufnehmen, dann bleibt ein Minus von € 667.500,- im Finanzierungshaushalt. Das ist im Wesentlichen eine Cashflow-Rechnung, wie man es bei Betrieben kennt. Das Haushaltspotenzial für 2026 ergibt eine glatte Null. Da bleibt uns nichts über für die nächsten Jahre. Aber erfreulicher wäre natürlich, wenn etwas überbleibt. In dem Fall sind wir froh, nachdem die Rahmenbedingungen, wie man allseits in den Medien liest, nicht die günstigsten sind für Gemeinden. Deswegen sind wir froh, dass wir da eine Null hingebracht haben. In den Einnahmen sind enthalten € 800.000,- Zuschüsse vom Land, die wir vorgesehen haben und auch mit der Gemeindeaufsicht abgestimmt haben. Wir haben heuer € 900.000,- bekommen und denken, dass wir nächstes Jahr mit € 100.000,- weniger auskommen. Auf der anderen Seite zahlen wir aber an das Land an Umlagen € 18.200.000,- . Das heißt, da brauchen wir uns nicht genieren, dass wir € 800.000,- zurückkriegen. Also in Summe die Umlagen, die wir zu leisten haben im Jahr 2026 voraussichtlich. Bei den Erträgen sind natürlich noch wie vor die Ertragsanteile, die wir von der Umsatzsteuer und von den Einkommensteuern kriegen, ein wesentlicher Faktor. Mit fast € 21.700.000,-. Die eigenen Gebühren für Kanal, Wasser, Müll und was wir sonst noch einnehmen, sind € 12.600.000,-. Leistungen, die wir erbringen, da rechnen wir mit € 7.800.000,-. Und die eigenen Abgaben, die wir für Einnahmen von der Grundsteuer bis zur Kommunalsteuer sind über € 11.000.000,-. Also in Summe diese € 63.800.000,- an Einnahmen. Auf der Aufwandseite, die größten Positionen, sind natürlich die Personalkosten mit € 19.300.000,-. Dann der ganze Aufwand für den Betrieb und für die Instandhaltung, also für den Betrieb, der Sachaufwand € 21.600.000,-. Und für die Instandhaltung aller Anlagen und Einrichtungen, die wir haben, haben wir auch fast € 1.900.000,- eingeplant. Die Umlagen, schon erwähnt, € 18.200.000,-. Und für den Finanzaufwand hätten wir € 1.600.000,- vorgesehen. Das sind die Zinsen und die Spesen für die Banken. In Summe dann eben diese € 62.600.000,-. Wir haben 347 aktive Dienstposten und 23 Pensionisten. Diese Dienstposten, das sind die vollbeschäftigten Äquivalenten. Das heißt nicht Köpfe, Köpfe haben wir über 400. Aber das sind die, wenn man es auf Vollzeit umrechnet, alle Köpfe auf Vollzeit umrechnet. Und 23 Beamte, die in Pension sind, die ebenfalls Bezüge von der Stadtgemeinde kriegen. Bei den Darlehen ist es so, dass wir laut Voranschlag € 25.780.000,- aushaftende Darlehen haben. Die Tilgungen sind € 5.200.000,- ungefähr vorgesehen, Neuaufnahmen € 3.100.000,-. Das heißt, wir rechnen damit, dass wir Ende 2026 um € 2.000.000,- weniger Schulden haben. Also € 76.013.800,- Und an Zinsen erwarten wir € 1.547.000,-, die wir bezahlen müssen. Leasingverpflichtungen sind nahegegen null. Also Ende des Jahres werden wir noch € 68.000 Leasingverpflichtungen haben. Und das ist ein Auslaufmodell. Ende 2027 haben wir dann keine Leasingverpflichtungen mehr. Soweit einmal die Zahlen zum laufenden Haushalt. Nur kurz, wenn ich die Investitionen anschließen darf. Nachdem im laufenden Haushalt nicht allzu viel übrig bleibt, ich habe es ja erwähnt, ein Glatte Null, können wir natürlich auch nicht allzu viel investieren. Nur das Notwendigste. Zum Notwendigsten gehört sicher, dass man bei den Gemeindestraßen was tut. Da haben wir € 2.200.000,- eingeplant. Bei den Wasserversorgungseinrichtungen haben wir € 521.000,- eingeplant. Und bei Kanal- und Kläranlage € 1.460.000,- Wir haben in der Abfallbehandlung € 430.000,- eingeplant. Das ist das elektrische Müllauto. Da kriegen wir aber eine relativ hohe Förderung. Das kostet uns netto € 280.000,-, den Rest kriegen wir in Zuschuss. Und wir haben dann das schon mehr als 15 Jahre alte Müllauto ersetzt durch ein neues mit einem elektrischen Antrieb. Dann sind ein paar so kleine Dinge wie die Mülldeponie. € 20.000,- beim Friedhof. € 37.000,- für Grundbesitz € 50.000,- haben wir da noch drinnen. Für die Renovierung des Büros der Finanzverwaltung haben wir 80.000,- Für das Hallenbad € 250.000,- Für einen neuen Kindergarten einmal € 680.000,- als Startkapital. Und dann fürs Z2000 brauchen wir eine neue Tonanlage für einmal die erste Tranche € 120.000,-. Also in Summe werden wir trotzdem € 5.933.900,- € investieren. Davon finanzieren wir € 3.100.000,- aus Darlehen. Dann aus Grunderlösen und Überträgen aus den Vorjahren und Rücklagen können wir 667.000 finanzieren. Was nicht ganz stimmt, € 1,500.000,- kommt aus diesen Mitteln. Und dann haben wir Fördermittel und Kippmittel von € 1.253.000,- Also Bundes- und Landesförderungen von €

1.25.000,-. Und das ist es dann in Summe, was sich im Investitionsbereich abspielt. Sicher weniger als wie in den Jahren, wo es sehr gut gelaufen ist. Also 19, 20, 21. Aber die letzten Jahre waren halt die weniger guten Jahre. Wir haben Corona bewältigt. Wir haben hohe Zinsen gehabt. Wir haben sehr hohe Energiekosten gehabt. Wir haben auch im Jahr 2026 noch fünfmal so hohe Energiekosten wie vor diesen ganzen Krisen. Das trifft aber jeden Haushalt auch. Das betrifft die Netzgebühren. Das betrifft die höheren Tarife für Strom und Gas. Also das geht an uns auch nicht spurlos vorüber. Wir haben 25% Personalkostenerhöhungen gehabt. Aufgrund der hohen Inflation in den letzten Jahren. Das alles haben wir ganz gut bewältigt. Und ja, wir blicken da durchaus optimistisch in die Zukunft. Die Umlagen, dass die so stark steigen, da sollte was passieren. Aber da können wir auch nicht das wirklich aktiv gestalten. Das ist eine Verhandlungssache zwischen dem Land und dem Gemeinde- und Städtebund, die uns da hoffentlich bestmöglich vertreten. Soweit einmal zum 2026er Jahr. Ich mache einen kurzen Stopp für die eine oder andere Frage und Wortmeldung und komme dann zum mittelfristigen Finanzplan.

Völkl: Gibt es Fragen? Bitte, Frau Gemeinderätin.

Dummer: Es ist nicht eingeschaltet oder es funktioniert nicht. Jetzt geht es.

Rester: Ich möchte einmal alle hier im Saal begrüßen, sowie die Zuhörer und Zuhörerinnen am Bildschirm und möchte mich einmal hier zu Wort melden. Wir von der Fraktion der SPÖ stehen hinter diesem Voranschlag 2026 und ich möchte das auch entsprechend erläutern. Aus unserer Sicht wurde vom Herrn Direktor Binder sowie von allen anderen Beteiligten bei der Erstellung dieses Voranschlags 2026 alle entsprechenden Aufwendungen, Ausgaben, Einnahmen, Erträge berücksichtigt, die zu dem Wissensstand bis zur Veröffentlichung des Voranschlages bekannt waren bzw. bekannt sein konnten. Wir sprechen hier ja noch immer von einem Budget und keinen Ist Zahlen. Aus unserer Sicht ist das sehr gewissenhaft erstellt worden und wir möchten auch darauf hinweisen, dass auf der Ausgabenseite alles berücksichtigt wurde, das zur Aufrechterhaltung der Leistungen der Stadtgemeinde Stockerau für seine Bürger und Bürgerinnen notwendig ist. Einsparungen, haben wir gehört, wurden sehr wohl berücksichtigt. Man sieht es im Personalaufwand, dass eigentlich hier mit fast gleichem Personalstand eher ein stabiler Personalaufwand, eher sogar ein leicht zurückgehender ist, trotz Gehalts- und Lohnsteigerungen. Das heißt, man versucht hier zu sparen, auch bei den Investitionen sieht man das. Auf der anderen Seite würde man noch weiterhin Einsparungen tätigen, sehen wir schon, dass es hier dann zu einem geringeren Leistungsangebot kommen müsste. Leistungsangebot, das natürlich jeden weh tun würde, jeden Bürger, Bürgerinnen, hier sprechen wir dann von Einrichtungen, wir haben es heute schon gehört, wir haben eine ganz tolle Bibliothekarin, trotzdem haben wir hier natürlich negative Ergebnisse. Wir haben da gehört, dass sie sehr effizient mit den Geldern umgeht, dass sie sehr nachhaltig wirtschaftet, so denken wir, ist das auch in anderen Bereichen und würden wir weiter einsparen, käme es vielleicht zur Schließung von Hallenbad, Freibad, Eislaufplatz. Das würde jeden wehtun, jeden hier, jeden Bürger, Bürgerin. Alternativ erwerben möglicherweise Privatisierungen, die wir definitiv nicht wollen, das würde nur zu Teuerungen führen und daher sehen wir, dass dieser Voranschlag auf alle Fälle von unserer Seite aus genehmigt werden wird.

Völkl: Dankeschön, Herr Gemeinderat Kubat.

Kubat: Von meiner Seite auch einen wunderschönen guten Abend nochmals. Wenn Sie sich den Film Fluch der Karibik anschauen und die Black Pearl steuert einem Orkan zu, dann sagt Captain Jack Sparrow, alle auf ihre Stationen, Segel setzen und Planken rein. In der Komödie oder Tragikomödie der Flucht des heiligen Koloman, wenn das Schiff MS Stadtgemeinde Stockerau auf einem Orkan zusteuert, sagt man, ja wir sehen den Orkan, schlimm und das war es. Und so möchte ich diesen Voranschlag 2026 zusammenfassen. Wir wissen, dass etwas auf uns zukommt, aber wir tun eigentlich nichts. Wir verwalten das, was wir haben, aber mehr ist es nicht. Und dann kommen wir zu dem, was meine Frau Kollegin Rester gesagt hat, weil darum werden wir nicht herumkommen, wenn wir jetzt nicht die Planken reinholen, die Segel setzen, dass es dann wirklich zu Leistungskürzungen kommen wird. Wir müssen jetzt handeln, um durch diesen Orkan

durchzukommen. Und was ist der Orkan? Es ist das wirtschaftliche Umfeld, ja auch, dass sagte der Herr Stadtrat Dummer, das Land lässt uns ausbluten, weil wir sehr viele Umlagen an das Land zahlen müssen und es beweist jetzt schon die schwierige Situation der Stadtgemeinde Stockerau. Der Herr Stadtrat Dummer hat es auch wieder betont. Wir kriegen vom Land Niederösterreich Zuweisungen, das nennt sich so technokratisch Bedarfszuweisungen 2, in Höhe von € 800.000,-. Und wenn man sich dann die Richtlinien für diese Bedarfszuweisungen anschaut und durchliest, steht diese Bedarfszuweisungen 2 sind deswegen notwendig, um die Aufrechterhaltung der Liquidität der Stadtgemeinde zu gewährleisten. Also damit wir unseren Strom noch zahlen können, Personalkosten, Gehälter und Lohn zahlen können. Der Voranschlag 2026 wird durch eines gerettet. Und zwar, dass man ein Grundstück verkauft am Damm in Höhe von € 1.660.000,-. Damit retten wir den Voranschlag. Damit retten wir uns ein Jahr wieder hinüber. Damit erkaufen wir uns auch Zeit, ja. Aber die Frage ist, wie nutzen wir dann diese Zeit? Was machen wir daraus? Und wenn wir weiter uns so durchlavieren, dann wird das am Ende nicht gut ausgehen. Das bedeutet, wir müssen jetzt handeln. Und das ist im Voranschlag 2026 nicht ersichtlich. Man braucht wirkliche Umstrukturierungsmaßnahmen. Es wird, da stimme ich ja sogar zu, gespart, wo man nur kann. Aber wir werden jetzt nur durch Umstrukturierungsmaßnahmen durch diesen Orkan kommen. Und das wäre zum Beispiel so eine wie bei den Festspielen. Wenn man sich das anschaut, im Voranschlag 2026, die ist aufgeteilt in allgemeine Kosten und Produktionskosten. Da muss man fairerweise sagen, da ist auch Musik an einem Sommerabend in diesem Ansatz drinnen. Aber das größte Defizit machen die Festspiele. Insgesamt laut diesem Voranschlag sind das dann € 271.000,- an Defizit. Die Stockerauer wollen die Festspiele nicht. Ich weiß nicht, ob die Festspiele was der Wirtschaft bringen. Ob die Firma Moll dadurch einen Motor mehr verkauft. Aber da könnten wir sparen. Entschuldigung, ich bin jetzt am Wort und ich darf hier meine Meinung äußern. Und das ist nicht frech. Das ist eine legitime Meinung, die ich hier äußern darf. Strukturieren wir sie um. Machen wir keine Festspiele mehr. Dann sparen wir uns ein Defizit. Wir können dann, wenn wir da ein Defizit von € 270.000,- machen, von mir aus € 40.000,-, € 50.000,- an Förderung für kulturelle Events. Wir haben auch sehr viele Stockerauer und Stockerauerinnen, die kulturell aktiv sind in Vereinen kunst&ko. Dann gibt es die Kulturzonen, die hingehend fördern. Und trotzdem ersparen wir uns Geld. Das andere ist, das sagte die Frau Kollegin Rester schon beim Personal, dass da die Kosten ein bisschen zurückläufig sind. Aber das ist ja auch deswegen passiert, weil im Voranschlag 2025 mit anderen Kosten gerechnet wurde. Mittlerweile wurde ja ein neues Dienstrecht eingeführt und man sich dann dachte, viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wechseln in dieses neue Dienstrecht. Ist aber nicht passiert. Und aufgrund dessen ist eigentlich im Voranschlag 2026 die Personalkosten etwas rückläufig. Aber auch da können wir schauen, dass wir flachere Hierarchien machen. Dadurch kommen es zu besseren Kommunikationswegen, schnelleren Entscheidungsfindungen. Das spart Zeit und Kosten. Wir könnten auch schauen, dass wir mittels der Kleinregion bei gemeindeübergreifenden Thematiken zusammenarbeiten, auch im administrativen Sektor, um dadurch auch Personalkosten verhältnismäßig aufzuteilen. Das könnten wir machen. Das andere ist die Wirtschaftsförderung. Wenn man sich die anschaut, die ist zuletzt novelliert worden im Jahr 2011, im September 2011. Da steht dann drinnen, wer kriegt eine Wirtschaftsförderung, also Richtlinien für Gewerbeförderungen der Stadtgemeinde Stockerau, so heißt es richtig. Aber es steht auch drinnen, wie viel dann die Unternehmen bekommen können. Aber es steht dann keine Auflagen für Unternehmen. Ich weiß schon, damals ist es so gesehen worden und aus dieser Zeit stammt ja auch diese Gewerbeförderung. Ja, wenn wir ein Betriebsgrundstück mit sieben Hektar verkaufen, dann kriegen wir wahrscheinlich gleich 60 Arbeitsplätze und damit Kommunalsteuereinnahmen. Und das ist eine wichtige Einnahmeelle für eine Stadt. Aber aufgrund des Zeitalters der Digitalisierung, der Vollautomatisierung, ist das nicht mehr so gegeben, dass man nur, wenn man sieben Hektar Betriebsgrundstück verkauft und eine Gewerbeförderung macht, gleich auch 70, 80 Arbeitsplätze kriegt. Sind die überhaupt noch so rentabel wie früher? Das müsste man sich evaluieren und anschauen. Und vielleicht kann man dann auch Verpflichtungen den Unternehmen einhergehen, dass sie sagen, mindestens so und so viele Arbeitsplätze haben wir dann und halten wir dann, anstatt so generell über eine Gewerbeförderung umzusetzen. Das andere ist, und das ist jetzt etwas größer, ich weiß Herr Stadtrat Dummer, ich hoffe es ist Ihnen nicht böse, wenn ich da etwas vorgreife, aber im Voranschlag 2026 ist auch die mittelfristige Planung. Wenn man sich die mittelfristige Planung anschaut, und deswegen bin ich ein bisschen skeptisch, ob diese

hält, ist da ein Punkt, nein zwei Punkte. Der erste Punkt ist einmal die Bedarfszuweisungen vom Land Niederösterreich, also zur Aufrechterhaltung unserer Liquidität, steigen und steigen auf etwa € 2.500.000,- im Jahr 2030. Und der zweite Punkt ist, und deswegen bin ich etwas skeptisch, ob dieser Plan halten wird, können, da steht Transferaufwand an Beteiligungen. Das bedeutet wir geben Zuschüsse an unsere hauseigene Immobiliengesellschaft, der KIG, jeweils jedes Jahr € 800.000,- , auch im Jahr 2028, und daran zweifle ich. Denn im Jahr 2028 muss die KIG diesen damaligen Kredit, jetzt ist er bei € 46.500.000,-, zurückzahlen. Es gibt wirklich keine genauen Pläne, wie man das macht. Und Wiener Neustadt hat uns schon vorgezeigt, dann werden Gemeindewohnungen verkauft. Und da kann ich Ihnen sagen, dagegen verwehre ich mich. Dass wir da einen Sozialabbau und Leistungskürzung machen werden. Das Problem ist aber, der KIG ist an dem Schicksal der Stadtgemeinde geknüpft, weil die Stadtgemeinde Stockerau haftet für diese Schulden. Wir werden im Laufe der heutigen Sitzung wieder eine Haftung beschließen. Also was machen wir jetzt? Man muss sich das jetzt sehr, sehr genau durchrechnen. Aber die KIG hält ja nicht nur Gemeindewohnungen, sie hält ja auch Gebäude, Liegenschaften des öffentlichen Interesses. Das sind Kindergärten, das ist das freiwillige Feuerwehrgebäude, das ist auch das Sportzentrum Alte Au. Ich nehme mir jetzt da nur einmal ein Beispiel her. Wenn man sich anschaut, Sportzentrum Alte Au, da zahlen wir die Stadtgemeinde Stockerau an die KIG, Mietzinsen in Höhe von € 545.000,- jedes Jahr. Das ist ganz schön viel Geld. Der Gedanke ist dann folgende. Was tun wir, wenn wir das Sportzentrum Alte Au rückabwickeln? Also sehr salopp formuliert, von der KIG zurückkaufen wieder. Dann, wie hoch zahlen wir dann die Darlehnsrückzahlungen, die Annuitäten? Es könnte sein, bei meiner Berechnung, das muss man sich aber wirklich genau anschauen, könnte sein, dass wir eine Annuität von € 355.000,- zahlen jedes Jahr. Also es ist billiger als das, was wir an Miete zahlen. Und wir würden uns sogar damit etwas ersparen, etwa € 180.000,- . Damit helfen wir auch der KIG, weil die KIG kriegt von uns das Geld, sie kann einen Teil ihres Kredites zurückbezahlen und den restlichen Betrag, der offen steht, dann umschulden und dann muss man die KIG weiter sanieren. Aber es würde ihr in erster Linie helfen. Der Stadtgemeinde Stockerau hilft es, dass sie nicht mehr höhere Mieten an die KIG zahlt, sondern weniger Darlehen. Jetzt wird man zu Recht mir sagen, naja, lieber Matthias, du kritisierst ständig den Schuldenstand und jetzt sagst du, die Gemeinde soll von der KIG öffentliche Liegenschaften, die im öffentlichen Interesse stehen, zurückkaufen mittels Talen. Das erhöht ja den Schuldenstand, das stimmt. Aber es ist aus meiner Sicht eine Investition, weil A, ich ja weniger Darlehen zurückzahle, als ich an Miete zahle bei der KIG. Und das zweite ist, in Wirklichkeit erhöhe ich nicht ganz den Schuldenstand. Denn das wurde nie mitgedacht. Als wir die kommunale Immobiliengesellschaft im Jahr 2008 ins Leben riefen, haben wir ja nicht nur die Liegenschaften und Immobilien ausgegliedert, sondern in Wirklichkeit auch einen Teil der Schulden. Und sie waren auch immer irgendwo da. Und in den Büchern waren sie zumindest sichtbar als Haftungen. Das sind alles Schritte für eine Umstrukturierung der Gemeindefinanzen. Ich gebe ja Recht jeden Einzelnen und jeder Einzelne, die sagt, das Land fordert uns, wir müssen hohe Umlagen zahlen. Da gebe ich ja Recht. Fakt ist, wir können es nicht beeinflussen. Wir können dagegen aufstehen und protestieren, aber mehr können wir nicht machen. Also müssen wir schauen, dass wir unser Schiff dicht machen. Und das bedeutet, wir müssen umstrukturieren. Und mir ist es lieber, ich verzichte auf Festspiele , als auf ein Erholungszentrum. Und ich sage Ihnen und da bin ich mir ganz sicher, wir werden zu diesem Zeitpunkt kommen, wenn wir nicht gegensteuern. All das waren jetzt Punkte und Gedanken zum Erörtern für den Finanzausschuss. Aber auch das hätte einen Voranschlag widerspiegeln sollen. Dieses Weiter-so und einfach nur Verwalten, das ist mir zu wenig. Wir wollen gestalten. Aus diesem Grund lehnen die Grünen den Voranschlag 2026 ab.

Völkl: Frage der Herr Stadtrat oder die Frau Gemeinderätin? Gerhard, bitte.

Dummer: Ja, das heißt den Voranschlag, aber nicht die Ausgaben, die darin enthalten sind, lehnt ihr wahrscheinlich ab. Es ist ja so, dass ein paar Dinge da schon klarzustellen sind. Der Grundverkauf fließt nicht in den laufenden Haushalt, sondern wird zum Teil zur Tilgung von Darlehen verwendet und zum Teil für Investitionen. Mit dem laufenden Haushalt hat der Grundverkauf nichts zu tun. Der trägt also nicht in irgendeiner Weise bei, um diesen laufenden Haushalt ausgeglichen zu gestalten. Zur BZ 2. Dieses Instrument steht allen Gemeinden offen. Und wir werden, sage ich ungeschickt, würden wir das nicht in Anspruch nehmen wollen. Es ist halt so, wir haben im Jahr

2023 noch € 1.350.000,- gebraucht. Wir haben voriges Jahr € 900.000,-, also heuer 2025, 2024 € 1.350.000,-, 2025 € 900.000,- Die haben wir auch bekommen. Und wir werden voraussichtlich im nächsten Jahr € 800.000,-. brauchen. Auf der anderen Seite haben wir 2024 bezahlt € 11.000.000,- Umlagen an das Land, € 13,2 00.000,- sollen es 2026 sein und € 17.300.000,- sollen es im Jahr 2030 sein. Also das muss man ja auch irgendwo dann schauen, wie das unterzubringen ist. Also in dem Fall ist es sicher nichts Verwerfliches, wenn man sagt, wir zahlen so viel ein in die Landeskasse und die Instrumente, die es gibt, nutzt man auch, dass man das halt im Interesse der Gemeinde dann entsprechend verwendet. Umstrukturieren, wie ich halt immer wieder bei euch raus höre, ist bei euch gleich zusperren von irgendwas. In dem Fall, die Festspiele, tut persönlich weniger weh. Da geht es aber um € 150.000,-, beim Erholungszentrum geht es um € 1.200.000,-, was wir durch den Abgang produzieren. Also ich weiß nicht, ob wir mit € 150.000,- das Budget sanieren würden. Glaube ich nicht. Ich sehe auch keinen Orkan. Es ist sicher so, dass jetzt die Zeiten ein bisschen unbeständiger sind, aber ich denke, wir führen mit besonnener und ruhiger Hand das Schiff durch die Wirren dieser Zeit, die es halt gibt auf dieser Welt. Also die Panikmache jetzt in Richtung Orkan und ein Fluch in der Karibik oder so, den halte ich für leicht überzogen, würde ich einmal meinen. Die KIG ist saniert. Seit 2019 gibt es keinen Reorganisationsbedarf mehr in der KIG. Also es gibt keinen Sanierungsbedarf in der KIG. Die KIG hat annähernd € 3.000.000,- Mieteinnahmen und damit muss sie ihre Schulden bedienen. Die KIG hat 2028 ein Darlehen das endfällig ist und wir werden daran arbeiten, das rechtzeitig so zu strukturieren, dass es leistbar ist und dass dieser Zuschuss, der im mittelfristigen Finanzplan enthalten ist, von € 800.000,- auch € 800.000,- bleiben, dass sich das so ausgeht. Dafür sind gewisse Maßnahmen notwendig, die werden wir im Aufsichtsrat diskutieren und beschließen, ist aber nichts, was irgendwie zur Dramatisierung Anlass geben würde. Also ich denke, dass wir da auf einem guten Weg sind. Der laufende Haushalt war jetzt kein einfaches. Es sind auch viele Einsparungsmaßnahmen oder Ergebnisverbesserungsvorschläge aus der Verwaltung gekommen, die wir Großteiles auch zur Umsetzung eingearbeitet und aufgenommen haben. Und da bedanke ich mich außerordentlich noch einmal bei allen Mitarbeitern in der Verwaltung, die da in diese Richtung auch mitgearbeitet haben und entsprechend Maßnahmen zur Umsetzung aufbereitet haben. Natürlich steigen die Kosten jedes Jahr, das ist so. Wir haben vor einigen Jahren nur Einnahmen gehabt von € 44.000.000,- im Jahr, sind jetzt bei € 63.000.000,-, aber die Ausgaben wachsen mit. Das ist in jedem Haushalt so, auch wenn die Löhne steigen, die Ausgaben wachsen auch mit. Und am Ende des Monats ist in jedem Haushalt meistens Null in der Kasse und bei uns ist am Ende des Jahres meistens auch Plus, Minus, Null drinnen. Wir werden das Sehen im März, wenn wir einen Rechnungsabschluss präsentieren, ob uns was übrig geblieben ist. Wie die Frau Mag. Rester schon richtig gesagt hat, das ist der Voranschlag, das ist das Budget. Das haben wir nach bestem Wissen und Gewissen erstellt und ich kann da auch versichern, dass das solide ist, dass das einzuhalten ist, dass das keine abenteuerlichen Zahlen sind, sondern dass das sehr ordentlich da aufbereitet und durchdacht ist. Und in dem Sinn, ja, also wie gesagt, über das Umstrukturieren reden wir schon lange, aber letztendlich geht es immer ums Zusperren und wir sind also ähnlich, also gleich wie die Kollegen von der SPÖ, nicht der Meinung, dass man da jetzt in Panik irgendwelche Einrichtungen schließen sollte, nur um dann vielleicht statt ein Nuller unten Plus € 500.000,- oder Plus € 150.000,- stehen zu haben.

Völkl: Die Frau Gemeinderätin Steuer und dann die Frau Gemeinderätin Rester.

Steuer: Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates sage ich jetzt einmal und auch einen schönen guten Abend an die Zuhörer hier im Saal und auch online. Vorerst einmal ein recht herzliches Dankeschön an den Herrn Dummer und an den Direktor für Finanzen Matthias Binder für die Erstellung des Voranschlags 2026. Das war sicherlich keine leichte Aufgabe, aber ich habe mir den Voranschlag auch genau angeschaut und muss sagen, ich bin auch bei dieser Seite, wo auch mein Kollege, der Herr Matthias Kubat, hängen geblieben ist, bei den Festspiele. Ich muss sagen, in Anbetracht des Schuldenstandes per Ende 2025 von rund € 78.000.000,- bin ich der Meinung, dass wir uns die Festspiele Stockerau nicht mehr leisten können. Die Festspiele kosten, wie mein Kollege schon vorher gesagt hat, € 271.000,- und ich sehe sie eigentlich nur mehr als Prestigesache. Weiters bin ich über die Gegebenheit nicht sehr erfreut, dass

von der Freiwilligen Feuerwehr Stockerau ein großer Teil der Alarmierungserlöse in das Gemeindebudget der Stadt Stockerau als Erlöse einfließen wird. Diese Blaulichtorganisation hat sich in der Vergangenheit von diesen Erlösen viel an notwendigen Aufwendungen wie zum Beispiel Autokauf, Einsatzbekleidungen, Reparaturen jeglicher Art, Versicherung etc. selber dadurch finanziert und hat das Budget der Stadtgemeinde Stockerau entlastet und dies schon seit über 20 Jahren. Daraus verschiebt sich jetzt der finanzielle Aufwand für die Instandhaltung von der Feuerwehr in Richtung Stadtgemeinde. Ich sehe hier keinen wesentlichen Vorteil darin außer, dass das Budget für 2026 auf der Erlösseite erhöht wird. Ich möchte nun betonen, dass das bitte meine persönliche politische Meinung darüber ist. Ich möchte aber hier keine Diskussion jetzt anzetteln darüber und um den vorweihnachtlichen Frieden nicht negativ zu beeinflussen, werde ich trotzdem dem Voranschlag 2026 zustimmen.

Völkl: Frau Gemeinderätin Rester, bitte.

Rester: Ich möchte auch noch einmal zurückkommen auf die Festspiele. Anscheinend ist das ein Thema, was immer wieder kommt, dass man nicht mehr haben möchte von mehreren Fraktionen. Ja, nicht nur in Stockerau, man hört das auch in anderen Gemeinden, aber was man hier wirklich vergisst ist, erstens einmal, es gibt auch Bürger, Bürgerinnen, die nicht nur sportlich interessiert sind, sondern an der Kultur und denen sollte man auch etwas anbieten. Das ist der erste Punkt. Und der zweite Punkt, es gibt natürlich auch eine Umwegrentabilität, denn die Gastronomie hat hier sicher auch einen positiven Mehrwert, wenn hier Zuseher, Zuseherinnen von anderen Gemeinden, Städten kommen und man hat natürlich auch einen Marketingeffekt, wenn man immer wieder erwähnt, wird in verschiedensten Medien, dass es hier Festspiele gibt.

Völkl: Danke schön.

Koll: Eine ganz kurze Replika auch auf den Kollegen Kubat. Ich bin ein bisschen enttäuscht, weil ich habe mir spektakuläre Filme erwartet. Wir sind nicht verwöhnt worden mit Titanic und Pippi Langstrumpf. Jetzt sind wir heute beim Fluch der Karibik angelangt. Sie haben eine gewisse Affinität zu Filmen, wo mir Leute erzählen, dass sie selber in Filmen auftreten, wo allerdings weniger Zuschauer sind als bei den erwähnten Filmen. Und ich würde empfehlen, dass Sie sich vielleicht ein bisschen mehr beschäftigen mit den Dingen, die Sie jetzt kritisiert haben, anstatt in Filmarchiven zu stöbern und parallele Situationen zu konstruieren, die mit Verlaub, an den Haaren herbeigezogen sind. Warum sage ich das? Weil Sie kritisiert haben, dass mangelnde Kreativität, mangelnde Vorschläge etc. aus dem Finanzausschuss kommen. Ich darf erinnern, der Herr Kollege Kubat ist im Finanzausschuss. Ich bin auch im Finanzausschuss. Ich habe nicht wahrgenommen, dass Sie irgendwelche Vorschläge dieser Art gebracht haben. Nachdem Sie das angehört haben und Sie vom Vorsitzenden gefragt wurden, wie Sie dazu stehen, haben Sie darauf verwiesen, dass das in Ihrer Fraktion zu beraten sein wird. Irgendein konkreter Vorschlag von Ihnen ist leider nicht gekommen. Zweitens, wie Sie wissen oder wie wir alle wissen, wie unsere Zuschauer auch wissen sollten, sind Sie auch im Aufsichtsrat der KIG und erzählen jetzt, dass nichts getan wird in der KIG. Sie haben das gerade wörtlich gesagt. Das ist wider besseres Wissen. Sie wissen genau, was wir im letzten Aufsichtsrat beschlossen haben, und das Ergebnis wird bereits nächste Woche dort diskutiert werden. Das heißt, wir nehmen das extrem ernst und es gibt sehr, sehr gute Vorschläge. Die sind auch schon verteilt worden, by the way, wo Sie nichts dazu gesagt haben, aber allen Beschlüssen dort immer zugestimmt haben. Und da würde ich auch empfehlen, dass Sie nicht des politischen Zirkus wegen jetzt irgendwelche Dinge da behaupten, wie zum Beispiel, die Stockerauer wollen die Festspiele nicht. Ich weiß nicht, wie Sie auf die Idee kommen, das zu sagen. Wahrscheinlich wird das auch den Weihnachtsfrieden, um die Kollegin Steuer zu zitieren, gefährden, wenn Sie jetzt versuchen, uns lang und breit zu erklären, warum die Stockerauer das nicht wollen. Das sind lauter Dinge, wo ich meine, es sind Statements von Ihnen, die sagen, ich gebe das zu, ja hin und wieder ganz unterhaltsam. Manchmal bin ich halt ein bisschen enttäuscht, weil die schon kreativer waren. Aber von der Grundidee, ich bitte Sie, dass man da keinen Zirkus und nicht irgendeine lustige Geschichte daraus macht, sondern dass wir wirklich alle gemeinsam an dem

arbeiten und nicht irgendwelche Situationen nutzen, die irgendwie vordergründig und meines Erachtens auch gelogen sind, wie zum Beispiel, die Stockerauer wollen die Festspiele nicht. Danke.

Völkl: Wortmeldung, Herr Stadtrat Pfeiler, Herr Gemeinderat Kubat.

D. Pfeiler: Ja, ich wollte das Thema aufziehender Orkan nochmal auf Basis des mir zugeordneten Ressorts ein bisschen reflektieren, da ist schon was dran. Im Jahr 2029, 2030 werden die Bedarfszuweisungen auf € 2.460.000,- ansteigen. Also das ist eine riesengroße Summe, aber auf der will ich jetzt gar nicht herumreiten. Was ich für extrem bedenklich halte, ist, dass der Bereich Kanal, Kläranlage massiv unterfinanziert ist. Und obwohl es hier einen extremen Instandhaltungs- und Investitionsrückstau gibt, wie wir alle wissen, sind diese notwendigen Reinvestitionsmaßnahmen in diesem mittelfristigen Haushalt nicht vorgesehen, auch nicht in der mittelfristigen Finanzplanung. Und trotzdem sind € 2.500.000,- Bedarfszuweisung 2 im Jahr 2030 notwendig. Das ist nämlich das eigentlich Dramatische. Es gäbe für die Kläranlage einen mittelfristigen Investitionsbedarf von € 13.000.000,- über 10 Jahre, sprich schnell gerechnet € 1.300.000,- pro Jahr. Allein für die Kläranlage, nachdem der Plan aber 2024, 2025, 2026 eigentlich noch gar nicht umgesetzt ist, wären allein schon jetzt € 4.100.000,- notwendig, um den damals dankenswerterweise ausgearbeiteten Reinvestitionsplan aufzuholen. Wir haben es gerade vorher gehört, vorgesehen sind € 1.460.000,-. Das heißt, das, was nächstes Jahr im Budget vorgesehen ist, reicht nicht einmal, um den Reinvestitionsbedarf in der Kläranlage für das Jahr 2026 zu decken. Da reden wir noch gar nicht, da redet man noch überhaupt nicht von irgendeinem Meter Kanal oder Kanalsanierung oder wir sanieren um € 1.460.000,- Kanäle. Dann ist aber wieder in der Kläranlage nichts da. Also es ist dieser Bereich extrem, extrem unterfinanziert und das wird sich auch im Mittelfristplan nicht ändern. Im Mittelfristplan bis 2030 ist weder die Reinvestition der Kläranlage drinnen noch ein Neubau, weder noch. Also der Bereich ist extrem unterfinanziert. Wo das hinführt, kann man am Beispiel Deutschland sehen. Kaputte Autobahnen, heruntergefahrene Eisenbahninfrastruktur mit einem enormen Investitionsrückstau. Jeder der durch Deutschland fährt, ganz egal ob mit Auto oder Zug, kennt das. Und das Problem ist, dieser Investitionsrückstau, der ist kaum aufzuholen. Im Bereich Straßen ist es ganz, ganz ähnlich. Da gibt es ja im Prinzip auch eine sehr gute Straßenzustandsanalyse. Da wären je nach Szenario € 1.400.000,- bis € 1.500.000,- notwendig pro Jahr, um von dem Instandhaltungsrückstand im Straßennetz herunterzukommen. Budgetiert sind € 1.200.000,- in der Mittelfristplanung stabil. Das bedeutet, aufgrund der Inflation, dass wir in Wahrheit immer weniger Investitions- und Reinvestitionsmittel für das Straßennetz haben. Das heißt, den eigentlich notwendigen Investitionsbedarf im Straßenbereich können wir auch nicht decken. Jetzt kann man natürlich sagen, ja super, wir zahlen € 2.000.000,- Schulden zurück. Der Schuldenstand ist um € 2.000.000,- geringer als im heurigen Jahr. Gut, aber in Wahrheit ist es eine Mogelpackung, weil man nimmt sich eigentlich den Kredit am Straßen- und Kanalnetz in der Zukunft, aufgrund der nicht erfolgten Investitionen. Also allein aus der Sicht meines Ressorts kann ich diesem Voranschlag nicht zustimmen, weil die in wirklich tragfähigen Dokumenten, belastbaren Dokumenten, ausgewiesenen Investitionsbedarfe nicht abgebildet sind. Dankeschön.

Dummer: Ich habe es anfangs erwähnt, dass der Voranschlag am 18. November aufgelegt worden ist. Das heißt, er ist vor dem 18. November erstellt worden. Da war jetzt noch nicht klar, bauen wir die Anlage neu, tun wir den Bestand sanieren. Dann kann ich es auch nicht ins Budget aufnehmen, wenn ich nicht weiß, in welche Richtung geht das. Aber was auf jeden Fall der Fall ist, egal ob das jetzt € 13.000.000,-, € 30.000.000,- oder € 40.000.000,- sind, die werden wir nicht aus der Portokasse zahlen. Sondern das wird nur über Darlehensaufnahmen zu finanzieren sein. Da haben wir dann wieder das Thema, dass der Schuldenstand so hoch ist. Aber das werden wir irgendwie aushalten. Das heißt, egal ob wir reinvestieren, € 13.000.000,- oder in eine neue Anlage investieren. Und mit 13.000.000,- wird es nicht getan sein, weil in der Reinvestition wird auch der Vorfluter neu zu machen sein. Da rechnen wir dann gleich nochmal € 4.500.000,- dazu. Das heißt, dann sind wir bei € 18.000.000,- in der Reinvestition oder bei € 30.000.000,- in der Neubauvariante. Aber das wird einmal sinnvoll in den zuständigen Ausschüssen zu diskutieren sein, eine Meinung zu finden. Und dann muss man das natürlich in die Budgets der entsprechenden nächsten Jahre aufnehmen. Aber jedenfalls wird sich das nicht im laufenden Haushalt wiederfinden können. Sondern da wird es

notwendig sein, dass wir das eine oder andere Darlehen dafür aufnehmen. Genauso für die Straßen. Also wir haben jetzt einen Ansatz drinnen, wo wir sagen, das ist eingeplant für die Straßen fix. Aber da gehört dann auch Jahr für Jahr mit Projekten unterlegt und die Finanzierung entsprechend gesichert. Also wenn wir jedes Jahr und wir haben in den letzten Jahren sehr viel in die Straßen investiert. Also sehr, sehr viel, deutlich über € 20.000.000,- in Kanal, Wasser, Straßen. Und ja, irgendwann muss das auch Wirkung zeigen. Aber es ist ein Signal auf jeden Fall, dass wir immer an Budgetposten Kanal, Wasser, Straßen auf dem Niveau von heuer drin haben. Heuer haben wir noch die Rösch-Straße fertig, also 2026 die Rösch-Straße fertig zu machen und ein paar andere Straßen. Und so ergibt es eben das Budget, so wie es im Voranschlag enthalten ist. Zum Mittelfristfinanzplan kommen wir sowieso noch. Wenn die Vorgaben des Landes so sind, wie sie jetzt da waren. Aber auch da gibt es Signale, dass man da vielleicht davon abgeht. Wir haben den Voranschlag ja sehr ausführlich mit der Gemeindeaufsicht durchbesprochen. Die haben vor allem auch die Professionalität der Aufbereitung und auch den Inhalt, so wie wir dann herangegangen sind, ausdrücklich gelobt. Und sind durchaus zufrieden gewesen, also zufriedener als die Kollegen von den GRÜNEN jedenfalls. Und ich muss sagen, das ist auch eine wertvolle Rückmeldung, die wir da immer wieder kriegen von der Gemeindeaufsicht. Dass wir da durchaus auf einem vernünftigen und guten Weg sind. Ja, es ist in Zeiten, wo es halt schwierig ist, ist schon das Budget für ein Jahr, also für das nächste Jahr, eine Herausforderung. Das ist genauso wie mit dem Wetter. Da kann man auch keinen Wetterbericht für fünf Jahre im Vorhinein ausgeben. Aber wir sind verpflichtet, das zu erstellen und machen das auch nach bestem Wissen und Gewissen. Und nach dem Informationsstand, den wir jetzt haben, der wird sich ändern in den nächsten Jahren. Und wir werden das verfeinern. Zum mittelfristigen Finanzplan wollte ich aber erst nachher kommen.

Völkl: Herr Gemeinderat Kubat.

Kubat: Nur eine kurze Replik, wenn ich da schon so oft zitiert werde und Reden sogar von Jahren meiner Person zitiert werden, fühle ich mich ja schon fast geehrt. Einmal zum Herrn Dummer. Ja, ich gebe Ihrem Argument recht mit der Bedarfszuweisung. Man sollte sich dann auch was vom Land zurückholen. Aber es gibt andere Bedarfszuweisungen, Bedarfszuweisung 1, Bedarfszuweisung für Projekte, das ist Bedarfszuweisung 3, Bedarfszuweisung 4 für Gemeindekooperationen und, und, und. Warum muss ich es mir vom Land zurückholen? Genau dort, wo meine Liquidität gefährdet ist. Also es gibt auch noch andere Bedarfszuweisungen. Das zweite ist natürlich der Ertrag vom Grundstück spiegelt sich im Voranschlag wieder. Und zum Herrn Koll noch. Also erstens einmal, ich gelobe Besserung, ich werde mir bessere Metaphern ausdenken, fühle mich aber geehrt für das Product-Placement, was Sie mir geboten haben. Zum Finanzausschuss jetzt. Warum habe ich da nichts gesagt? Das stimmt, ich habe nichts gesagt. Weil am 18. November war der Voranschlag draußen, lag zur Auflage auf. Das steht auch im Voranschlag selber drinnen auf einer der ersten Seiten. Und am 18. November war auch Finanzausschuss. Das heißt, selbst wenn ich irgendwelche Vorschläge hätte eingebracht, sie wären nicht mal berücksichtigt worden, weil der Voranschlag schon draußen war, zur Auflage. Und wenn man mir dann den Voranschlag gibt und so ungefähr wie friss Vogel oder stirb, dann kann ich nur über das gelegte Eis sprechen und kann auch nur sagen, das muss ich mir dann mit meiner Gemeinderatsfraktion gemeinsam anschauen, wie wir diesen Voranschlag bewerten. Deswegen war es so wichtig, dass wir einmal, wie wir auch letztes Jahr und vor zehn Jahren sagten, bitte machen wir einen runden Tisch, reden wir über das Budget, dass wir gemeinsam ein Budget erstellen. Aber das war nicht der Fall. Und das andere ist bezüglich Aufsichtsrat. Ich bin Teil des Aufsichtsrates, das stimmt. Es stimmt nicht, dass ich überall zustimme. Das stimmt nicht. Aber wie gesagt, der Aufsichtsrat ist zur Verschwiegenheit verpflichtet, aber das stimmt nicht. Das wissen Sie ganz genau. Bitte beachten Sie auch meine letzte Wortmeldung des letzten Aufsichtsrates, wo ich da eine entschiedene Frage gestellt habe, wo das dann zurückgestellt wurde. Also, dass ich da immer nur nichts sage und einfach wortlos zustimme, also nein, garantiert nicht.

Koll: Nur ad hoc, ganz kurz, dieser Voranschlag wurde, ich glaube, zehn Tage oder 14 Tage vor dem Ausschuss versendet. Es gab auch Gemeinderatsmitglieder, die ich sehr schätze, die dazu Fragen gestellt haben, die das angeschaut haben. Sie haben gerade gesagt, sie konnten es nicht

sehen, weil das am 18. veröffentlicht wurde, es der Ausschuss war. Es gibt auch Ausschüsse alle zwei Monate. Es wäre auch Zeit gewesen, vorher so etwas zu sagen. Darum ist es leider schon wieder ein bisschen ein Schmäh. Danke.

Völkl: Herr Stadtrat, bitte.

Dummer: Kommen wir zum mittelfristigen Finanzplan. Oder gibt es zum Voranschlag noch Wortmeldungen? Sonst würde ich zum mittelfristigen Finanzplan, den wir eh schon über weite Strecken behandelt haben, also würde ich das kurz fassen. Es ist so, wir haben eben für die Jahre 2026 bis 2030 natürlich auch eine Vorschau gemacht, einen Fünfjahresplan, so wie es halt gehört, nach der Gemeindeordnung. Dort haben wir die Erträge und die Kosten ziemlich moderat mit 2% bis 3% pro Jahr erhöht. Alle bekannten Investitionen mitberücksichtigt. Auch die bekannten Lohnsteigerungen haben wir da schon eingearbeitet. Das sind jetzt fixiert für die nächsten drei Jahre schon die Abschlüsse für die öffentlichen Bediensteten. Das haben wir auch berücksichtigt. Wir haben ein Zinsniveau auf dem heutigen Niveau in etwa inkludiert. Und entsprechend auch die Energiekosten. Und das, was wir nicht aktiv selbst gestalten können an großen Positionen, das sind die Vorgaben des Landes gewesen, betreffend die Ertragsanteile, die wir mit 3% Zuwachs im Jahr budgetieren sollen. Und dann die Umlagen, die wir mit einem Zuwachs von 6% bis 7,6 % pro Jahr budgetieren sollen. Es ist auch so, dass wir nicht die einzige Gemeinde sind, die BZ 2 beantragt. Und die Wahrscheinlichkeit, dass man BZ 2 kriegt, ist heute höher, als dass man BZ 3 kriegt. Das heißt, das muss man natürlich auch berücksichtigen. Und ich glaube auch, dass da die Gemeinde auf sich gezielt wissen möchte, wenn man die Umlagen weiter so erhöht wie jetzt, was hat das für Auswirkungen auf die Gemeindehaushalte? Nicht nur auf den Gemeindehaushalt der Stadt Stockerau, sondern auf die Gemeindehaushalte aller Gemeinden in Niederösterreich. Wie stellt sich dann die Entwicklung dar? Und wie gesagt, die Verhandlungen stehen ja an, für 2027 bis 2030. Es ist noch nicht fixiert, wie hoch diese Steigerungsraten sein sollen. Aber es ist uns halt einmal gesagt worden, wir sollen es so ins Budget, also in den mittelfristigen Finanzplan aufnehmen. Das heißt, wenn die Einnahmen um 3% steigen und die Ausgaben um im Durchschnitt 6,8 %, dann kann man sich ausrechnen, dass da eine Schere aufgeht. Und diese Schere, die entwickelt sich halt eben von diesen € 800.000,- BZ 2, die wir heuer brauchen, in Richtung € 2.455.000,- im Jahr 2030. Und das ergibt dann eben diese Umlagensteigerung von € 11.100.000,- auf € 17.300.000,- fast. Das ist für uns als Gemeinde schwer auszuhalten. Da müssen wir einige Maßnahmen ergreifen, wenn das wirklich so kommt. Aber das ist auch für alle anderen Gemeinden in Niederösterreich nicht wirklich gut zu verkraften. Und darum wird man sehen, wie die Verhandlungen da im nächsten Jahr laufen für die Jahre 2027 bis 2030. Wir haben die Gegenrechnung gemacht, was wäre, wenn man beides gleich erhöht. 3% die Umlagen und 3% die Ertragsanteile. Dann ist es so, dass wir aus eigener Kraft gar kein BZ 2 mehr brauchen, sondern in der Lage wären, aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen. Also wenn sich das Land mit 3% Erhöhung bei den Umlagen begnügt oder weniger, haben wir auch nichts dagegen, dann haben wir diese Misere nicht. Die Differenz in diesen vier Jahren, also 2027, 2028, 2029, 2030, die da verhandelt werden müssen, sind immerhin 5.600.000,-. Haben oder nicht haben, ist ein relativ satter Betrag, um den es da geht. Aber wir sind in den Verhandlungen, also nicht jede Gemeinde verhandelt das Land individuell, sondern das verhandelt einfach der Gemeindebund und der Städtebund. Und wir müssen darauf vertrauen, dass sie uns da bestmöglich vertreten in dieser Sache. Aber weil der mittelfristige Finanzplan so ist, wie er ist, ist es eben so, also so wie es vorgegeben ist, mit diesen Steigerungsraten bei den Umlagen, würden wir in den nächsten fünf Jahren aus eigener Kraft immer ein BZ 2 brauchen und das jedes Jahr ein bisschen mehr als im Jahr davor. Das führt uns dann zum nächsten Tagesordnungspunkt. Aber jetzt wird es einmal darum gehen, wenn es zum mittelfristigen Finanzplan keine weiteren Wortmeldungen gibt, die es ja schon gab, dass wir da einen Beschluss über den Vorschlag 2026 fassen und den mittelfristigen Finanzplan 2026 bis 2030. Aber es gibt noch Wortmeldungen.

Völkl: Herr Stadtrat Pfeiler.

D. Pfeiler: Ja, weil du gesagt hast, es sind alle bekannten Investitionen drinnen. Das ist eben genau nicht richtig. Es ist sehr bekannt aus der Straßenzustandsanalyse, welches Investitionsniveau jedes

Jahr notwendig wäre, liegt in der Verwaltung, kann man sich holen. Das wären die bekannten Investitionen gewesen, gibt es bis 2030. Die zweite bekannte Investition ist eben Reinvestition oder Neubau der Kläranlage. Das ist auch bekannt. Was du hier gemacht hast in diesem Haushalt ist eigentlich eine Vogelstraußpolitik, weil du hast gesagt, wir wissen nicht, was wir machen, schreiben wir nichts hinein. Mindestens hätte man die € 13.000.000,- anteilig in die nächsten Jahre hineinschreiben müssen vom Reinvestitionsbedarf. Das, was jetzt am Tisch liegt, ist ja schön gerechnet, weil wir wissen ja, dass es einen Investitionsbedarf gibt. Ganz egal, ob Neubau oder nicht, aber mindestens € 13.000.000,- über die nächsten zehn Jahre. Was ist das Problem? Es ist ja dann eigentlich diese Mittelfristplanung schön gerechnet, weil und damit sendet man jetzt völlig falsche Signale an das Land. Bis 2029-30, du hast das ja wiederholt, € 2.500.000,- Bedarfszuweisung 2, notwendig. Ja, aber mit einer Kläranlage, die so im Zustand ist wie heute und mit einem immer schlechter werdenden Straßennetz. Ich habe mir das jetzt in der Zwischenzeit schnell durchgerechnet, also € 1.300.000,- zusätzlich jedes Jahr für die Kläranlage und eine halbe Million mehr für die Straßen, um Inflation und so weiter zu berücksichtigen, sind eigentlich € 1.800.000,-, die man zusätzlich braucht. Das würde bedeuten, dass die Bedarfszuweisung 2 im Jahr 2030 nicht € 2.500.000,- ist, sondern € 4.300.000,-. Oder wie hoch auch immer, aber jedenfalls deutlich höher. Und mit dieser Mittelfristplanung werden völlig falsche, schön gerechnete Ergebnisse ans Land übermittelt. Und ich halte es für problematisch, dass man diese falschen Signale an das Land in der Form sendet. Für mich ist es ja generell auch eine Frage, man liest sie ja dauernd in den Medien, was hat man mit den Gemeinden vor? Wenn zwei Drittel der Gemeinden, allein in Niederösterreich, aber den Gemeinden in anderen Bundesländern geht es ja nicht anders, da massive Schwierigkeiten haben, will man jetzt zwei Drittel der Gemeinden in den Konkurs schicken? Was hat man mit den Gemeinden vor? Ich erwarte mir jetzt eh keine Antworten, weil das ist das falsche Forum, aber irgendwo muss es ja gesagt werden, will man jetzt in dieser Republik wirklich zwei Drittel der Gemeinden in den Konkurs schicken? Ich weiß es nicht, was man vorhat auf Seiten Bund und Länder, aber so ist es ja kein Zustand, dass man sich das Geld immer hin und her schiebt und am Ende die Decke immer zu kurz ist. Also es wird spannend, wie sich das 2030 dann alles abbildet. Danke.

Dummer: Also auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole, die Investitionen finden sich nicht im laufenden Haushalt, sondern im Investitionsbudget und dort muss man sich überlegen, wie man es finanziert. In der Regel mit Darlehen oder Eigenmitteln und Darlehen soll man ja keine aufnehmen, weil sonst ist der böse Schuldenstand wieder so hoch. Also das heißt, natürlich gibt es einen enormen Investitionsbedarf in der Stadt. Es gibt vieles, was wir tun können oder was sich die Bürger wünschen, dass wir machen. Wir können in die Kläranlage € 30.000.000,- oder € 40.000.000,- investieren. Wir können in die Straßen, müssten wir, wenn wir alle herrichten wollen, € 100.000.000,- investieren und nicht € 2.000.000,- oder € 3.000.000,-. Das heißt, die Wünsche sind natürlich jedes Jahr größer als die Möglichkeiten. Im Kindergarten müssten wir investieren, Turnsäle für die Mittelschulen müssten wir investieren. Also es gibt vieles, was wir tun. Wir haben da vor dem Rathaus ein kaputtes Denkmal. Das Rathaus selber ist nicht mehr besonders hübsch. Also ich könnte da stundenlang aufziehen, was wir alles in dieser Stadt machen können. Aber dann gibt es die andere Seite. Was können wir uns leisten? Was ist machbar? Wo kriegen wir die entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten her? Und wir werden jetzt nichts budgetieren, was wir nicht gesichert finanzieren können. Und auf der anderen Seite ist die Forderung von euch immer wieder auch, dass wir den Schuldenstand reduzieren sollen. Das geht aber nicht, wenn wir laufend investieren. Und zwar mehr, als wir uns leisten können. Wir tilgen jedes Jahr € 4,500.000,- bis € 5.000.000,- und wollen halt nach Möglichkeit nur € 4.000.000,- Darlehen aufnehmen, damit der Schuldenstand jedes Jahr um € 1.000.000,- sinkt. Das ist das Ziel, das ist im mittelfristigen Finanzplan abgedeckt. Und wenn du für dein Ressort jetzt einfach mehr Millionen willst, dann musst du mir auch einen Vorschlag machen, wo wir es hernehmen. Und nicht sagen, spielen wir im Lotto und dort gewinnen wir es.

Völkl: Kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche ein Zeichen der Zustimmung für den Antrag von Herrn Statrat Dummer. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der ÖVP, der SPÖ,

Gemeinderätin Steuer und Herr Gemeinderat Fischer. Gegenstimmen? Fraktion der FPÖ und der Grünen.

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	0	FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	4	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

4. Haushaltskonsolidierungskonzept

Dummer: Danke. Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Das ist das Haushaltskonsolidierungskonzept. Das ergibt sich eben aus dem, was ich jetzt zum mittelfristigen Finanzplan vorgetragen habe. Dadurch, dass eben aufgrund dieser Schere, die zwischen Umlagen und Ertragsanteilen aufgeht, wir jedes Jahr BZ 2 brauchen, sind wir auch verpflichtet, den Haushaltskonsolidierungskonzept für die Jahre 2026 bis 2030 an das Land zu schicken. Also wir haben zu erstellen, das ist das eine, zu beschließen im Gemeinderat und in der Folge dann ans Land zu schicken. Wir haben ein Haushaltskonsolidierungskonzept erstellt. Das ist laut § 72b 1, 2 der NÖ Gemeindeordnung 1973 erforderlich, aufgrund dessen, was ich eben erwähnt habe. Die Ausgaben, wie gesagt, im Mittelfristfinanzplan sind vernünftig budgetiert mit 2% bis 4% Steigerung. Und die Personalkosten haben wir eben so budgetiert, wie es bisher bekannt ist. Und alle anderen Dinge auch im Finanzplan. Die große Schere ergibt sich, wie schon erwähnt, aus der 3% Steigerung von den Ertragsanteilen gegenüber einer 6% bis 7,6% Erhöhung der Umlagen. Also durchschnittlich 6,88% sollen die Umlagen steigen. Würden die Umlagen nicht so stark steigen, dann können wir aus eigener Kraft einen positiven Haushalt herstellen und es wäre dieses Konzept nicht notwendig. Aber von hätte ich, tät ich, wäre ich, können wir nicht leben. Also wir müssen von dem ausgehen, was jetzt am Tisch liegt. Wir machen unsere Hausaufgaben. Das heißt, wir passen die Tarife, Gebühren und Entgelte regelmäßig, umsichtig, aber doch an die Gegebenheiten an, im Normalfall dem Rahmen der Inflation. In vereinzelten Fällen etwas darüber. Und wir stehen in Verhandlungen. Es ist abzuwarten, wie diese Verhandlungen über die Erhöhung der Umlagen ausgehen werden, die im Jahr 2026 stattfinden. Was auch ein wesentliches Thema ist, was uns schon lange begleitet, ist die Grundsteuer. Da ist ja auch eine Reform angedacht, wird immer wieder diskutiert. Auch das würde eine Verbesserung in allen Gemeindehaushalten auch in unserem bringen. Derzeit haben wir Einnahmen von € 1.900.000,- aus der Grundsteuer. Und wenn diese kolportierte Erhöhung um 50% kommt, dann sind es halt € 900.000,- mehr, die wir jedes Jahr an Einnahmen aus der Grundsteuer hätten. Aber es ist auch eine Sache, die wir nicht beeinflussen können, sondern dass im Bund zu diskutieren ist und auch zu beschließen ist. Was wir machen können, und das tun wir und haben wir auch getan in der Vergangenheit, das ist Dinge, die wir weniger beeinflussen können. Das sind unter anderem auch der Zinsaufwand. Der ist von € 430.000,- im Jahr 2021, wo die Zinsen bei Null waren, auf € 1.600.000,- gestiegen im Jahr 2026 im Voranschlag. Die Personalkosten haben sich um fast 25% erhöht auf € 19.300.000,-. Das ist auch nicht unbedingt von uns beschlossen worden. Und die Energiepreise, nicht zuletzt die Netzgebühren, sind um 4 bis 5 Mal höher als im Jahr 2021, das war also vor diesen ganzen Krisen. Wir haben geerbt die Betreuung der Kinder unter drei Jahre. Das sind auch hohe zusätzliche Aufwendungen im Bereich des Personals. Wir haben da eben sehr viel

mehr Kinderbetreuungspersonal, auch weil die Gruppengrößen kleiner geworden sind. Also das wirkt sich im Personalstand auch beträchtlich aus. Die Umlagen habe ich schon erwähnt und die Grundsteuer auch. Wir als Stadt Stockerau, als größte Stadt im Weinviertel, nehmen auch mit unseren Einrichtungen überregionale Funktionen für die Umlandgemeinden wahr. Das betrifft die Pflege, das betrifft die Kinderbetreuung, das betrifft Bildung, Kultur, Sozial- und Sportbereich für den ganzen Bezirk, aber auch für darüber hinaus. Also in unser Erholungszentrum kommen auch viele aus Wien. Die bezahlen ihren Eintritt, aber Wien zahlt jetzt nicht irgendwas an uns dafür, dass wir diese Einrichtung haben. Im eigenen Wirkungsbereich, was haben wir schon getan und was können wir tun? Also wir haben die Leasingverpflichtungen, die relativ teuer waren, haben wir reduziert, sind jetzt nahe bei Null. Wir haben die kurzfristigen Investitionsgüter, wenn wir es uns leisten konnten, immer aus laufenden Mitteln finanziert und aus Fördermitteln, aber nicht mit Darlehen. Und wenn wir es uns nicht leisten können, dann machen wir es nicht. Und was wir uns leisten können, müssen wir uns eben auch leisten können. Und Darlehen wurden nur für langfristige Investitionen für die Infrastruktur aufgenommen und auch fristenkonform finanziert. Und dort, wo es günstig war, haben wir alles mit fixen Zinsen gemacht. Die Darlehensstilgungen und Leasingraten, gegenüber früher, haben wir um rund € 1.500.000,- reduziert. Die Zinsen sind zwar gestiegen, aber das, was wir für die Rückzahlung verwenden müssen, aufgrund dieser Maßnahmen, die wir gesetzt haben, sind jetzt deutlich weniger. Der Kassenkredit ist ausgeglichen worden und wir haben seither eigentlich durchgehend einen positiven Kassenstand. Das muss man auch erwähnen. Das heißt, wir zahlen keine Zinsen für das überzogene Konto. Wir können unsere Rechnungen pünktlich zahlen. Wir können Rechnungen mit Skonto zahlen. Das bringt uns auch ein bisschen Geld. Und das sind alles Maßnahmen, die wir schon gesetzt haben. Durch die Sicherung von Großteils bereits gewidmeten Betriebsgebietflächen werden wir in Zukunft auch die Möglichkeit haben, Betriebe anzusiedeln und damit das Kommunalsteuereinkommen nachhaltig zu erhöhen. Wir haben € 7.500.000,- jetzt Kommunalsteuer und wollen natürlich, dass das in Zukunft mehr wird. Dazu kommt, dass wenn wir diese Grundstücke dann verkaufen, wir auch Darlehen in Höhe von € 7.500.000,- reduzieren können. Das entlastet uns einerseits bei den Zinsen, andererseits ist der Schuldenstand niedriger. Dann können wir wieder das eine oder andere Darlehen für Straßen oder sonst etwas aufnehmen. Wir haben uns innerbetrieblich sehr gut restrukturiert. Wir haben Verbesserungen in den Abläufen vorgenommen. In vielen Bereichen haben wir uns ganz gut aufgestellt, auch was die Verwaltung anbelangt. Wir haben viel investiert in die LED-Umstellung bei der Straßenbeleuchtung, aber auch bei vielen anderen Anlagen. Wir haben in PV-Anlagen investiert. Wir haben ein Blockherzkraftwerk investiert. Das alles, um den Energieverbrauch und damit auch die Energiekosten zu senken. Was wir nicht beeinflussen können, ist die Energietarife und die Netzgebühren. Was wir sehr wohl beeinflussen können, ist, wie viel Energie verbrauchen wir. Da haben wir in der Vergangenheit sehr viel gemacht. Es gibt dann noch eine ganze Liste, die ich gerne aufzähle, von Erhöhungen, Preisanpassungen, Vorauszahlungen und allen einnahmeseitigen Maßnahmen eine Menge. Ausgabenseitig Maßnahmen haben wir auch viele gesetzt in der Vergangenheit und werden wir auch in Zukunft vorsehen. Es gibt viele Kooperationen schon, die wir mit den Nachbargemeinden haben. Das eine ist im Bereich der Wasserversorgung mit Sierndorf, Leitzersdorf, Niederhollabrunn und Spillern. In der Abwasserentsorgung mit Spillern und Leitzersdorf eine Kooperation in der Abfallwirtschaft mit Spielern und Leitzersdorf. Zuletzt haben wir eine Kooperation im Bereich der Musikschulen mit Hausleiten, Leitzersdorf, Niederhollabrunn und Spillern beschlossen. Wir prüfen laufend weitere Möglichkeiten zur Kosteneinsparung durch Kooperationen mit Umlandgemeinden. Wir haben im Hallenbad letztes Jahr sehr viel investiert, um die Energiekosten dort zu senken, auch nicht unwesentlich. Und wir prüfen auch laufend Möglichkeiten zur Ausgliederung oder zur Verpachtung oder Verbesserung der Ergebnisse. Nur braucht es für die Dinge halt alles auch einerseits ein wirtschaftliches Konzept, dass man sagt, die Qualität der Leistung darf nicht schlechter

sein, es muss wirtschaftlich tragbar sein, die Gemeinde muss weiter die Möglichkeit haben, das zu beeinflussen. Und dann braucht man natürlich noch eine Mehrheit im Gemeinderat, um solche Dinge zu beschließen. Das alles bedarf einer gewissen Vorbereitung, aber an dem Arbeiten wir laufend und ich denke, dass uns da auch in den nächsten Jahren so wie in den vergangenen Jahren einiges gelingen wird. Was könnte Bund und Land für uns tun? Haben wir eh schon kurz erwähnt, einerseits die Reform der Grundsteuer würde uns bis zu € 1.000.000,- bringen. Wir brauchen einen echten Kostenausgleich für Bund und Land für alle Zusatzaufgaben, die beschlossen werden für uns. Wenn wir sagen, wir sollen jetzt die Kinderbetreuung für Zweijährige übernehmen, die Deutschförderung und die Integrationsmaßnahmen, sollen alle die Gemeinden stemmen, tun wir ja, aber wir brauchen dann auch irgendwie eine Abgeltung der Kosten. Das Land tut sich leicht zu sagen, Gruppengröße sind jetzt nicht mehr 25, sondern 22. Für uns heißt es aber, wir brauchen mehr Betreuungspersonal und wir brauchen auch Raum dafür und das sind immer Aufgaben, die uns als Gemeinde treffen und die uns nicht nachhaltig abgeholten werden. Also da könnte uns was passieren und die Begrenzung der Erhöhung der Umlagen, das habe ich auch schon erwähnt, das war der Hauptfaktor eigentlich, wenn man sagt, okay, die Ertragsanteile sollen um 3% steigen, aber die Umlagen auch nur um 3%, dann würde uns das schon sehr viel helfen. Wiewohl es klar ist, dass die Aufgaben, die das Land damit hat, das Gesundheitswesen und das Sozialwesen, dass das Geld erfordert, aber das kann nicht so sein, dass man sagt, das Geld muss automatisch von den Gemeinden kommen. Wir kriegen von den Umsatzsteuern und Ertragssteuern 12% und wenn es so weiter geht, bleiben 9% damit in der Landeskasse und 3% kommen noch bei uns an. Also von 12% gehen ein Dreiviertel. Die kommen gar nicht an bei uns. Der Bund schickt das Geld übers Land an die Gemeinde, das Land behält sich gleich, was sie glaubt, dass sie brauchen, das ist jetzt ein bisschen salopp formuliert, und bei uns kommen dann noch 3% an von den 12%. Und wenn es in die Richtung geht, bis 2030, dann wird es wirklich notwendig sein, dass viele Gemeinden zwangsverwaltet werden müssen, weil sie einfach das nicht mehr bewältigen können, die laufenden Ausgaben. Und dort wollen wir ja nicht hin und ich denke auch, dass das das Interesse des Landes ist, dass die Gemeinden nicht in diese Richtung kommen, sondern dass die Gemeinden, weil jeder ja in einer Gemeinde wohnt, weiter lebensfähig sein soll. Also wie gesagt, viele Maßnahmen vorgesehen, das Konzept wäre jetzt zu beschließen, wenn es da noch ergänzende Dinge gibt, das haben wir rechtzeitig ausgeschickt, vor dem Finanzausschuss, falls da jetzt noch Ergänzungen gibt, nehmen wir es gerne auf. Und sonst würde ich ersuchen, dass wir das Haushaltskonsolidierungskonzept beschließen und dem Land abgeben. Da haben wir eben bewusst auch ein Zeichen gesetzt, wo man sagt, wir tun unseres, wir würden aber auch erwarten, dass Bund und Land uns auf unserem Weg da unterstützen. Da wären wir nicht böse drüber.

Völkl: Herr Stadtrat Pfeiler und Herr Gemeinderat Fischer.

D. Pfeiler: Sehr spannend, bei der letzten Gemeinderatssitzung habe ich angefragt mit einem Dringlichkeitsantrag, was ist da mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept, da war was in den Medien, das ist ja dann brüsk zurückgewiesen worden, naja, der ORF kann sich auch manchmal irren und ja, es war fast so ein bisschen wie Hochverrat oder was auch immer, war sehr eigenartig und ein paar Tage später kommt dann das Haushaltskonsolidierungskonzept. Also das war einigermaßen überraschend, dass das noch in Abrede gestellt wird und da schau her, einen Tag später wird der Voranschlag ausgeschickt und auch ein Haushaltskonsolidierungskonzept gleich dazu. Gut, also der ORF hat sich nicht geirrt, wie sich gezeigt hat, besteht eben der Bedarf für ein Haushaltskonsolidierungskonzept. Also insofern wäre da vielleicht ein bisschen mehr Transparenz und nicht gleich das abwürgen, die Diskussion, wenn man nur eine Frage hat, was ist da, gibt es da Bedarf? Nein, gibt es nicht und am Tag darauf schickt man es dann aus. Gut, zu den

ausgabenseitigen Maßnahmen, da sind ja da einige Dinge drinnen, wo man sich die Frage stellen muss, ja ok, und dann? Reduktion Saisonpersonal in der Grünraumpflege, naja, unsere Grünräume werden wir wohl pflegen wollen oder müssen oder ja hoffentlich wollen. Also es sind einige Dinge drinnen, die auch wirklich zu hinterfragen sind. Dann sind auch Dinge drinnen, wo man noch nicht genau weiß, wo das hinführt, Ergebnisse, Verbesserung der Ergebnisse durch Ausgliederung. Kollegin Rester hat vorher gerade gesagt, nein, die Dinge sollten nicht privatisiert werden. Naja, man kann eine Ausgliederung dazu sagen, schauen wir mal, was da kommt. Also da sind auch noch sehr viele Überschriften drinnen. Interessanter Punkt ist auch der Punkt verstärkte Abgeltung von Mehrdienstleistungen in Freizeit zur Reduktion der Personalkosten. Also in den letzten Gemeinderatssitzungen haben wir dann oft gleich Mehrdienstleistungspauschalen dazu beschlossen. Soll so sein, nur da haben wir jetzt genau das Gegenteil als Zielformulierung. Also für uns gehen da ein paar Dinge noch nicht ganz zusammen, weil sozusagen die Anzahl Beschlüsse oft dann doch was anderes bedeuten, als in den Zielsetzungen formuliert wird. Insofern sehen wir dieses Haushaltskonsolidierungskonzept ein bisschen skeptisch und sind überrascht, dass es das überhaupt braucht. Danke

Falb: An sich ist der Gemeinderat Fischer dran. Darf ich vielleicht den Stadtrat Dummer ersuchen, seine Replik darauf gleich zu machen? Ist das okay? Danke.

Dummer: Der ORF hat schon geirrt. Für 2025 bis 2029 war kein Haushaltskonsolidierungskonzept notwendig. Das habe ich auch letztens schon gesagt, da hast du vielleicht nicht aufpasst, dass es für 2025 bis 2029 nicht notwendig ist, aber sehr wohl für 2026 bis 2030. Und dass das in Vorbereitung ist und dass wir das sowieso im Finanzausschuss haben. Und da habe ich auch gesagt, dass das schon ausgeschickt wurde. Das heißt, das sollte wenig überraschend sein. Der Grund, wieso das so ist, habe ich damals schon gesagt und habe ich heute ausführlich behandelt. Über die einzelnen Maßnahmen, die wir da jetzt ins Auge gefasst haben, das ist etwas, was wir jetzt einmal beschließen, aber natürlich ist jede einzelne Maßnahme bedarf eines eigenen Gemeinderatsbeschlusses. Dafür gibt es eine Mehrheit oder nicht. Aber jetzt geht es einmal darum, was haben wir für Möglichkeiten im eigenen Wirkungskreis, was könnte uns unterstützen. Um das geht es in ein Haushaltskonsolidierungskonzept. Das ist ja jetzt da nichts Böses, sondern das ist halt ein Erfordernis, das sich aus der NÖ Gemeindeordnung ergibt. Wenn die Zahlen so kommen, wie es da jetzt im Voranschlag, also im mittelfristigen Finanzplan enthalten sind, also es ist nichts Ungewöhnliches. Es war halt in der Vergangenheit nicht notwendig und jetzt ist es notwendig, aber das sollte nicht überraschend sein, weil wir das schon im letzten Gemeinderat so besprochen gehabt haben.

Völkl: Herr Gemeinderat Fischer.

Fischer: Ich sehe es nicht ganz so kritisch wie der Herr Stadtrat Pfeiler. Ich sehe hier viele gute Ideen. Ich habe jetzt nicht gezählt, ob es 113 Punkte sind, aber es ist einmal ein guter Anfang. Die Richtung stimmt jedenfalls und die Richtung wird trotz allem ausgabenseitig werden müssen. Wenn ich mich an die letzte Gemeinderatssitzung erinnere und die Debatte über die Erhöhung der Eintritte in das Freizeitzentrum, dann wissen wir, dass für viele Familien der Stadt der Plafond der Belastbarkeit erreicht ist. Wir müssen also mehr schauen, wo wir weniger Geld ausgeben und nicht schauen, wo wir mehr einnehmen können. Wo ich da einiges Potenzial sehe, ist die Kooperation mit den Nachbargemeinden. Auch da sind wir gut am Weg. Ich sehe erste Schritte bei der Musikschule oder bei der Ver- und Entsorgung. Hier gehören die Anstrengungen unsererseits verstärkt. Sei es beim Freizeitzentrum, sei es bei den Sportanlagen, sei es bei der IT-Infrastruktur oder beim

Fuhrpark. Nicht jede Gemeinde braucht 365 Tage im Jahr alle Sonderfahrzeuge. Da kann man sicher auch über Kooperationen reden. Dieses Nachdenken über weitere Synergien und Kooperationsmöglichkeiten würde ich gerne aus dem Finanzausschuss und der Gemeindeverwaltung auslagern in eine Arbeitsgruppe, die sich nicht um das Tagesgeschäft kümmern soll, sondern genau um diese Fragen, wo können wir kooperieren mit den Nachbargemeinden. Und da denke ich durchaus auch über die Donau. Ich stelle daher folgenden Zusatzantrag.

Zusatzantrag

Der Gemeinderat möge beschließen. Ich habe zehn Ausdrucke mit, falls jemand mitlesen möchte. Die Frau Stadtamtsdirektorin und ihre Mitarbeiterinnen. Ich fange trotzdem schon einmal an. Der Gemeinderat möge beschließen, die Bürgermeisterin und der Finanzstadtrat werden aufgefordert, umgehend eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die vielfältigen Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden verbindlich prüft, die Potenziale für Synergien in Abstimmung mit den Nachbargemeinden systematisch analysiert und bis Juni 2026 einen ersten Vorschlag für gemeinsame Projekte der Zusammenarbeit, Kooperation inklusive einer groben Skizzierung der Umsetzung unserer Synergiepotenziale und unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der Auslagerung an den Gemeindeverband präsentiert. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe werden aufgrund ihrer Fachkompetenz ausgewählt und bestehen aus VertreterInnen der Gemeindeverwaltung mit Fachkompetenz in Verwaltung, Finanzen und Infrastruktur, ebenso wie aus Personen mit Erfahrung in interkommunaler Zusammenarbeit und Projektmanagement und je einer Vertreterin einem Vertreter der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen. Bei Bedarf können externe Fach ExpertInnen sowie VertreterInnen der Gemeindeverwaltung benachbarter Gemeinden hinzugezogen werden. Nach der Präsentation der Ergebnisse und Empfehlungen im Juni 2026 wird der weitere Aufgabenschwerpunkt der Arbeitsgruppe neu definiert, sowie ein Umsetzungspfad verabschiedet. Die Arbeitsgruppe erarbeitet insbesondere folgende Punkte, systematische Erfassung und Bewertung der Potenziale einer Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und dem Gemeindeverband, Identifikation von konkreten Einsparungs- und Synergieeffekten in Verwaltung, Beschaffung, Infrastruktur und Dienstleistungsangeboten, Erarbeitung von praxisnahen, rechtlich und organisatorisch umsetzbaren Vorschlägen für die Kooperation, Schaffen einer fundierten Entscheidungsgrundlage für die Gemeindegremien bezüglich weiterführender Maßnahmen. Die Bürgermeisterin informiert die BürgermeisterInnen der umliegenden Gemeinden von der Einrichtung der Arbeitsgruppe und dem Ziel der engen Zusammenarbeit. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Eine Wortmeldung, Herr Gemeinderat Kubat.

Kubat: Lieber Kollege, das finden wir eine gute Idee. Das ist das, was wir im Voranschlag 2026 heute ja schon sagten mit themenübergreifender Zusammenarbeit auf Gemeindeebene. Also du hast da meine Unterstützung. Ich ärgere mich etwas, dass ich den Antrag nicht gestellt habe, aber gesagt wurde es ja schon von unserer Seite. Und das andere ist bezüglich Haushaltskonsolidierungskonzept, weil es ja vorher hieß, sonst müssen der Voranschlag 2026 ist solide, keine Leistungskürzungen. Wenn man das Haushaltskonsolidierungskonzept schaut, stehen schon einige Leistungskürzungen, wie Streichung der Heimatstelle im Pflegeheim, Überprüfung, Kündigung für einen Shuttlebus, Reduktion von Instandhaltung, Instandsetzung und Investitionen. Also da sind schon einige Leistungskürzungen ersichtlich.

Völkl: Weitere Wortmeldungen?

Dummer: Also Kooperationen sind sicher ein wesentlicher Teil und das ist ja das, was ich schon erwähnt habe in diesem Konzept. Wir haben ja das in der Vergangenheit auch gemacht. Ohne großen administrativen Aufwand, ohne große Bürokratie haben wir in vielen Bereichen Kooperationen mit den Nachbargemeinden ausverhandelt und diese auch auf Schiene gebracht. Es ist ja so, da können wir uns zwar zusammensetzen und im Kammerl uns irgendwas ausmachen, aber es bedarf ja dann immer auch noch Partner, das heißt die Nachbargemeinden, die darin auch dann einen Vorteil sehen muss, mit denen muss man das ja auch abstimmen. Und das haben wir in der Vergangenheit getan. Es gab ja auch auf der Vorschlagsliste zur Einsparung so die Möglichkeit oder die Ansätze, dass man sagt, die Nachbargemeinden sollen beim Erholungszentrum mitzahlen, sollen beim Sportzentrum mitzahlen, sollen hier oder dort mitzahlen. Es muss ja auch für beide Partner, so wie in jeder Partnerschaft auch ein Nutzen ergeben. Dort, wo das möglich ist, gibt es ja eh eine Plattform, wo sich die Bürgermeister regelmäßig treffen, wo es eben auf der Verwaltungsebene einen Austausch gibt und wo man halt genau diese Dinge bespricht. Und dann kommen da Projekte zustande, die dann halt auch ausgearbeitet werden und in die Umsetzung kommen. So wie zuletzt die Musikschule und so wie es in einigen Bereichen Kanal, Wasser, Müll und so schon durchaus gang und gebe ist. Und das wird es weiter geben. Ob es dazu eine eigene Arbeitsgruppe braucht, das bin ich jetzt nicht so überzeugt. Weil das auch in der Vergangenheit mit der Verwaltung und Politik und mit den Nachbargemeinden ganz gut funktioniert hat.

Völkl: Dankeschön. Herr Vizebürgermeister, bitte.

Falb: Ja, danke. Also ich persönlich halte den Ansatz der interkommunalen Zusammenarbeit für ja, da gibt es sicher Luft nach oben, auch wenn wir uns immer bemühen, da Synergien mit den Nachbargemeinden zu finden. Die haben natürlich auch, das muss man schon sagen, ihre eigenen finanziellen Interessen und das hat sich dann in der Praxis, stellt sich halt dann wirklich auch oft heraus, dass es sehr schnell an Grenzen stößt. Aber ich würde, Herr Gemeinderat Fischer, wenn das dein Einvernehmen hat, deinen Antrag in dem Sinn modifizieren, dass man nur den Einleitungssatz, er ist nämlich auch relativ umfangreich, um das auch zu sagen, dass man den Einleitungssatz in dem Sinn ändert, dass man sagt, die Bürgermeisterin und der Finanzstaatrat werden aufgefordert, im Finanzausschuss umgehend die Bildung einer Arbeitsgruppe vorzubereiten, die ja, dass man wirklich, wie man das hier macht, im Detail sich im Finanzausschuss überlegt. Also unter der Prämisse, glaube ich, könnte man dem ganz gut auch nähertreten. Jetzt unmittelbar das in den Detaillierungsgrad hier zu beschließen, bin ja ein bisschen überfragt, ehrlicherweise, etwa was die Beiziehung von Experten und so weiter betrifft. Wenn das, wenn du die Bereitschaft hättest, diesen Einleitungssatz in dem Sinn umzuformulieren, dann, glaube ich, könnten wir als Fraktion beitreten, dem.

Fischer: Können wir gerne machen. Ich wollte niemanden mit der Detailliertheit hier im Gemeinderat verwirren oder überfordern. Gerne in den Finanzausschuss.

Völkl: Gut, dann stimmen wir über den Grundantrag ab. Hast du schon einen Antrag gestellt?

Dummer: Den Antrag? Nein. Aber vielleicht kommen wir noch dazu.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, dass Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 bis 2030 der Stadtgemeinde Stockerau laut Beilage zum Amtsberuf wird genehmigt. Bei dem Inhalt des vorliegenden Beschlusses handelt es sich um eine Information von allgemeinem Interesse nach dem Informationsfreiheitsgesetz, die proaktiv zu veröffentlichen ist. Gemäß § 3 Informationsfreiheitsgesetz obliegt die Veröffentliche dieser Information dem Gemeinderat. Es stehen keine Geheimhaltungsgründe gemäß § 6 IFG der Veröffentlichen entgegen. Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 bis 2030 wird nach § 4 IFG im Bundesinformationsregister über data.gv veröffentlicht. Ich ersuche um Zustimmung zum Haushaltskonsolidierungskonzept und zur Veröffentlichung.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der ÖVP, der SPÖ und vom Herrn Gemeinderat Fischer. Gegenstimmen? Fraktion der Grünen, Frau Gemeinderätin Steuer und die Fraktion der FPÖ. Wir kommen nun zum Zusatzantrag vom Herrn Gemeinderat Fischer mit dieser Abänderung.

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	0	FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	4	GRÜNE	0
UBS	0	UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Fischer: Mit der vom Herrn Vizebürgermeister Falb vorgeschlagenen Abänderung.

Völkl: Gut. Dann ersuche ich hier auch um Zustimmung. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der ÖVP, Fraktion der SPÖ, Herr Gemeinderat Fischer, Frau Gemeinderätin Steuer, Fraktion der Grünen. Gegenstimmen? Fraktion der FPÖ. Dankeschön. Nächster Tagesordnungspunkt

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	0	FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

5. Haftungsübernahme KIG Sanierung Roter Hof 3

20:51 GR Weiss verlässt die Sitzung

Dummer: Zur Haftungsübernahme für die Sanierung Roter Hof 3. Wir haben ja begonnen, die Gemeindewohnhäuser aus den 50er und 60er Jahren zu sanieren. Nachdem der Lindenhof mit 72 Wohnungen fertig geworden ist und wir mit dem Europahof im Juni 2025 mit 32 Wohnungen gestartet haben, soll jetzt zeitnah mit der Sanierung des Wohnhauses Roter Hof 3 begonnen werden. Das sind ebenfalls 32 Wohnungen in 2 Stiegen und 1.640 m2 Nutzfläche begonnen werden. Das Gebäude hat 4 Wohngeschoße wird thermisch komplett saniert, barrierefrei erschlossen auf

Fernwärme umgestellt und mit einer PV-Anlage, wenn es geht, ausgestattet werden. Die 32 Wohnungen werden auch generalsaniert, weil wir die Stiegenhäuser abbrechen und alle Mieter ausgemietet worden sind. Und voraussichtlich im Jahr Ende 2026, Anfang 2027 werden wir fertig sein, wenn wir jetzt beginnen, dann Ende Jänner und dann können 20 Wohnungen neu vergeben werden, weil nur 12 Mieter zurückkommen. Die Baukosten werden nach den bisher vorliegenden Angeboten und ergänzenden Kostenschätzungen, sowie 10% Reserve zwischen € 5.500.000,- und € 5.800.000,- betragen. Die Ergebnisse der Ausschreibung lagen bei einigen Gewerken deutlich unter der Kostenschätzung, was erfreulich ist und es gibt bereits eine fixe Zusage des Landes Niederösterreich für einen Einmalzuschuss von € 393.413,- und einen Zuschuss von € 118.024,- und das 20 Jahre lang, also in Summe € 2.000.000,- und € 360.000,-, was wir vom Land an laufenden Zuschüssen kriegen und darüber hinaus haben wir auch eingereicht für die neuen Bundesförderungen, da erwarten wir ungefähr € 300.000,- Einmalzuschüsse. Also in Summe pro Quadratmeter € 1.860,- an Zuschüssen, trotzdem bleibt noch ein beträchtlicher Teil, den wir aus den Mieten beziehungsweise als KIG dann zu stemmen haben. Für die Finanzierung soll ein Darlehen aufgenommen werden, das haben wir ausgeschrieben. Da gibt es auch mittlerweile sechs Angebote dafür und für dieses Darlehen soll die Stadtgemeinde Stockerau als 100% Eigentümerin der kommunalen Immobilienliegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft Stockerau die Haftung als Bürge und Zahler oder Garantie, das ist von Bank zu Bank immer unterschiedlich, für ein Darlehen in Höhe von maximal € 5.000.000,- bis längstens 3 Monate nach Ende der Darlehenslaufzeit übernehmen. Für diese Haftungsübernahme ist noch nach § 90 Abs. 4 Z 2. NÖ GO 1976 keine Genehmigung des Landes NÖ erforderlich, weil es eben einen Zuschuss vom Land gibt. Da braucht man dann keine Haftung.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag der Gemeinderat, wo ich beschließen, die Stadtgemeinde Stockerau übernimmt für die vom Land Niederösterreich geförderte Sanierung des Wohnhauses Roter Hof 3 für die kommunale Immobilienliegenschaftsverwaltungs und Verwertungs GmbH Stockerau die Haftung als Bürger und Zahler oder Garantie bis zum Höchstbetrag von € 5.500.000,-, das sind eben die € 5.000.000,- inklusive 10% Reserven für Zinsen, Verzugszinsen und Kosten mit einer Laufzeit bis längstens 30.06.2047. Der Kredit soll am 31.03.2047 vollkommen getilgt sein und die 3 Monate dazu ist dann der 30.06.2047. Für die Haftung ist keine Genehmigung des Landes erforderlich, wie schon erwähnt und das ist wieder ein Beschluss, den man veröffentlichen kann und soll und wollen und die Veröffentlichung nicht zu veröffentlichen bestimmt und auch nicht auf Antrag zugänglich zu machen. Ist in dem Fall vorgesehen. Habe ich jetzt falsch zitiert, Entschuldigung. Gibt es dazu Fragen?

Völkl: Herr Gemeinderat Kubat.

Kubat: Sie werden schon wissen, was jetzt kommen wird. The same procedure. Da es ja eine Haftungsübernahme der KIG ist, eine Haftungsübernahme der Stadtgemeinde Stockerau für die KIG ist und als Bürge und Zahler möchte ich folgenden Zusatzantrag stellen.

Zusatzantrag

Die KIG verpflichtet sich aufgrund der Haftungsübernahme der Stadtgemeinde Stockerau auf ein Veräußerungsverbot des Roten Hofes 3 mit der Laufzeit des Kredites.

Dummer: Die übliche Antwort die KIG selbst also der Geschäftsführung der KIG kann die Liegenschaft sowieso nicht verkaufen ohne Zustimmung des Aufsichtsrates bzw. des Eigentümers. Also insofern ist das eigentlich unsinnig das zusätzlich zu beschließen, weil das Kraftstatut gar nicht vorgesehen ist, dass die KIG selbstständig irgendwelche Immobilien verkaufen kann.

Völkl: Dann stimmen wir ab. Bitte um Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Der Herr Kollege Grimm-Schlink nicht. Eine Enthaltung von Herrn Gemeinderat Grimm-Schlink. Ansonsten Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrstimmig beschlossen

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	3	GRÜNE	0	GRÜNE	1 GR Grimm-Schlink
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Dummer: Sollen wir über einen Zusatzantrag noch abstimmen?

Falb: Das geht nicht, wir sind das falsche Gremium.

Völkl: Das ist aberwitzig. Unsinnig.

Falb: Mir ist nur aufgefallen, der Antrag richtet sich an die KIG. Wir sind hier nicht in der KIG, sondern im Gemeinderat der Stadt Stockerau.

Völkl: Wir können den Antrag schon abstimmen, aber der Herr Gemeinderat Kubat weiß, same procedure, das ist ein Blödsinn. Aber wir werden es. Bitte um Zustimmung, wenn wir mit dem Herrn Gemeinderat Kubat diesen Zusatzantrag machen will. Gut, Fraktion der Grünen Gegenstimme. Der Rest. Das war aber zu spät. Aber wir nehmen das auch noch mit. Da war schon das nächste gestellt. Aber es passt schon. Weiter. Nächster Tagespunkt

Abstimmungsergebnis: mehrstimmig abgelehnt

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	0	ÖVP	14	ÖVP	0
SPÖ	0	SPÖ	6	SPÖ	0
FPÖ	0	FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	0	NEOS	1	NEOS	0

20:55 GR Weiss nimmt wieder an der Sitzung teil

6. Änderung Kurzparkzonenabgabeordnung

Dummer: Okay. Dann wäre mein nächster Tagesordnungspunkt die Änderung der Kurzparkzonenabgabenordnung. Die Kurzparkzonen haben wir zuletzt vor 3 Jahren mit Wirkung 01.01.2023 erhöht worden. Wir haben jetzt 70 Cent pro halbe Stunde und das soll auf 80 Cent pro halbe Stunde angehoben werden. Bei sonst unveränderten Bedingungen in der Kurzparkzonenabgabenordnung Gleichzeitig soll der Tarif für Parkkarten der Bewohner, der Vertretung der Gemeinde nach außen, der Leitung des inneren Dienstes sowie des allgemeinen Vertretungskörpers, der Pädagogen, einer Schule, eines Kindergartens oder eines Hortes sowie der Stadtgemeinde Stockerau zugelassene PKWs von € 180,- auf € 200,- und der Tarif für Unternehmer und Handwerksbetriebe von € 300,- auf € 330,- angehoben werden. Alle anderen Änderungen in der Verordnung würden wir extra vorlegen zur Beschlussfassung. Sollte da was notwendig sein. Da

geht es nur jetzt um die Tarifanpassung im Wesentlichen von eben € 1,40 in der Stunde auf € 1,60 in der Stunde.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag, wenn ich ihn finde. Der Gemeinderat wolle beiliegende Änderungen der Kurzparkzonenabgabenordnung beschließen. Ich ersuche mich da von der Verlesung der ganzen Verordnung zu entbinden. Sonst sitzen wir morgen noch da.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Eine Wortmeldung, Herr Gemeinderat Kratschmer, bitte.

Kratschmer: Ja, schönen guten Abend, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kollegen des Gemeinderates, werte Zuhörer hier und zu Hause. Die geplante Erhöhung der Parkraumüberwachung und den anderen Erhöhungen ist für uns völlig untertragbar. Wir als FPÖ werden deshalb dagegen stimmen und bei den anderen Erhöhungen auch. Es kann nicht sein, dass das finanzielle Problem der Stadt ständig über Erhöhungen der Gebühren auf die Bürger abgewälzt wird. Der Vergleich von Herrn Stadtrat Dummer mit Wien, dass wir ohne ihn günstiger sein, ist für mich völlig verfehlt. Weil genau deshalb verlassen Menschen Wien, wegen diesen ständigen Belastungen und wir sollten diesen Weg nicht auch noch einschlagen. Wenn wir Tulln schon vergleichen, dann sollten wir uns mit den anderen Gemeinden vergleichen und wenn ich mir anschaue, dass Hollabrunn, Retz und Langenzersdorf zwei Stunden gratis Parkzonen anbieten oder weil Tulln vorerwähnt wurde, erste halbe Stunde nichts kostet, jede weitere 50 Cent, so wie St. Pölten eine Landeshauptstadt 50 Cent oder Krems verlangt, warum sollte Stockerau hier eine Erhöhung vornehmen. Auch Salzburg hat 1,50 Euro die Stunde. Somit wären wir dann auch teurer als Salzburg. Da frage ich mich, warum ist das in Stockerau auch nicht möglich, wie bei den Nachbargemeinden. Mir kommt es so vor, dass jetzt alle Gebühren schnell erhöht werden, damit das Schiff von Käpt'n Jack Sparrow nicht sinkt. Deswegen sollten wir keine weiteren Kostensteigerungen beschließen, sondern unsere Ausgaben kritisch durchgehen und unnötige Projekte eventuell auch streichen. Vielen Dank.

Völkl: Noch weitere Wortmeldungen? Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche mein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der ÖVP, der SPÖ, der Herr Gemeinderat Grimm-Schlink, Herr Stadtrat Pfeiler, Herr Gemeinderat Kubat, Herr Gemeinderat Fischer. Gegenstimmen? Die Fraktion der FPÖ, Frau Gemeinderätin Steuer. Eine Enthaltung haben wir mit dem Gemeinderat Pfeiler.

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	0	FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	3	GRÜNE	0	GRÜNE	1 GR Pfeiler
UBS	0	UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

7. Anpassung Parktarif Parkdeck

Dummer: Der nächste Tagesordnungspunkt bezieht sich auf die Parktarife im Parkdeck. Das sind durch die Kurzparkzonenabgabenordnung nicht erfasst. Aber sinnvollerweise sollte man das gleich anpassen. Aufgrund der geplanten Erhöhung der Kurzparkzonenabgabensollen auch hier die Tarife erhöht werden. Es gibt da einerseits Dauerparktarife, eine Monatskarte zwischen 0 und 24 Uhr, die bisher € 60,- kostet, soll auf € 70,- erhöht werden. Die Monatskarte für 6 bis 20 Uhr, das sind die

Altverträge, soll von € 40,- auf € 55,- angehoben werden. Ebenfalls von 18 bis 8 Uhr von 40 auf 55. Die Einmaltickets für Hotels sollen auf € 6,- angehoben werden und die Einmaltickets für Veranstaltungen von € 2,80 auf € 3,-. Und der Tarif für den Halbstundensatz wird auch hier analog von 70 Cent auf 80 Cent angehoben, wobei die Gratisparkzeit und da haben wir es auch in Parkdeck, 60 Minuten unverändert bleibt. Derzeit haben wir ungefähr 100 Dauerparker und 69 Dauerparker, die nur zeitlich begrenzt stehen. Also 31, die zeitlich begrenzt stehen und 69, die von 0 bis 24 Uhr stehen wollen. Dasselbe gilt dann für die Parkgarage in der Landstraße, auch da sollen die Tarife angepasst werden. Da gibt es einen eigenen Tarif für die Bediensteten des Landesklinikums und des Pflegeheims, der war bisher 16 Cent, den würden wir auf 20 Cent erhöhen und ja, das wär's.

Antrag

Damit hätten wir diese Gebühren genau angepasst und ich stelle daher den Antrag der Gemeinderat, wo ich beschließen, die Tarife für die Dauerparkkarten in den Parkgaragen Rögergasse und Landstraße werden ab 01.01.2026, so wie ich es gerade vorgelesen habe, festgelegt und ich ersuche dann Zustimmung. Da gibt es keine Geheimhaltungsgründe, das können wir wieder veröffentlichen.

Völkl: Eine Wortmeldung, Herr Stadtrat Pfeiler.

D. Pfeiler: Ja, danke. Es ist ja erwähnt worden, es gibt ja noch einen alten Tarif Dauerparkkarten nur tagsüber. Es gibt ja den Bedarf von Beschäftigten bei uns in der Stadt, die ja weder eine Anwohnerparkkarte noch eine Firmenparkkarte bekommen können und daher würde ich vorschlagen, dass wir so eine Beschäftigtenparkkarte fürs Parkdeck Rögergasse einrichten, testweise. Dementsprechend der Vorteil, was ist der Vorteil dieser Parkkarte? Für Beschäftigte, die haben den Vorteil, dass sie wettergeschützt, sonnengeschützt das Auto abstellen können. Der Vorteil für die Stadt ist, dass man mit diesen Dauerparkkarten noch zusätzliche Erlöse fürs Parkdeck lukrieren könnte und dass man natürlich aus den umliegenden Gebieten Fahrzeuge herausbekommt aus dem Straßenraum und dann vielleicht die Vorteile des Parkens in der Rögergasse im Parkdeck genutzt würden. Also in Summe eigentlich eine interessante Geschichte. Dementsprechend würde ich da jetzt einen Zusatzantrag stellen, der folgendermaßen lautet.

Zusatzantrag

Für Beschäftigte im Stadtzentrum wird eine Beschäftigtenparkkarte für € 30,- pro Monat aufgelegt. Diese berechtigt zum Parken Montag bis Freitag 6 bis 19 Uhr, Samstag 6 bis 17 Uhr. Für die nächsten 6 Monate werden pro Monat testweise 20 Parkkarten pro Monat aufgelegt. Nach 6 Monaten soll die Akzeptanz und Nutzung evaluiert werden. Dankeschön.

Koll: Ich finde das wirklich einen interessanten Vorschlag. Allerdings glaube ich da nicht ganz ausgegoren. Erstens die Zeiten, dass das bis 17 Uhr läuft, ist ein bisschen vorbei an der Realität. Ich glaube, das könnte ruhig länger laufen. Und das Zweite ist, man müsste, glaube ich, evaluieren, indem man dort einmal rundherum fragt, wie viele da Interesse daran haben. Weil wir dürfen uns das Parkhaus nicht zu räumen nur mit Leuten, die sich dann dort um relativ wenig Geld reinstellen. Also ich glaube, es wäre es wert, dass man das relativ bald herausfindet. Man sagt vor allem von einer Umfrage oder sonst wie, wer hätte denn daran Interesse und wenn ja, wie viel. Damit wir abschätzen können, wie weit es unser Parkhaus allenfalls laufend erhöht. Und von den Zeiten würde ich meinen, dass man es ein bisschen länger machen sollte. Danke.

Rosenberger: Danke Felix. Danke für die Ergänzungen. Ich glaube, wir sehen das auch so, dass das durchaus Sinn macht und durchaus berechtigt ist. Wegen der genauen Modalitäten, wie man das aber ausgestaltet, sollte man wirklich vorher auch im Ausschuss noch darüber reden. Und dann kann man das fixieren. Ich denke mal, es sollte da nichts dagegensprechen. Wir dürfen uns natürlich nicht das Parkhaus komplett zupflastern. Wenn Veranstaltungen sind, dass wir dann keine Parkplätze mehr haben, dass die Veranstaltungen nicht bespielt werden können, auf das müssen

wir es machen. Und es wird uns sicher das eine oder andere auch noch im Ausschuss einfallen, dass es da zu ergänzen oder darüber zu diskutieren gäbe. Danke.

Dummer: Zur Höhe des Tarifs muss ich sagen, € 30,-, wenn ich € 36,- oder € 37,- im Freien für einen Stellplatz zahle in den Gemeindewohnungen, dann sind € 30,- Euro für einen Garagenplatz schon sehr niedrig. Außerdem haben wir gerade diese Altverträge, die wir mit Mühe von € 40,- auf € 55,- erhöhen. Und dann schaffen wir neue Verträge mit € 30,-. Wozu zahle ich dann € 70,- oder € 55,-, weil das andere ist, es ist nicht administrierbar mit unserer Kasse, mit unserem Ausfahrtssystem, können wir das nicht überwachen, wie lange der tatsächlich drinnen steht. Da müsste man halt € 200.000,- bis € 300.000,- in ein neues Schrankensystem investieren. Dann können wir das machen. Aber das ist aus heutiger Sicht nicht in der Priorität ganz oben. Da hätten wir Investitionen, die aus meiner Sicht wichtiger sind. Und darum würde ich meinen, dass das derzeit nicht wirklich machbar ist. Wenn das dann eine Woche drinnen steht, kann ich es auch nicht beeinflussen, weil er halt im Urlaub ist und das Auto irgendwie gut untergestellt haben will, dann um € 30,- im Monat.

Falb: Was ich auf keinen Fall haben will, ist, dass man das so attraktiviert, dass die Leute dann vom öffentlichen Verkehrsmittel auf Autos umsteigen. Also auch von dem Gesichtspunkt her finde ich, sollte man sich das überlegen. Danke.

Völkl: Wir stimmen den Grundantrag ab vom Herrn Stadtrat Dummer und ich ersuche ihm Zustimmung. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der ÖVP, der SPÖ, Herr Gemeinderat Grim-Schlink, Stadtrat Pfeiler, Gemeinderat Kubat, Herr Gemeinderat Fischer. Enthaltungen? Herr Gemeinderat Pfeiler. Gegenstimmen? Fraktion der FPÖ und Gemeinderätin Steuer.

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	0	FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	3	GRÜNE	0	GRÜNE	1 GR-Pfeiler
UBS	0	UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Dummer: Zusatzantrag?

Völkl: Zusatzantrag von Herrn Stadtrat Pfeiler. Möchtet ihr ihn noch einmal formulieren? Gut, dann stimmen ihn wir so genau ab und ich bitte um Abstimmung. Zustimmung? Frau Gemeinderat in Steuer, Fraktion, nein, der Herr Gemeinderat Kratschmer, der Herr Gemeinderat Kilic, aufgezeigt oder nicht? Nein, dann der Herr Stadtrat Chaloupka. Wo ist das von der FPÖ? Herr Gemeinderat Grabler-Fritz. Gut. Gegenstimmen? Herr Gemeinderat Fischer, Herr Gemeinderat Kilic, Herr Gemeinderat Ćorković, Herr Stadtrat Brosch, Fraktion der ÖVP und der SPÖ. Enthaltung?

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig abgelehnt**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	0	ÖVP	15	ÖVP	0
SPÖ	0	SPÖ	6	SPÖ	0
FPÖ	3	FPÖ	3	FPÖ	0 GR Kilic, GR Ćorković, StR Brosch
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	0	NEOS	1	NEOS	0

8. Kostenersatz Entwicklung Betriebsgebiet Ost

Dummer: Danke. Dann komme ich zum nächsten Tagesordnungspunkt, das ist der Kostenersatz für die Entwicklung des Betriebsgebietes Ost. Wie wir 2019 - 2020 begonnen haben, zu sagen, wir wollen Betriebe ansiedeln, Arbeitsplätze schaffen und halt auch die Kommunalsteuerannahmen entsprechend erhöhen, haben wir zwei Optionen gehabt. Das eine war das Betriebsgebiet Ost, das andere das Betriebsgebiet West. Ost ist eben die Erweiterung beim Hofer. Da gab es vor allem ein Thema, nämlich dass das, was dort noch an freier Fläche auf Gemeindegebiet der Stadt Stockerau ist, dass das Überschwemmungsgebiet des Kälberbachs ist. Der kommt vom Golfplatz runter und bei Starkregen überflutete er eben diese Fläche und dafür war es notwendig, die Möglichkeiten zu prüfen eines Retentionsausgleichs. Das andere war eben das Betriebsgebiet West, das haben wir parallel verfolgt, wo wir gesagt haben, dort wo wir eben schneller weiterkommen oder schneller zu einem Ergebnis kommen, dort fokussieren wir uns dann drauf. Darum gab es auch eben für das Betriebsgebiet Ost einiges an Planungen und an Entwicklungen und Abstimmungen mit den Grundstückseigentümern und auch mit den Betroffenen und da war auch Thema unter anderem der verbesserte Hochwasserschutz für die Marktgemeinde Spillern, aber vor allem auch, wie wir diese Fläche, da geht es um sieben Hektar, hochwasserfrei stellen können. Da waren Varianten, Dammvarianten im Gespräch, da waren Varianten mit Retentionsbecken im Gespräch und da habe ich mir ein entsprechendes Wissen über Hochwasserschutzmaßnahmen angeeignet. Ich will nicht sagen, dass ich jetzt Experte bin, aber zumindest habe ich mich intensiv in der Zeit damit beschäftigt. Dafür waren aber auch externe Experten notwendig. Nachdem sie die Ausgleichsmaßnahmen auf dem Marktgebiet der Marktgemeinde Spillern abspielen, hat das eben das Büro durchgeführt, das für die Marktgemeinde Spielern da üblicherweise tätig ist, und zwar die Firma Projekt Wasser, Umwelt und Infrastruktur GmbH und die Marktgemeinde Spillern hat diese Kosten vorfinanziert. Das Ganze hat in den Jahren 2020 bis 2022, Anfang 2023 stattgefunden und dann hat es eben ergeben, dass wir im Gewerbegebiet West schneller vorangekommen sind und das jetzt einmal vorläufig zurückgestellt haben. Die Daten gibt es, die Grundlagen gibt es, die Pläne gibt es, also wir können darauf zugreifen in späterer Folge, aber momentan können wir beides nicht stemmen, also wir können nicht Gewerbegebiet West und Gewerbegebiet Ost entwickeln. Die Kraft haben wir nicht im Budget und darum wäre jetzt einmal eine Abrechnung notwendig. Was haben wir an Kosten verursacht, was betrifft die Marktgemeinde Spielern und da kommt man eben zu dem Schluss, dass von diesen € 48.359,27 die aufgelaufen sind, da gibt es eine genaue Abrechnung dazu, die Liste ist beim Amtsbericht, auch wenn er spät gekommen ist, aber dabei für jede einzelne Leistung und davon beläuft sich der Kostenanteil für uns auf € 36.000,- brutto, also inklusive Mehrwertsteuer, ein bisschen mehr € 36.053,-, aber wir einigen uns auf eine Ausgleichszahlung von € 36.000,- brutto und das soll nunmehr an die Marktgemeinde Spillern refundiert werden. Das sind frustrierte Kosten, die im laufenden Haushalt 2025 zu erfassen sind, da das Gewerbegebiet bisher ja nicht zustande gekommen ist und somit keine Zuordnung zu einem Investitionsvorhaben möglich ist. Die Erkenntnisse daraus und die Planungsgrundlagen, die bleiben uns natürlich erhalten, die haben wir auch und die können wir in späterer Folge durchaus verwenden. Ja, wird vielleicht dann zu adaptieren sein, aber es war auch das Thema der Grundverfügbarkeit war damals eines, das ist auch nicht so einfach gewesen, das zu herstellen und darum waren wir dann halt im Gewerbegebiet Ost-West schneller dran. Da haben wir heute eh noch einen Tagesordnungspunkt dazu, dass wir das dort Komplettieren.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag der Gemeinderat wolle beschließen, die Refundierung eines Betrags von € 36.000,- brutto an die Marktgemeinde Spillern, für Erhebungen, Planungen und Berechnungen für den Retentionsausgleich der Erweiterung des Betriebsgebietes Ost wird genehmigt.

Völkl: Ich ersuche Zustimmung. Ich sehe einstimmig, danke.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

35. Verlängerung Regionales Anrufsammeltaxi (Regions-AST) Bezirk Korneuburg Mobil

Dummer: Dann habe ich noch einen Tagesordnungspunkt, den ich gern vorziehen würde, den ich übernommen habe vom Didi Pfeiler. Es betrifft die Verlängerung des regionalen Anrufsammeltaxis. Der steht auf der Tagesordnung, glaube ich, unter 27, den würden wir jetzt gleich behandeln. Also, da geht es um das Anrufsammeltaxis Da ist ja die Firma Istmobil im Mai 2024 in den Konkurs gegangen. Dann haben wir im Bezirk eine Lösung zustande gebracht mit dem Vor gemeinsam, NÖVOG. Das ist eben jetzt das Anrufsammeltaxi Bezirk Korneuburg Mobil, wo eben die ganze Region da dann teilhat. Und da war ursprünglich geplant, dass das 2025 die Ausschreibung des Landes für unsere Region, was den öffentlichen Verkehr angeht, soweit fertig ist, dass wir das nicht mehr verlängern müssen. Dazu ist es nicht gekommen, weil eben viele Dinge da zu berücksichtigen sind. Da geht es ja nicht nur um dieses bedarfsorientierte Taxisystem, sondern da geht es auch um die ganzen Buslinien für unsere Region, die ganzen Bahnverbindungen, das alles ist eben ausgeschrieben worden, soll da beschlossen werden vom Land und bis das so weit ist, wollen wir dieses System aufrechterhalten. Jetzt einmal bis 30.06.2026 also um ein halbes Jahr soll das verlängert werden. In der Zeit sind keine Zahlungen von uns notwendig, weil eben noch aus 2025 Geld vorhanden ist, mit dem man die Kosten bis zum 30.06.2026 abdecken kann. Mit beschlossen soll auch eine Option werden, falls sich das nochmal verzögert, bis längstens 31 2026, also nochmal 6 Monate, dann müssten wir allerdings etwas zuschießen, wenn das nochmal um 6 Monate verlängert wird, nämlich € 27.875,88. Wenn es am 30. Juni erledigt ist, haben wir keine Zusatzkosten. Die € 27.000,- haben wir budgetiert, im Voranschlag 2026, die wir beschlossen haben. Die Abrechnung läuft, wie bisher, über das Regionsbüro 10 vor Wien. Die begleiten uns da ja schon sehr lange und haben uns eben auch durch die Turbulenzen, die durch die Insolvenz verursacht wurden, ganz gut durchbegleitet. Das Angebot ist, glaube ich, wichtig. Wir haben da regelmäßig einen Bericht bekommen. Wir haben also für drei Quartale einen Bericht bekommen. Der liegt im Amtsbericht nicht bei, aber das sagt, dass die Fahrgastzahlen relativ stabil sind, dass wir im Stockerau nicht nur den Bahnhof als Anlaufstelle haben, wo viele hinfahren, sondern auch draußen Richtung Dag Hammerskjöld-Gasse und Wiesener Siedlung, dass da die innerstädtische Frequenz, dass da dieses Vehikel sehr gut genutzt wird. Insofern denke ich, wie es auch in unserem Interesse oder im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger, dass wir das System aufrechterhalten. Wie gesagt, bis Juni kostet es nichts, dann, wenn es nochmal verlängert wird, kostet es € 27.000,- Und auch dieser Beschluss ist zu veröffentlichen und das werden wir auch tun nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Ich ersuche Zustimmung zur Verlängerung des regionalen Anrufsammeltaxis in der bewährten Weise.

Völkl: Herr Stadtrat Pfeiler, bitte.

D. Pfeiler: Ja, vielleicht nur kurz zur Läuterung. Der Beschluss und Amtsbericht wurde dem Ressort Verkehr zugeordnet. Dadurch, dass ich aber da im Vorfeld keinerlei Berichte und so weiter bekommen habe und da in die Gespräche nicht eingebunden war, keine Hintergrundinformationen hatte, habe ich ersucht, dass das der Gerhard übernimmt, der da ja offenbar in den entsprechenden

Gremien vertreten ist. Ich glaube, es ist wichtig, dass man als Stadtrat zu seinen Themen sprechfähig ist und wenn man da die Hintergrundinfos nicht hat, fühle ich mich persönlich nicht wohl, Beschlusspunkte hier vorzutragen. Danke.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Dummer: Gut, dann entschuldige ich mich für mich, dass ich so lange Zeit in Anspruch genommen habe und ich glaube, die eine oder andere Pause war vielleicht angebracht.

Völkl: Fünf Minuten Pause.

Pause von 21:015 bis 21:25.

9. Rechtsberatung in Baurechtsangelegenheiten

Rosenberger: Ja, ich habe heute elf Tagesordnungspunkte und ich darf vorab gleich einmal darum bitten, mich von der Verlesung der Amtsberichte zu entbinden, nachdem der Herr Stadtrat Dummer erwartungsgemäß heute etwas länger mit seinen Anträgen gebraucht hat. Meine Anträge sind allesamt vor dem Wochenende bereits ausgeschickt worden. Der Inhalt sollte Ihnen daher allen bereits bekannt sein und ich beschränke mich im Sinne der Sitzungsökonomie auf die Verlesung der Anträge. Ich darf beginnen mit meinem ersten Tagesordnungspunkt, Punkt 9, Rechtsberatung in Baurechtsangelegenheiten. Da geht es darum, dass die Rechtsanwälte Onz & Partner GmbH uns für uns immer wieder in Baurechtsangelegenheiten die Rechtsberatung macht und es geht um den Rahmenvertrag.

Antrag

Ich darf den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle beschließen, für die Rechtsberatung in Rechtsbereichen Bau- und Raumordnung sowie Verwaltungsverfahrensrecht wird die Onz & Partner Rechtsanwälte GmbH gemäß Angebot vom 12.11.2025 mit einer Nettoauftragssumme von € 26.268,- beauftragt. Die Kosten sind im Voranschlag 2026 bedeckt. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Ich bitte um Abstimmung. Eine Wortmeldung, Gemeinderat Fischer bitte.

Fischer: Die Kanzlei Onz ist eine gute Kanzlei und für die Beratung in Bausachen sicher eine gute Wahl. Ich werde mich allerdings der Stimme enthalten. Ich habe zwei Fragen. Wurden mehrere Angebote von anderen Kanzleien eingeholt und warum nimmt man für Verfahren, die regelmäßig in St. Pölten stattfinden, eine Kanzlei aus Wien, die dann jeweils eine Anfahrtszeit mit € 120,- pro Fahrstunde verrechnet?

Rosenberger: Die Kanzlei Onz & Partner vertritt uns seit vielen Jahren bereits in den Baurechtsangelegenheiten und bei der Rechtsberatung. Sie kennen die Stadtgemeinde Stockerau.

Sie kennen die Grundlagen, die wir in der Stadt haben. Sie kennen die Mitarbeiter. Sie kennen alles rundherum und daher machen sie das auch seit Jahren und das wird auch so hoffentlich weitergeführt werden. Nein, mir ist es nicht bekannt, dass es ein zweites Angebot gegeben hätte.

Völkl: Bitte um die zweite Frage.

Fischer: Die Frage war, wurden mehrere Angebote eingeholt und warum nimmt man für Wiener Kanzlei? Das waren zwei Fragen. Entschuldigung.

Rosenberger: Damit gehe ich davon aus, dass das beantwortet ist. Danke. Bitte um Zustimmung.

Völkl: Ich sehe Zustimmung der Fraktion der FPÖ, der ÖVP, der SPÖ, Enthaltung, der Rest. Fraktion der Grünen, UBS und NEOS.

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	0	GRÜNE	4
UBS	0	UBS	0	UBS	1
NEOS	0	NEOS	0	NEOS	1

10. Beauftragung Gestaltungsbeirat 2026

Rosenberger: Der zweite Punkt auf der Tagesordnung von mir ist die Beauftragung des Gestaltungsbeirates für das Jahr 2026. Das ist auch eine Sache, die alljährlich gegen Ende des Jahres im Gemeinderat behandelt wird.

Antrag

Ich darf den Antrag stellen. Der Gemeinderat wolle beschließen, die Mitglieder des Gestaltungsbeirates werden mit nachfolgenden Auftragssummen netto für die Sitzungen im Jahr 2026 beauftragt. DI Herbert Liske, DI Alois Neururer, DI Dr. Karl Langer mit jeweils € 2.558,33, DI Rupert Königswieser und die Frau DI Veronika Vogelauer mit € 7.675,-. In Summe macht das € 23.025,- aus. Die zu beauftragenden Summen sind im Voranschlag 2026 bedeckt. Warum kommt es da zu einem Unterschied in den Auftragssummen der Einzelnen? Die beiden Letzten, die € 7.675, erhalten, machen den Vorsitz und die Vorsitzstellvertretung und werden daher höher entlohnt. Bitte um Zustimmung.

Steuer: Ich konnte leider aus dieser Geschäftsordnung, die was ja An- und Versicherungsverordnung ist, die bei uns auf unserer Homepage ist, leider nicht herauslesen, weil da steht nämlich dabei für den Gestaltungsbeitrag der Stadtgemeinde Stockerau bei dem Punkt gesetzliche Grundlagen, § 52, also das heißt prinzipiell, die gesetzlichen Grundlagebestimmungen sind aus dem § 52 Absatz 2 bis 4 AVG. Ob dieses Gremium wirklich für Stockerau erforderlich ist, deswegen hätte ich gerne eine Antwort dazu.

Völkl: Wir haben uns gefragt, wie man die Schutzzone hier erarbeiten kann. Die Schutzzonenverordnung ist der Gestaltungsbeirat ein beratendes Gremium, in dem die Bauwerber hier die Projekte vorstellen und auch da Empfehlungen geben, dass sie den Schutzzonenbestimmungen entsprechen.

Steuer: Aber wie gesagt, nur beratend, also es ist nicht Pflicht, weil da geht es doch um € 23.025,- und das ist ja nicht wenig Geld.

Rosenberger: Darf ich? Der Gestaltungsbeirat berät nur. Das heißt, Sie haben keine Entscheidungsvollmacht, jetzt zu sagen, das muss so und so erfolgen. Beratend auch dahingehend, dass Werber kommen können und ihre Projekte vorschlagen und der Gestaltungsbeirat berät dann, was im Sinne der Schutzzone auch dann verträglich ist oder nicht verträglich ist. Das ist die beratende Funktion, die der Gestaltungsbeirat selbst hat.

Völkl: Herr Gemeinderat Fischer.

Fischer: Auch mir erschließt sich der praktische Nutzen des Gestaltungsbeirates nach nunmehr viereinhalb Jahren nicht wirklich. Der Beirat gibt zwar Empfehlungen ab, die nicht verbindlich sind, die jeweilige Bauwerber muss aber dennoch zusätzlich noch ein Gutachten zum Ortsbild bezahlen, das meistens von den Mitgliedern des Gestaltungsbeirates erstattet wird. Anstatt als Betriebsansiedelung in der Innenstadt zu fördern, die wir so dringend brauchen, errichten wir zusätzliche Hürden und verursachen Kosten. In anderen Bundesländern werden die Gestaltungsbeiräte schon wieder abgeschafft. Vielleicht sollten wir auch darüber nachdenken. Ich würde dagegen diesen Antrag stimmen.

Völkl: Wir stimmen ab. Bitte um Zustimmung. Zustimmung der Fraktion der FPÖ, der ÖVP, der SPÖ. Enthaltungen? Herr Gemeinderat Grimm-Schlink, Herr Stadtrat Pfeiler, Herr Gemeinderat Pfeiler. Gegenstimmen? UBS, NEOS und der Herr Gemeinderat Kubat

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	1	GRÜNE	3 GR Grimm-Schlink, StR Pfeiler, GR Pfeiler
UBS	0	UBS	1	UBS	0
NEOS	0	NEOS	1	NEOS	0

11. Beauftragung Wartungsarbeiten Volksschulen

Rosenberger: Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es um die Beauftragung Wartungsarbeiten in den Volksschulen.

Antrag

Der Antrag lautet, es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Firma Quasnitschka Haustechnik GmbH wird mit den Wartungsarbeiten für die haustechnischen Anlagen der Volksschule West und Ost gemäß Angebot vom 13.03.2025 mit einer Auftragssumme von € 25.994,03 netto beauftragt. Der Wartungsvertrag verlängert sich automatisch um ein Jahr, sofern dieser nicht zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres schriftlich gekündigt wird. Die Kosten sind im Voranschlag 2026 auch bedeckt.

Völkl: Eine Frage?

D. Pfeiler: Eine kurze Anmerkung. Wir haben ja über diese Wartungsverträge im Ausschuss gesprochen. Es hat sich damals herausgestellt, dass da heute oft Gewährleistungen dahinter liegen.

In Anbetracht der Summen, die wir da unter Punkt 11 und 12 dann beschließen, sind ja jeweils über € 10.000,-, sollte man sich überlegen, wie wir dann nach Ablauf der entsprechenden Gewährleistungsfristen, wenn wir dann nicht mehr unbedingt an den Hersteller der Anlagen gebunden sind, wie wir da dann mit den Wartungsarbeiten weiter vorgehen. Also hier einfach eine fortlaufende Verlängerung würde jetzt so nicht unterstützen. Jetzt muss man wahrscheinlich mal da diese Wartungsarbeiten beauftragen, aber wie gesagt, nach den Gewährleistungsfristen sollte man sich dann umschauen, wie man hier die Wartungsarbeiten abwickelt. Dankeschön.

Rosenberger: Zur Ergänzung, genau deswegen steht da drinnen, dass die Wartungsverträge zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres schriftlich gekündigt werden können.

Völkl: Dann bitte ich um Abstimmung. Einstimmig. Dankeschön

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

12. Beauftragung Wartungsvertrag HT Hallenbad

Rosenberger: Dann haben wir Wartungsarbeiten im Hallenbad.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Firma Quasnitschka wird mit den Wartungsarbeiten beim Hallenbad Stockerau gemäß Angebot vom 04.09.2025 mit einer Summe von € 14.818,35 beauftragt. Der Wartungsvertrag verlängert sich hier auch automatisch, sofern dieser nicht zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres schriftlich gekündigt wird. Die Kosten sind auch hier im Voreinschlag 2026 bedeckt.

Völkl: Bitte um Zustimmung. Einstimmig. Dankeschön

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

13. Beauftragung Mehr- und Minderkosten HT Sanierung Hallenbad

Rosenberger: Als nächstes haben wir Beauftragung von Mehr- und Minderkosten, Sanierung im Hallenbad. Wir haben ja relativ viel im Hallenbad saniert und da gab es Mehr- und Minderkosten, damit das Ganze ausbezahlt wird. Jetzt dieser Antrag.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Leistungsänderungen, die in Summe zu Mehrkosten für die Firma BWT Austria GmbH in der Höhe von € 4.182,98 netto führen, werden beauftragt. Die fortgeschriebene Auftragssumme beträgt dadurch € 37.407,48 netto. Die Leistungsänderungen, die in Summe zum Minderkosten für die Firma Quasnitschka Haustechnik GmbH in der Höhe von € 19.866,11 netto führen, werden beauftragt. Die fortgeschriebene Auftragssumme beträgt dadurch € 430.540,17 netto. Die Gesamtkosten des Projektes werden durch die Leistungsänderungen nicht überschritten und sind im Voreinschlag 2025 bedeckt.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmig, Dankeschön.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

14. Beauftragung Sanierung Filterbehälter Freibad

Rosenberger: Dann haben wir als nächstes eine Sanierung, die Sanierung eines Filterbehälters im Freibad. Da haben wir auch darüber gesprochen im Ausschuss, das was im Ausschuss noch zum Nachbringen war, dass wir darüber gesprochen haben den Filter komplett zu tauschen, das heißt das Material zu wechseln von Stahl auf Glasfaserkunststoff. Da wären Kosten für den Tausch dieses Filters von € 68.000,- netto angefallen. Daher ist diese Option für uns ausgefallen.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Firma Gödl Kunststoffverarbeitung GmbH wird gemäß dem Angebot vom 17.11.2025 mit der Entrostung und Neubeschichtung des Mehrschichtfilters im Freibad mit einer Summe von € 10.317,20 netto beauftragt. Die Verrechnung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand mit vereinbarten Einheitspreisen. Die notwendigen Instandsetzungen sind im Voranschlag 2026 bedeckt.

Völkl: Eine Frage? Herr Gemeinderat Grabler , bitte.

Grabler-Fritz: Wir lehnen diesen Antrag ab aus folgendem Grund. Es wurde kein Stockerauer Betrieb um ein Angebot gefragt, obwohl wir Betriebe hätten, die das könnten. Und das zweite ist, im Angebot steht drinnen, es wird gebürstet, geschliffen und diesbezüglich habe ich Erfahrung und aus der ISO 9001 geht heraus, dass die optimale Haftung nur besteht mit Sandstrahlen. Diese Möglichkeit hätten wir auch in Stockerau oder Umgebung gehabt. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

Völkl: Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche Zustimmung für diesen Antrag. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der ÖVP, der SPÖ, Fraktion der Grünen, Herr Gemeinderat Fischer. Nein, Fraktion der Grünen außer Gemeinderat Kubat. Enthaltungen? Herr Gemeinderat Kubat, Gemeinderätin Steuer. Gegenstimmen? Fraktion der FPÖ

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	0	FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	3	GRÜNE	0	GRÜNE	1 GR Kubat
UBS	0	UBS	0	UBS	1
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

15. Beauftragung Restaurierung Hl. Leopold Statue

Rosenberger: Als nächsten Antrag geht es um die Restaurierung der Figur des heiligen Leopolds. Maria Immaculata Säule vor der Landstraße 6. Ihr werdet es vor dem Pflegeheim kennen. Die Figur ist leider beschädigt worden. Traurig, dass sowas in unserer Stadt auch passiert. Und da geht es jetzt um die Restaurierung dieser Figur. Da hat es Angebote auch gegeben, die eingeholt wurden und der Billigste kommt oder soll zum Zug kommen.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, das Angebot für die Restaurierung der Figur heiliger Leopold vor der Landstraße 16 von Sebastian Jan Bunja. Bildhauer und Restaurator von Steinskulpturen in Krems an der Donau über Netto € 9.857,- und Brutto sind es € 10.924,70 Vom 28.09.2025 wird beauftragt. Die Restaurierung ist im Vorentschlag bedeckt.

Völkl: Bitte um Abstimmung eine Frage der Herr Gemeinderat Fischer.

Fischer: Ich lese aus dem Amtsbericht, dass es tatsächlich der Zahn der Zeit Materialermüdung und frühere Restaurierungen waren und nicht Vandalen oder Bilderstürmer. Stimmt das?

Völkl: Das ist nicht belegt.

Rosenberger: Sie ist einfach kaputt gewesen. Was genau der Grund jetzt war, ist eine traurige Geschichte, wenn man vor das Denkmal tritt und es liegt ein Teil am Boden und wir wollen das natürlich auch wieder instand setzen.

Völkl: Ich sehe hier Einstimmigkeit. Danke.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

16. Neufestsetzung Stellplatz-Ausgleichsabgabe für Kraftfahrzeuge und Fahrräder

Rosenberger: In den nächsten Anträgen geht es um Neufestsetzungen. Ich fange mal an mit der Neufestsetzung Stellplatzausgleichsabgabe für Kraftfahrzeuge und Fahrräder. Auch hier ist der umfangreiche Amtsbericht zugegangen.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt der Gemeinderat wolle beschließen, gemäß § 41 Abs. 3 und 5 NÖ Bauordnung 2014 wird für die Einhebung der Stellplatz-Ausgleichsabgaben folgende Verordnung Erlassen, gemäß § 41 Abs. 3 NÖ Bauordnung 2014 wird aufgrund der durchschnittlichen Grundbeschaffungs- und Baukosten für einen Abstellplatz von 30 m² Nutzfläche die Höhe der Stellplatz-Ausgleichsabgabe für Kraftfahrzeuge mit € 15.230,- und gemäß § 41 Abs. 5 NÖ Bauordnung 2014 aufgrund der durchschnittlichen Grundbeschaffungs- und Baukosten für einen Abstellplatz von 3 m² Nutzfläche die Höhe der Stellplatz-Ausgleichsabgabe für Fahrräder mit € 1.770,-- festgesetzt. Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der 2-wöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau vom 17.11.2021 außer Kraft. Wir haben da den Absatz, den werde ich jetzt einmal vorlesen, der trifft auf die nächsten Anträge auch zu. Bei dem Inhalt des vorliegenden Beschlusses handelt es sich um eine Information von allgemeinem Interesse nach dem Informationsfreiheitsgesetz, die proaktiv zu veröffentlichen ist. Gemäß § 3 IFG obliegt die Veröffentlichung dieser Information dem Gemeinderat. Es stehen keine Geheimhaltungsgründe gem. § 6 IFG der Veröffentlichung entgegen. Die Neufestsetzung der Stellplatz-Ausgleichsabgabe für Kraftfahrzeuge und Fahrräder wird nach § 4 IFG im Bundesinformationsregister über data.gv.at veröffentlicht. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Ich bitte um Abstimmung. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der ÖVP, der SPÖ, die Grünen, UBS und NEOS, vom Herrn Stadtrat Brosch, vom Herrn Stadtrat Chaloupka, nein, der Herr Gemeinderat Grabler. Gegenstimmen? Der Herr Gemeinderat Kratschmer, der Herr Gemeinderat Kilic, der Herr Gemeinderat Ćorković. Enthaltungen? Herr Stadtrat Chaloupka

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	2	FPÖ	3	FPÖ	1
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Gegenstimmen FPÖ: GR Kratschmer, GR Kilic, GR Ćorković
Stimmenthaltung FPÖ: StR Chaloupka

17. Neufestsetzung des Einheitssatzes für die Berechnung der Aufschließungsabgabe

Rosenberger: Dankeschön. Dann geht es als nächstes um ein ähnliches Thema. Neufestsetzung des Einheitssatzes für die Berechnung der Aufschließungsabgabe.

Antrag

Es wird ein Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, gemäß § 38 Abs. 6 der NÖ Bauordnung 2014, LGBl. 8200-0, wird der Einheitssatz für die Berechnung der Aufschließungsabgabe mit einem Betrag in der Höhe von € 915,- festgelegt. Die Verordnung tritt mit 01.01.2026 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau vom 15.12.2023 außer Kraft. Und hier kommt auch wieder der Absatz vom Informationsfreiheitsgesetz zum Tragen, den ich hoffentlich auch nicht noch einmal vorlesen muss für Sie. Bitte um Zustimmung.

Völkl: Eine Frage, eine Wortmeldung der Herr Stadtrat Pfeiler.

D. Pfeiler: Ich habe nur eine Anmerkung. Klarerweise sind diese Sätze laufend anzupassen. Das passt. Was mir da sehr wichtig ist, ist, dass vereinnahmte Ausschließungsabgaben auch entsprechend in Rücklagen gelegt werden, damit wenn dann sozusagen die Straßenbautätigkeiten notwendig sind, die Errichtung der Oberflächenentwässerung, der Straßenbeleuchtung, der Gehsteige, dass man dann auf diese Mittel auch zugreifen kann, die ja vorher sozusagen vereinnahmt wurden. Das wäre mir im Sinne der Budget- und Kostenwahrheit eine ganz wichtige Anmerkung. Danke.

Völkl: Dankeschön. Bitte um Abstimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

18. Neufestsetzung des Einheitssatzes für die Spielplatz-Ausgleichsabgabe

21:48 VZBGM Falb verlässt die Sitzung

Rosenberger: Als nächstes geht es um die Neufestsetzung des Einheitssatzes für die Spielplatzausgleichsabgabe.

Antrag

Es wird ein Antrag gestellt. Der Gemeinderat wolle beschließen, die Verordnung § 1.Für das gesamte Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Stockerau wird gemäß § 42 der NÖ Bauordnung 2014 i.d.g.F., die Spielplatz-Ausgleichsabgabe mit € 370,- pro m² festgesetzt. § 2. Gemäß § 42 NÖ Bauordnung 2014 i.d.g.F. hat der Bauwerber nach rechtskräftig getroffener Feststellung gemäß § 66 Abs. 6 eine Spielplatz-Ausgleichsabgabe zu entrichten, wenn die Errichtung eines nichtöffentlichen Spielplatzes weder auf dem eigenen Bauplatz noch auf einem Grundstück nach §

66 Abs. 3 oder 5 möglich ist und auch kein Vertrag mit der Gemeinde nach § 66 Abs. 4 zustande kommt. § 3. Diese Verordnung tritt gemäß § 59 Abs. 1 NÖ Gemeindeordnung, LGBl. 1000 i.d.g.F mit dem auf den Ablauf der 2-wöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung Spielplatzausgleichsabgabe vom 17.11.2021, außer Kraft. Auch hier gibt es den Passus mit dem Informationsfreiheitsgesetz. Ich bitte um Zustimmung.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Danke.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

19. Neufestsetzung Tarif für privatrechtliche Verträge zur Kostenbeteiligung zur Errichtung von öffentlichen Spielplätzen

Rosenberger: Und einmal geht es noch. Da geht es jetzt um die Neufestsetzung Tarif für privatrechtliche Verträge zur Kostenbeteiligung zur Errichtung von öffentlichen Spielplätzen.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, der Gemeinderat genehmigt den Abschluss von privatrechtlichen Verträgen über eine Kostenbeteiligung an öffentlichen Spielplätzen, die die Gemeinde in einer Wegentfernung von höchstens 400 Meter, ab 1. März 2026 sind das 500 Meter zu Wohnhausanlagen zu errichten plant oder errichtet hat mit einem Tarif in der Höhe von € 150,- pro m² der örtlichen Stellplatzfläche. Die entsprechenden Verträge sollen von der Baubehörde abgeschlossen und die Geldbeträge auf die Haushaltsstelle Spielplätze eingenommen werden. Und auch hier wieder der Passus dazu zum Informationsfreiheitsgesetz. Danke.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmigkeit. Danke

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

20. Entlassung und Aufnahme Öffentliches Gut

Völkl: Dankeschön. Wir kommen nun zu den Anträgen des Herrn Stadtrates für Beteiligungen und Liegenschaften.

21:51 VZBGM Falb nimmt wieder an der Sitzung teil.

Koll: Meine nächsten beiden Anträge betreffen die Windparkstraße. Dort gibt ein paar kleine Berichtigungen und Richtigstellungen. Der erste Antrag betrifft die Entlassung aus dem öffentlichen Gut.

Antrag

Es wird der Antrag gestellte der Gemeinderat wolle beschließen mit Teilungsplan Geschäftszahl 41699 des Herrn DI Stephan Walzer wird das Trennstück 24 im Ausmaß von 12 m² zu Grundstück 659/2. Das Trennstück 29 im Ausmaß von 122 m² zu Grundstück 660/2. Das Trennstück 30 im Ausmaß von 45 m² zu Grundstück 673/1. Das Trennstück 31 im Ausmaß von 142 m² zu Grundstück 670/1. Das Trennstück 32 im Ausmaß von 17 m² zu Grundstück 669/1. Das Trennstück 33 im Ausmaß von 1 m² zu Grundstück 659/4 und das Trennstück 34 im Ausmaß von 48 m² zu Grundstück 627/1 aus dem öffentlichen Gut. Grundstück 20/80 EZ 3553 KG Stockerau entlassen, sowie das Trennstück 28 des Grundstück 627/1 EZ 3430 KG 1142 Stockerau im Ausmaß von 2 m² in das öffentliche Gut zu Grundstück 20 80 EZ 3553 KG Stockerau aufgenommen. Bei dem Inhalt des vorliegenden Beschlusses handelt es sich um eine Information von allgemeinem Interesse und ist diese demnach nach dem IFG proaktiv zu veröffentlichen. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

Völkl: Eine Frage der Herr Stadtrat Pfeiler.

D. Pfeiler: Ja Dankeschön. Herr Mag. Koll hat es eh kurz erwähnt. Es geht um die Windparkstraße. Da gibt es ja das Thema, dass eben da die Windräder der Weinviertler Energie stehen und dass sich diese Windparkstraße, die da jetzt umgewidmet wurde und die da jetzt so schrittweise hergerichtet wird und ausgebaut wird, dass die da eigentlich im Konflikt steht mit den Windrädern insofern als sich die in der Eisabwurfzone befinden. Und diese Frage ist eigentlich schon problematisch, wenn man jetzt hier sozusagen schrittweise diese Straße entwickelt und alle Voraussetzungen dafür schafft, dass man eigentlich diesen Konflikt mit dem Windpark und dem Eisabwurf bis jetzt nicht geklärt hat. Es kann eigentlich keine uneingeschränkte Straße sein, nach meinem Verständnis, wenn man dann bei Gefahr des Eisabwurfs entsprechend Sperren verfügen muss und Warnungen und so weiter. Also das ist ein Thema, das einfach nicht wirklich geklärt und nicht gelöst ist.

Koll: Also grundsätzlich ist es so, dass das stimmt, dass die Eisabwurfgefahr dort zum Teil existiert. Üblicherweise bei Windparks wird das ja so gelöst, dass man die Zonen einzeichnet, wo das passieren kann und die dann allenfalls mit Hinweisschildern, aber auch mit gelbem Blinklicht und so weiter markiert, sodass eben für diesen Fall, Einfahrt nicht möglich ist. Das hat nur mit meinem Antrag jetzt nichts zu tun, sondern man könnte sich extra dazu überlegen, ob man das einführt, und da würde ich empfehlen, dass man mit der Weinviertler Energie diesbezügliche Rücksprache hält, ob das automatisiert sein kann. So eine Warnanlage kostet nicht die Welt und die könnte man dort installieren. Bitte.

D. Pfeiler: Üblicherweise ist es so, dass man in Eisabwurfzonen gar keine öffentlich nutzbaren Straßen widmet. So fängt die Geschichte eigentlich schon an. Also wir haben da sozusagen aus dem Widmungsverfahren heraus, aus dem verkürzten Widmungsverfahren heraus einen Konflikt zwischen einer öffentlich befahrbaren Straße und dieser Eisabwurfzone. Das ist einfach im Widmungsverfahren passiert und das wird uns halt jetzt in der nächsten Zeit begleiten. Eigentlich ist es nicht vereinbar.

Koll: Ich kenne das nur aus dem Waldviertel, wo diese großen Windräder gebaut wurden, und dort wird das eben gelöst mit diesen Warnanlagen. Vielleicht kann man das dieser Art auch lösen. Gibt es sonst Fragen?

Völkl: Wir stimmen den Antrag ab und ich ersuche Zustimmung. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der FPÖ, der ÖVP, der SPÖ, NEOS und UBS. Enthaltung? Herr Gemeinderat Grim-Schlink, Herr Stadtrat Pfeiler. Gegenstimmen? Gemeinderat Kubat und Gemeinderat Pfeiler.

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	2	GRÜNE	2 GR Grim-Schlink, StR Pfeiler
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

21. Kaufverträge Schneps

Koll: Dankeschön. Das waren jetzt die Hin- und Her Bewegungen und dann haben wir hier drei Kaufverträge, die im Ausschuss besprochen wurden und für gut befunden wurden. Im ersten Kaufvertrag kauft die Schneps Immo GmbH von der Stadtgemeinde Stockerau verschiedene Trennstücke. Im zweiten Kaufvertrag kaufen Elfriede und Ernst Schneps von der Stadtgemeinde Stockerau ein Trennstück und im Kaufvertrag 3 kauft die Stadtgemeinde Stockerau Öffentliches Gut, von Elfriede und Ernst Schneps das Trennstück 28 zurück.

Antrag

Es wird der der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen. Die beiliegenden Kaufverträge SK/E. 860/2023 D. Die Schneps Immo GmbH kauft von der Stadtgemeinde Stockerau (öffentliches Gut) die Trennstücke 24, 29, 30, 31, 32, 33 gemäß beiliegendem Teilungsplan GZ. 41699 im Gesamtausmaß von 211 m² zu einem Kaufpreis von € 4.220,-. SK/E. 860/2023 Elfriede und Ernst Schneps kaufen von der Stadtgemeinde Stockerau (öffentliches Gut) das Trennstück 34 gemäß beiliegendem Teilungsplan GZ.: 41699 im Ausmaß von 48 m² zu einem Kaufpreis von € 960,-. SK/E. 860/2023 E. Die Stadtgemeinde Stockerau (öffentliches Gut) kauft von Elfriede und Ernst Schneps das Trennstück 28 gemäß beiliegendem Teilungsplan GZ.: 41699 im Ausmaß von 2, m² zu einem Kaufpreis von € 40,-. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Bitte um Abstimmung und Zustimmung. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der FPÖ, der ÖVP, der SPÖ, UBS und NEOS. Enthaltungen? Fraktion der Grünen.

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	0	GRÜNE	4
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

22. Nutzungsvereinbarung Skaterverein

Koll: Dankeschön. Wir haben einen Skatepark errichtet, der allgemein großen Anklang findet und in Stockerau gibt es den Verein Skateboard Kult Stockerau, die diesen Skatepark auch für sportliche Zwecke und möglicherweise für Wettbewerbe und sonst was nutzen möchten.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, der Abschluss einer Nutzungsvereinbarung mit dem Verein Skateboard Kult Stockerau für den Skatepark im Sportzentrum Alte Au wird genehmigt. Die Nutzungsvereinbarung ist auch publiziert worden, da kann man entnehmen, worum es da geht. Es sind bestimmte Rechte, aber auch bestimmte Verpflichtungen für den Verein. Das jährliche von € 600,- inklusive 20 % Umsatzsteuer jeweils bis zum 31.07. des Folgejahres zu entrichten.

V*ölkl*: Eine Frage, Herr Stadtrat Pfeiler.

D. Pfeiler: Ich wollte nur sicher gehen, ob ich das richtig verstanden habe. Also aus dieser Nutzungsvereinbarung für den Skaterverein ergibt sich kein exklusives Nutzungsrecht der Anlage.

Koll: Steht unter erstens.

D. Pfeiler: Und auch wenn der Skaterverein, Skateboard Verein dort sozusagen aktiv seine Trainingsübungszeiten hat, ist also auch während dieser Trainingsübungszeiten des Vereins uneingeschränkte Benützbarkeit für andere Gäste gegeben. Ich wollte es nur klarstellen, weil wir sind ja da in der öffentlichen Sitzung. Nicht, dass da sozusagen dann die Mutmaßung entsteht, dass es hier exklusive Nutzungsrechte gibt und andere Nutzerinnen und Nutzer dann nicht mehr Zugang haben. Und es gibt sozusagen nur punktuelle exklusive Nutzungsrechte für Veranstaltungen, Wettbewerbe und so weiter. Passt. Dankeschön.

Koll: So ist es gedacht.

D. Pfeiler: Passt. Dankeschön.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmigkeit. Danke

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

23. Erhöhung Parkplatzmiete

Koll: Dankeschön. Mein letzter Antrag für heute. Stadtgemeinde Stockerau verpachtet auf einigen ihrer Grundstücke Parkplätze. Das ist schon mehrmals besprochen worden, im Ausschuss und auch in diesem Gremium, dass da aus historischen Gründen unterschiedliche Pachtbeträge angefallen sind. Anlässlich der letzten Verpachtung einer dieser Plätze hat der Ausschuss befunden, dass es doch sinnvoll wäre, alle diese Parkplätze gleichzustellen, sodass alle gleichmäßig viel kosten und es nicht komplizierte unterschiedliche Verrechnungen gibt.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, für alle von der Stadtgemeinde Stockerau neu verpachteten Parkplätze wird zukünftig ein einheitlicher Pachtzins in Höhe von € 37,- inkl. 20 % USt. monatlich vereinbart. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Bitte um Zustimmung. Siehe hier, Einstimmigkeit. Danke. Dankeschön. Hat sich wer enthalten? Ein paar, okay. Dann noch einmal abstimmen. Die Gegenstimmen zuerst. Wirklich ein Paar. Der Herr Stadtrat Brosch und der Herr Gemeinderat Ćorković. Enthaltungen? Keine. Und der Rest zusammen. Bitte unterstützen. Zustimmung. Dankeschön. Der Herr Stadtrat für städtischen Grünraum und Friedhof ist am Wort.

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	4	FPÖ	2	FPÖ	0 StR Brosch, GR Ćorković
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

24. Änderung der Friedhofsgebührenordnung

Chaloupka: Also ich danke für das Wort. Werte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, werte Zuseher. Auch von unserer Seite ist es leider notwendig, eine Gebührenanpassung bei der Friedhofsgebührenordnung zu machen. Ich verspreche es, ich halte mich kurz und so gehe ich gleich zum Amtsbericht über. Die Friedhofsgebührenordnung für den städtischen Friedhof soll ab 1. Januar 2026 angepasst werden aufgrund der Preissteigerungen der letzten Jahre und um eine Unterdeckung beim Gebührenhaushalt weiter zu reduzieren, ist eine Gebührenanpassung erforderlich. Die Gebühr für das vor zwei Jahren neu geschaffene Wiesengrab in Höhe von € 210,- bleibt aus sozialen und wirtschaftlichen Aspekten unverändert. Im Laufe des nächsten Jahres sollen zwei neue Bestattungsformen geschaffen werden. Es geht hier um eine Baumbestattung in der Natur, Bestattungsanlage und um eine Streuwiesenbestattung der Asche des Verstorbenen. Die Gebühren dafür werden einmalig zu bezahlen und nach Ablauf der Benutzungsdauer von zehn Jahren nicht verlängerbar.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat möge nachfolgende Änderungen der Friedhofsgebührenordnung beschließen. Wir haben hier eine Friedhofsgebührenordnung von 2012, die jetzt zum sechsten Mal novelliert wird. Es ist eine Friedhofsgebührenordnung für den Friedhof

der Stadtgemeinde Stockerau. Der Gemeinderat hat aufgrund des niederösterreichischen Bestattungsgesetzes folgende Friedhofsgebührenordnung erlassen. Ich lese noch die Arten der Friedhofsgebühren vor. Für die Benutzung des städtischen Friedhofes werden folgende Gebühren eingehoben, und zwar erstens für die Grabstellengebühren, zweitens Verlängerungsgebühren, drittens Beerdigungsgebühren, viertens die Enterdigungsgebühren und fünftens die Gebühren für die Benutzung der Aufbahrungshalle bzw. Leichenkammer. Ich ersuche den Gemeinderat, mich von der Vorlesung der ca. 50 Einzelpositionen zu entbinden. Ich möchte jedoch auf drei nochmals hinweisen, und zwar geht es hier um das Wiesengrab für die einmalige Beisetzung einer Urne in der Sonderbestattungsanlage, die vor zwei Jahren geschaffen worden ist. Diese Gebühr wird gleich bleiben mit € 210,-. Wir haben hier zwei neue Bestattungsformen, und zwar in der Naturbestattungsanlage geht es hier um eine Baumbestattung mit einer Urne und dann eine Streuwiese für Asche. Hier sind es mit € 700,- angesetzt. Dann geht es noch bis zum Schluss. Diese Friedhofsgebührenordnung wird nach dem Monatsersten rechtswirksam, der nach Ablauf der zweiwöchigen Kundenmachungsfrist folgt. Bei dem Inhalt des vorliegenden Beschlusses handelt es sich um eine Information von allgemeinem Interesse nach dem Informationsfreiheitsgesetz, die proaktiv zu veröffentlichen ist. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung für diese neue Friedhofsgebührenordnung.

22:12 StR Brosch verlässt die Sitzung

Völkl: Eine Wortmeldung, Frau Gemeinderätin Steuer.

Steuer: Ja, ich hätte nur ganz kurz dazu eine Frage, und zwar ich habe da gesehen, dass auch die Höhen und Gebühren für die Benutzung der Aufbahrungshalle bzw. Leichenkammer, ist der Antrag dort inkludiert. Die Aufbahrungshalle, soweit ich mich noch jetzt Erinnerung weiß, haben wir leider Gottes in dem Ausschuss nicht besprochen. Ist das richtig?

Chaloupka: Im Ausschuss wurde sogar über dieses Thema gesprochen, und zwar geht es hier um die Kosten des Kühlhauses.

Steuer: Genau, die Kosten schon, aber um die Aufbahrungshalle habe ich eigentlich keine Unterlagen und auch keine Aufzeichnungen mir gemacht. Jetzt möchte ich nur wissen, die Benutzung für die Aufbahrungshalle -Kapelle je begonnenen Tag € 330,-, was der ursprüngliche Tarif war?

Chaloupka: Kann ich kurz nachsehen. Also tatsächlich liegt mir dieser alte Tarif nicht vor.

Steuer: Ich meine, wir können es einmal dann vertagen oder etwas beschließen, aber es ist schon so, dass ich keine Unterlagen darüber habe, und das geht es mir jetzt eigentlich nicht.

Chaloupka: Gut, wir stehen hier am Anfang überhaupt der Gebührenordnung. Mir liegt sehr danach oder daran, dass wir die Gebühren auch der Kostenwahrheit beiziehen und dass es sich hier um eine Kostenstelle im Gemeinderat handelt, wo in der Vergangenheit sehr viel Minus gemacht worden ist und wir wollen auch im nächsten Jahr und in Zukunft den Friedhof von der Gestaltung her so belassen, so wie er schön war und da sind natürlich auch Kosten mit Kosten verbunden.

Völkl: Gut, Dankeschön. Herr Stadtrat Pfeiler und Herr Stadtrat Rosenberger.

D. Pfeiler: Ja, von meiner Seite her möchte ich auch begrüßen diese neue Bestattungsform, Baumbestattungs-, Naturbestattungsanlage. In der letzten Geschäftsperiode war ja das Ressort Friedhof mir zugeordnet und ich habe damals schon vor fünf Jahren gesagt, wir brauchen diese Bestattungsform Baumbestattung, weil eben diese Naturbestattungsformen ja immer mehr Zuspruch finden und ich halte es auch aus sozialen Gründen sehr, sehr wichtig, dass wir diese Naturbestattungsformen auch am Friedhof in Stockerau anbieten, damit Hinterbliebene auf kurzem Weg dann also auch in Stockerau ihre Hinterbliebenen, die sie eben naturnah bestatten lassen

wollen, besuchen können und nicht irgendwo weit hinausfahren müssen. Also das hat, glaube ich, ganz viele Aspekte und darum bin ich froh, dass jetzt nach fünf Jahren diese Naturbestattung auch bei uns am Friedhof etabliert wird. Dankeschön.

Rosenberger: Ja, danke. In die gleiche Kerbe wollte ich auch gerade reinschlagen, Didi. Ich bin auch froh, dass es die beiden neuen Bestattungsvarianten geben wird und man folgt damit einen Trend, der sich eh schon über die letzten Jahre und Jahrzehnte auch abgezeichnet hat. Es bietet, so wie du ja richtig gesagt hast, auch eine kostengünstige Variante. Das, glaube ich, steht aber in vielen Fällen gar nicht im Vordergrund. Natürlich nicht in dem einen oder anderen Fall sicher, aber es ist ganz einfach schön, dass wir das mittlerweile auf unserem Friedhof dann anbieten können, und das finde ich einfach eine gute Sache. Dem Trend folgen und das auch umsetzen und die Kosten sind ein Aspekt, der durchaus auch wichtig ist. Es soll möglich sein, eine Bestattung sich auch leisten zu können und nicht wirklich Schulden dafür zu machen. Dankeschön.

D. Pfeiler: Ist ja schön, dass jetzt alle dafür sind. Ich frage mich dann, warum ich damals vor vier, fünf Jahren nicht von den anderen Fraktionen unterstützt wurde, diese Baumbestattung umzusetzen. Man muss offenbar immer ein paar Jahre warten, bis manche Samen dann kämen. Dankeschön.

Rosenberger: Lieber Didi, es ist schön, dass du das sagst, dass du der Einzige warst, der war es bei weitem nicht, weil das ist eine Bestattungsform, die auch in meinem familiären Umfeld auf einem eigenen Friedhofsareal umgesetzt wird und ich bin sicher keiner, der sagt, bitte fahrt unbedingt nach Heimfeld und lasst euch dort bestatten, weil dort gibt es das.

Völkl: Gut, bitte. Ja, aber der Herr Stadtrat Chaloupka, glaube ich, mag auch etwas sagen.

D. Pfeiler: Ja, nur eine kurze Replik darauf. Ich habe nicht gesagt, dass er der Einzige war. Habe ich nur die Frage gestellt, warum man damals das Ansinnen nicht unterstützt hat. Ich habe da nicht ein Privileg darauf formuliert. Danke.

Völkl: Herr Stadtrat, bitte.

Chaloupka: Also, ich darf abschließend noch dazu einsagen, dass wir in Zukunft leben und nicht zurückschauen. Wir lernen aus der Vergangenheit. Danke auch dafür. Und wir haben nächstes Jahr sehr viel Arbeit vor uns. Dieser Platz muss überhaupt erst geschaffen werden. Den haben wir noch nicht. Wir müssen die Gebührenordnung einmal anpassen, dass wir es überhaupt anbieten können und diesbezüglich danke ich auch an den Wirtschaftshof, der hier die Planungen für die neue Freifläche vorantreibt. Dankeschön.

Völkl: Wir kommen zur Abstimmung. Bitte um Zustimmung. Siehe hier, Einstimmigkeit. Dankeschön. Dankeschön. Wir kommen nun zu den Anträgen. Eure Anträge und eine Gegenstimme von euch. Herr Gemeinderat Ćorković. Ist nur eine Gegenstimme.

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	4	FPÖ	1	FPÖ	0 GR Ćorković
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

25. Anpassung des Kilometergeldes für die Benützung der Sportbusse

Völkl: Wir kommen nun zu den Anträgen des Herrn Stadtrates für Sport und Freizeit, der heute nicht hier ist, weil er krank ist und ich darf seine Anträge verlesen. Es geht um die Anpassung des Kilometergeldes für die Benutzung der Sportbusse.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt. Der Gemeinderat wolle beschließen, die Anpassung des Kilometergeldes für die Nutzung der Sportbusse von Stockerauer Vereinen und Organisationen an das jeweils gültige amtliche Kilometergeld, derzeit € 0,5 pro gefahrenen Kilometer inklusive allfälliger Steuern und Abgaben anzupassen. Da liegt auch wieder die Informationsfreiheitsgesetz, die Veröffentlichungspflicht vor. Ich bitte um Zustimmung. Ich sehe Zustimmung von allen, einstimmig.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	5	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

22:15 StR Brosch nimmt wieder an der Sitzung teil.

26. Anpassung Richtlinie für Tarifanpassung Belvedereschlössl und Lenausaal

Völkl: Dann geht es hier im nächsten Antrag um Anpassung Richtlinie für Tarifanpassung Belvedere Schlössl und Lenausaal. Wir haben diese Richtlinie schon beschlossen und hier gibt es nur eine einzige Änderung unter dem Punkt F Sonstiges, das Braut bzw. Partnerschaftspaar wird ersucht, nach Möglichkeit bevorzugt einen Stockerauer Gastronomen mit dem Catering zu beauftragen. Ich ersuche um Zustimmung zu dieser Ergänzung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön. Wir kommen nun zu den Anträgen des Herrn Stadtrates für Umwelt, Klima und Katastrophenschutz

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

27. Beauftragung Wartungsangebot Gasfackel Deponie

Wurde abgesetzt!

28. Anpassung – Übernahmepreise Sammelplätze

Hödl: Danke vielmals. Schönen guten Abend auch von meiner Seite. Drei Anträge, die allesamt im Ausschuss besprochen wurden und einstimmig zum Beschluss empfohlen wurden. Erster Antrag auch bei mir Anpassung Übernahmepreisesammelplätze, wobei grundsätzliche Indexierung um 2% erfolgen soll zwischen Dezember 2024 und heute. Und es gibt auch bei mir eine oder drei Seitentabelle mit ganz vielen Schlüsselnummern, die weder sonst, geschweige denn zu dieser Zeit jemanden verlesener Weise interessieren dürfte.

Antrag

Und es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die im Amtsbericht angeführten Übernahmepreise werden genehmigt und auch dieser Beschluss wird nach dem IFG veröffentlicht.

22:18 GR Kratschmer verlässt die Sitzung

Völkl: Bitte um Abstimmung. Eine Wortmeldung, Herr Gemeinderat Grim-Schlink, bitte.

Grim-Schlink: Einen wunderschönen guten Abend auch von meiner Seite. Ich hätte nur eine Frage zusätzlich noch, wurde in dem Zusammenhang auch angedacht, eine Zufahrtskontrolle, Einfahrtskontrolle, wie auch immer die ausschaut, anzudenken, umzusetzen, dass endlich nur wir Stockerauer günstig unseren Müll deponieren können und nicht alle anderen rundherum ebenfalls?

Falb: Dieser Vorschlag wurde ja schon öfter erstattet, ich bin da extrem skeptisch, weil wo der Müll anfällt, ist ja letztlich nicht so relevant. Ich glaube auch, dass sehr viel Müll, der in Nachbargemeinden anfällt, aus Stockerau kommt, ursprünglich. Also die fahren zum Billa einkaufen, Billa Plus, fahren nach Spillern und entsorgen ihn dort. Also ich finde das wirklich ein bisschen, diese Methode, unser Müll für unsere Leute oder unser Müll von unseren Leuten, finde ich höchst seltsam. Noch dazu, wenn man rundherum ein sehr bürokratisches oder technisch aufwändiges Kontrollsystem installieren muss. Ich bin sehr dafür, dass man den Zufluss von Gewerbemüll und so weiter natürlich entsprechend reguliert. Aber wenn jetzt ein Spillerer einmal ein paar Flaschen in Stockerau entsorgt, dann soll es auch irgendwo sein aus meiner Sicht. Danke.

Hödl: Vielleicht zwei Punkte ergänzend gleich, Thomas. Wir bekommen ja teilweise auch ein Entgelt für diese Wertstoffe, die gesammelt werden. Und der zweite Punkt, ich möchte auch vermeiden, dass zur Verhinderung von Gebühren, die zu leisten werden oder dergleichen, dass auf einmal der Müll dann in der Natur landet. Wir haben im Stadtgebiet einige illegale Müllsammelplätze, die die Kollegen vom Wirtschaftshof immer wieder beschäftigen. Also auch im Sinne des Umweltschutzes ist es mir lieber, wir übernehmen den Müll, als er landet, irgendwo auf der grünen Wiese.

Grim-Schlink: Ich denke das Thema Restmüll sollte jetzt nicht das Thema sein, weil den sollte ich zu Hause in Mülltonnen entsorgen, für die ich sowieso zahle. In der letzten Gemeinde, in der ich gewohnt habe, gab es so eine Zufahrtskontrolle und da ging es tatsächlich um diese größeren Mengen von Sperrmüll und Ähnlichem, wo auf einmal der Sperrmüllcontainer nicht mehr alle zwei Wochen geleert werden musste, sondern auf einmal nur noch alle vier Wochen, weil entsprechend andere Umlandgemeinden, die sowieso auch eine eigene Deponie hätten, nicht mehr auf diese Gemeinde gefahren sind. Deshalb diese Frage, ob es angedacht ist.

Hödl: Aber diese größeren Müllmengen, von denen du sprichst, die werden ja bei der Eingangskontrolle abgefangen und dürfen ja nur auf der Deponie oben entsorgt werden.

Grim-Schlink: Auch die Mengen, die mir zustehen, zum Beispiel, ich habe keine Ahnung, jetzt ist da größtenteils 50 Kilo Sperrmüll, die ich auf einmal anliefern darf und die geht es jetzt da auch in dem Fall nicht. Es geht also in dem Fall nicht für die Stockerauer. Aber wenn ich jetzt aus Wien herauskomme und meine 50 Kilo Sperrmüll hier entsorgen möchte, dann möchte ich das irgendwie unterbunden haben. Um das geht es mir eigentlich.

Hödl: Wir können es im Ausschuss sonst nochmal, also ja, nicht mit dir, außer du kommst, besprechen. Bitte um Abstimmung.

Völkl: Ich sehe hier Einstimmigkeit.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	5	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

29. EWP Recycling Pfand GmbH Abgeltungsvereinbarung

Hödl: Danke vielmals. Nächster Punkt ist der Abschluss einer Abgeltungsvereinbarung mit der EWP Recycling Pfand GmbH, wobei die EWP Recycling Pfand GmbH eine per Verordnung gegründete, gemeinnützige GmbH ist, deren Gründung notwendig geworden ist im Zusammenhang mit den bepfandeten Einweg-Getränke-Verpackungen. Der Inhalt der Abgeltungsvereinbarung ist im Ausschuss besprochen worden und auch unsere Abfallberaterin, der Frau DI Vogelsang, zur Begutachtung vorgelegt worden, die diesen Vertrag, wie auch den nächsten, befürwortet hat.

Antrag

Und es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Abgeltungsvereinbarung mit der EWP Recycling Fund GmbH wird beschlossen.

22:21 GR Kubat verlässt die Sitzung

Völkl: Bitte eine Frage, bitte.

D. Pfeiler: Danke. Ich habe in den Verträgen gesucht, in etwa welche Euro-Beträge da als Abgeltung zu erwarten sind. Gefunden habe ich halt diese Standardformeln, aber das kann man sich da nicht ausrechnen. Mir geht es einfach darum zu wissen, was wir da jetzt beschließen. Geht es da um € 300,- pro Jahr, geht es um € 5.000,- oder um € 50.000,-, dass wir einfach, wenn wir das beschließen, eine Größenordnung haben. Ich weiß, es sind Standardverträge, ist mir bewusst, aber so eine Idee von Erlösen oder Aufwand wäre hilfreich

Hödl: Dankeschön. Es wäre spitze gewesen, wenn du länger beim Ausschuss geblieben wärst und diese Frage dem Kollegen Lampl gestellt hättest. Die kann ich dir jetzt nicht beantworten.

Völkl: Wir stimmen ab. Bitte um Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	5	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	3	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

22:23 GR Kratschmer nimmt wieder an der Sitzung teil.

30. Anpassung – Leistungsentgelte für kommunale Leistungen Glas

Hödl: Danke vielmals und schließlich noch ein Nachtrag zur Vereinbarung über kommunale Leistungen im Rahmen der haushaltsnahen Verpackungssammlung mit der INTERZERO Circular Solutions Europa GmbH. Auch dieser Vertrag wurde von der Abfallberaterin geprüft und befürwortet. Diese, die Umstellung, wobei es dabei um eine Verbesserung der finanziellen Umstände für die Stadt oder zu einer finanziellen Verbesserung für die Stadt kommt, auch da vorweg die Antwort auf die noch nicht gestellte Frage. Ich kann nicht sagen, heute in welcher Höhe diese finanzielle Besserstellung sein wird.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, Die Anpassungen der Entgelte, Anlage 8, in den bestehenden Vereinbarungen zwischen der Stadtgemeinde Stockerau, ARA und Interzero werden zur Kenntnis genommen

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmig. Dankeschön. Der Herr Stadtrat für Verkehr, Infrastruktur und Straßen ist am Word

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	3	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

22:24 GR Kubat nimmt wieder an der Sitzung teil.
22:25 GR Ćorković verlässt die Sitzung
22:25 GR Grabler-Fritz verlässt die Sitzung
22:25 GR Kilic verlässt die Sitzung

31. Beratungsleistungen Kanal

D. Pfeiler: Dankeschön. Dann darf ich Ihnen folgende Anträge zur Beschlussfassung vorlegen. Der erste Antrag lautet Beratungsleistungen Kanal. Es geht darum, dass es für punktuelle Beratungen, für die Ortskanalisation, auch für die nächste Bausaison wieder Planungsleistungen, Beratungsleistungen beauftragt werden sollen. Hier wurde ein Honorarangebot vom Ziviltechnikerbüro Dr. Lengyl eingeholt. Es geht eben um Beratungen, Berechnungen von Einleitwassermengen, Einleitung von Schmutzwasser und so weiter. Wichtig ist festzuhalten, dass der Aufwand jetzt einmal vorab ein geschätzter Aufwand ist aus den Erfahrungswerten und dass die tatsächliche Abrechnung nach tatsächlichem Aufwand erfolgt. Die Stundensätze leiten sich ab aus den allgemeinen Richtsätzen für Planerverträge und die Auftragssumme ist im Voranschlag 2026 bedeckt.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, für die 2026 anfallenden allgemeinen Planungsleistungen und Beratungen wird das Ziviltechnikerbüro Dr. Lengl gemäß Honorarangebot vom 13.11.2025 in der Höhe von brutto € 19.804,20 beauftragt.

Völkl: Bitte um Abstimmung einstimmig. Dankeschön

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	3	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

32. Beauftragung Dienstleistungen Kanal Badeseen Zögernseen

D. Pfeiler: Der nächste Antrag bezieht sich auf Planungsleistungen für den Kanalanschluss am Badesee Zögernsee. Das ist vielleicht eine positive Nachricht, dass es hier eine Einigung der Grundeigentümer und Eigentümerinnen der Badeseesiedlung Zögernsee gibt, hinsichtlich der Gründung einer Kanalgenossenschaft. Damit ist der Weg frei, eben diese Badeteichsiedlung Zögernsee auch an das Kanalnetz anzuschließen. Dafür ist es notwendig, das Kanalnetz, den Kanal vom Gewerbegebiet an der B4 Hornerstraße beim Betrieb Peter Max zu verlängern zu dem Badeteich in Zögernsee. Dafür brauchen wir eben einen Planer, der uns hier die Planung, die Einreichung und die Ausschreibung dieser Kanalverlängerung durchführt. Dazu gibt es ein Honorarangebot vom Büro Dr. Lengyl vom 19.11.2025. Die Preisangemessenheit des Angebotes wurde vom Bauamt geprüft. Die Stundensätze des ersten Bauabschnittes wurden dafür herangezogen. Die Planung ist also fürs nächste Jahr vorgesehen und die Baudurchführung, also wirklich die Errichtung des Kanals zum Zögernsee, dann im darauffolgenden Jahr 2027.

Antrag

Dementsprechend wird also hier der Antrag gestellt für die Dienstleistung der Planung, Errichtung, Einreichung und Ausschreibung für den zweiten Abschnitt des Projektes Kanalerrichtung beginnend vom Betrieb Peter Max bis zu den Badeteichsiedlungen Zögernsee, wird das Ziviltechnikerbüro Dr.

Lengel gemäß Honorarangebot A2025-081KAN vom 19 2025 in der Höhe von brutto € 34.595,- beauftragt. Die Auftragssumme ist im Voreinschlag 2026 bedeckt.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmigkeit, danke.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	3	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

22:28 GR Ćorković nimmt wieder an der Sitzung teil.
22:28 GR Grabler-Fritz nimmt wieder an der Sitzung teil.
22:28 GR Kilic nimmt wieder an der Sitzung teil.

33. Zusatzleistung Rahmenauftrag

D. Pfeiler: Dann komme ich zum nächsten Antrag. Zusatzleistung Rahmenauftrag für Straßenbauarbeiten. Besteht ja eine Rahmenvereinbarung mit der Firma Strabag mit den verschiedenen Positionen. Es hat sich jetzt herausgestellt, dass aufgrund großer Hitze in Kombination mit stark beanspruchten Fahrbahnbereichen es eben zu Verdrückungen kommt, Spurrinnen zu beobachten sind. Dementsprechend ist jetzt mit den Materialexperten besprochen worden, welche Aufbauten, welcher Straßenaufbau, welche Asphaltmischungen für solche stark beanspruchten Straßenabschnitte eingesetzt werden könnten. Das wird jetzt im Bereich der Ausfahrt beim Kika probiert, ausprobiert hier, also Gemeindestraße, Rudolf-Diesel-Straße, dieser neue Aufbau testweise umgesetzt. Und aufgrund der geänderten Positionen ändert sich also jetzt hier sozusagen die Auftragssumme für die Strabag aus diesem Rahmenvertrag heraus. Die Mehrkosten dieser geänderten Asphaltmischungen sind € 2.390,40 brutto. Ich möchte dem Bauamt ausdrücklich danken, dass dieses Thema aufgegriffen wurde und hier neue Wege beschritten werden.

Antrag

Dementsprechend wird jetzt hier der Antrag gestellt, die Firma Strabag mit dem erforderlichen Nachtragsangebot vom 18.11.2025 zu beauftragen, wobei die tatsächlichen Mehrkosten € 2.390,40 brutto betragen und die Gesamtangebotssumme € 32.392,80 brutto umfasst. Die fortgeschriebene Auftragssumme beträgt damit € 3.136.310,16 brutto. Diese € 3.000.000,- sind natürlich jetzt nicht nur für dieses Kreuzungsplateau, das wäre ein goldenes Kreuzungsplateau, sondern eben die gesamte Auftragssumme, fortgeschriebene Auftragssumme für diesen Rahmenvertrag. Diese Mehraufwendungen in der Höhe von € 2.390,40 sind im Voreinschlag 2026, im Voreinschlag 2025 noch gegeben, das wird heuer noch ausgeführt. Danke.

Völkl: Bitte um Abstimmung einstimmig. Dankeschön

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

34. Schulbus Zögernsee

D. Pfeiler: Schulbus Zögernsee, ja noch einmal der Zögernsee, der beschäftigt uns heute. Am Zögernsee wohnen Schulkinder, leider gibt es keine Haltestelle des öffentlichen Linienverkehrs und dementsprechend ist also auch im heurigen Schuljahr wieder eine Zusatzbeauftragung notwendig für die Beförderung der Schulkinder vom Zögernsee in die Judithastraße zum Kloster und zum Gymnasium unter den Linden. Details sind im Amtsbericht zu entnehmen. Es gibt da auch Förderungen vom Bundesministerium für Finanzen. Letzten Endes geht es also hier darum, die Firma Brüder Moser Transport GmbH mit der Beförderung der Schulkinder für das Jahr 2026 mit einer Gesamtsumme in der Höhe von € 10.120,- brutto zu beauftragen. Vielleicht sei mir noch folgende Anmerkung erlaubt, ich glaube es ist wichtig, dass wir uns überlegen, wie wir dort doch wieder zu einer Haltestelle des Linienverkehrs kommen, damit man eben solche Doppelgleisigkeiten, Linienverkehr und eben parallel beauftragter Schüler vielleicht in Zukunft entfallen kann. Es geht doch immerhin um € 10.000,-, ich glaube es ist einer der Punkte, jetzt wenn in der öffentlichen Hand das Geld knapp ist, dass man halt da schaut, ob man das noch optimieren kann.

Antrag

Gut, dann lese ich noch mal den Antrag vor. Die Firma Moser Transport wird mit der Beförderung der Schulkinder für das Jahr 2026 mit einer Gesamtsumme in der Höhe von € 10.120,- brutto beauftragt.

Völkl: Bitte um Zustimmung. Einstimmig, danke

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

35. Beauftragung div. ZT – Leistungen Wasser

D. Pfeiler: Dann haben wir noch einmal eine Beauftragung für Ziviltechniker Leistungen Wasser. Auch hier geht es um laufende Beratungstätigkeiten für die Wasserversorgungsanlage. Da also hier oft die Kapazitäten des Bauamts für die eigenen Befundungen, Empfehlungen usw. erschöpft sind, muss man also diese Leistungen ab und zu hier extern vergeben. Es geht um allgemeine Beratungen, Sondernutzungsansuchen, hydraulische Berechnungen und dergleichen. Dementsprechend gibt es hier ein Angebot des Teams Kernstück Ziviltechniker. Seit mehreren Jahren betreuen uns die und hier gibt es eben, so wie beim Kanal werden auch hier die Leistungen nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet und der Ansatz ist im Budget 2026 berücksichtigt.

Antrag

Dementsprechend hier der Antrag, die Vergabe des Auftrages an das Team Kernstück Ziviltechniker Gesellschaft mit beschränkter Haftung in 1230 Wien, zu Kosten von € 12.221,52 netto wird genehmigt.

Völkl: Bitte um Zustimmung. Einstimmig. Dankeschön. Danke. Der Herr Vizebürgermeister, Stadtrat für Verwaltung, Digitalisierung und Bildung ist am Wort.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

37. Abänderung Spiel- und Förderbeiträge für die Kindergartenferienbetreuung 2026

Falb: Ja, danke. Ich darf vier Amtsberichte für den öffentlichen Teil vorlegen. Das erste ist die Abänderung Spiel- und Förderbeiträge für die Kindergartenferienbetreuung. Wir haben festgelegt, den Spiel- und Förderbeitrag für die Kindergartenferienbetreuung im Gemeinderat am 24. September mit € 20,- pro Woche künftig. Das Land Niederösterreich hat sich diesen Beitrag angesehen, ihn für zu hoch betrachtet. Warum? Weil ganz bestimmte Angebote, die wir stellen, musikalisches Früherziehungsprogramm und gesunde Jause und so weiter, damit nicht finanziert werden dürfen. Das heißt, wir sind aufgefordert worden, diesen Beitrag abzusenken und er wird künftig mit € 7,- pro Ferienwoche festgelegt.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, der Spiel- und Förderbeitrag in den Kindergartenferien wird mit € 7,- pro Ferienwoche festgelegt. Der Beschluss würde proaktiv zu veröffentlichen sein im Sinne des IFG. Ich ersuche um Zustimmung.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmig, danke

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

38. Dienstpostenplan 2026

Falb: Ich danke. Als nächstes habe ich den Dienstpostenplan für das Jahr 2026. Ich ersuche mich von der Verlesung zu entbinden. Es ist ja der unmittelbare Zusammenhang auch mit dem zu Sitzungsbeginn beschlossenen Budget gegeben und etliche der Informationen vom Amtsbericht wurden auch vom Stadtrat Dummer vorgetragen.

Antrag

Ich darf daher den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle beschließen. Gemäß § 73 NÖ Gemeindeordnung 1973 in Verbindung mit § 2 NÖ Gemeinde -Beamtendienstordnung 1976, § 2 NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1976 und § 6 NÖ Gemeinde-Bedienstetengesetz 2025 unter Bedachtnahme auf die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 wird der beiliegende Dienstpostenplan für das Jahr 2026 und der Amtsbericht genehmigt. Bei dem Inhalt des vorliegenden Beschlusses handelt es sich um eine Information von allgemeinem Interesse, die daher ebenfalls proaktiv zu veröffentlichen ist. Vielleicht darf ich ergänzend oder zusammenfassend noch feststellen, dass wir die Anzahl der Dienstposten für das kommende Budgetjahr einerseits um 14 erhöhen, andererseits um 18 verringern, ist also ein Saldo von minus 4. Wir werden daher künftig statt 351 Dienstposten im Rahmen der Stadtgemeinde statt 347 Dienstposten vorhalten. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Völkl: Bitte um Zustimmung. Ich sehe Zustimmung der Fraktion der FPÖ, der ÖVP, der SPÖ, NEOS und UBS. Gegenstimmen? Fraktion der Grünen.

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	4	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

39. Verordnung über die Zuordnung der Funktionsdienstposten zu den Funktionsgruppen

Falb: Ich danke für die Zustimmung. Mein nächster Amtsbericht Verordnung über die Zuordnung der Funktionsdienstposten zu den Funktionsgruppen. Auch der Antrag wurde rechtzeitig hochgeladen. Ich fasse aus dem Amtsbericht zusammen. In dieser Verordnung werden folgende Änderungen vorzunehmen. Die Streichung eines Dienstpostens Partieführerin des Wirtschaftshofes, Streichung des Dienstpostens Gärtnervorarbeiterin, Umbenennung des Dienstpostens Leiterin des Personalamts in Leiterin des Personalamts und interne Rechtsangelegenheiten, Funktionsgruppe FL3, Umbenennung des Dienstpostens Leiter des Bürgerservice und interne Rechtsangelegenheit in Leiter des Bürgerservice, Funktionsgruppe 8, Funktionsgruppe FL2, Streichung des Dienstpostens Geschäftsführerinnen des Stadtveranstaltungszentrums im Z2000. Die Verordnung muss so aufgearbeitet werden, dass sie sowohl dem alten Dienstrecht als auch der neuen Dienstrechtssystematik entspricht und hat daher entsprechend mehr Informationsgehalt. Wie gesagt, ich werde, wenn Sie einverstanden sind, die einzelnen Positionen nicht zur Verlesung bringen. Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 2026 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bis dahin geltende Verordnung vom 11. Dezember 2024 außer Kraft. Das ist natürlich ebenfalls eine dem Informationsfreiheitsgesetz und damit proaktiven Veröffentlichungspflicht unterliegende Verordnung. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Ich sehe Zustimmung der FPÖ, der ÖVP, der SPÖ, UBS, NEOS, Enthaltung, Fraktion der Grünen.

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	0	GRÜNE	4
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

40. Erbringung besonderer Arbeitsleistung – Anhebung der Nettoentgelte ab 01.01.2026

Falb: Danke für die Zustimmung. Erbringung besonderer Arbeitsleistungen. Auch diesen Amtsbericht haben die meisten von uns ein Déjà-vu. Kommt ebenfalls jedes Jahr. Es geht dabei um die Arbeitsleistungen der Gemeinde bzw. für private Haushalte und Ähnliches, für die Beistellung von Geräten, die ab Jänner 2026 neu festzulegen sind, in einer Erhöhung von ca. 4 %. Ich ersuche auch hier, mich von der Verlesung des Antrages im Detail zu entbinden. Vielleicht als einziger systematischer Unterschied im Vergleich zu bisher ist, dass wir zusätzlich die Erbringung forstlicher Dienstleistungen vorsehen mit einem Betrag von € 82,-. Die festgesetzten Nettoentgelte treten mit 1. Jänner 2026 in Kraft und sind ebenfalls nach dem IFG proaktiv zu veröffentlichen. Ich ersuche um Ihre Zustimmung

Völkl: Ich bitte um Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön. Wir sind nun am Ende der öffentlichen Sitzung angelangt. Ich bedanke mich bei unseren Zusehern, die da waren und bei uns geblieben sind bis jetzt und auch bei allen, die vor den Räten der Sitzung folgen. Ich wünsche allen eine gute Zeit bis Weihnachten, ein schönes, besinnliches, fröhliches, erholsames Weihnachtsfest und einen guten Start dann ins neue Jahr. Alles Gute und Dankeschön.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	15	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	6	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Ende der Sitzung um 22:41 Uhr.

Mag. (FH) Andrea Völkl
Bürgermeisterin

Für die ÖVP 1. Vizebgm. Mag. Martin Falb . . . . . .

Für die SPÖ 2. Vizebgm. Heinz Scheele . . . . . .

Für die FPÖ GR Alen Ćorković . . . . . .

Für die GRÜNEN StR DI Dietmar Pfeiler . . . . . .

Für die UBS GR Gabriele Steuer . . . . . .

Für die NEOS GR Dr. Martin Fischer . . . . . .